

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.50 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich: Angaran
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst Goldader Montan.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (leit-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellengeuche und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 29. Juli 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Freisinnige Oppositionstöne.

Das Verfahren gegen Schüding hat die freisinnige Presse doch einigermaßen in Bewegung gebracht. Freilich, es hat einige Zeit gedauert, und es wäre zu schön gewesen, wenn man den Fall Schüding ebenso mit Totschweigen hätte erledigen können, wie es die Berliner freisinnige Fraktionspresse mit den Lehrermahregelungen der letzten Zeit getan hat. In der Tat konnte sich Herr v. Moltke sehr wohl darauf berufen, daß er nur dasselbe in seinem Ressort tut, was Herr Solle getan hat, ohne von der „Freisinnigen Zeitung“ dafür zur Verantwortung gezogen worden zu sein. Ja, das Verhalten der Freisinnspresse gegenüber den Mahregelungen der Lehrer, die in ihren Keuperungen noch weit aus zurückhaltender, harmloser und patriotischer waren, als Herr Schüding, muß geradezu als eine Verleitung des Herrn v. Moltke zu demselben Terrorismus betrachtet werden, den Herr Solle verübt hat. Aber diesmal konnte der Freisinn nicht schweigen. Lehrermahregelungen sind in Preußen schon etwas ziemlich Alltägliches und die betroffenen Lehrer sind unbekannt Leute. Die Mahregelung eines Bürgermeisters erregt selbst in Preußen noch eine gewisse Sensation. Der Freisinn hätte seine letzte Position, seine Stellung in den Kommunen einfach kampflos aufgeben müssen, wenn er auch den neuesten Fußtritt mit Dank quittiert hätte. Nachdem die „Frankf. Zeitung“ und das nichtparteiisoffizielle „Berliner Tageblatt“ vorgegangen, entschlossen sich endlich auch „Freis. Ztg.“ und „Voss. Zeitung“ zur Nachfolge. Aber hier wurde der Protest sogleich mit einer Abschwächung versehen. Man versuchte es so darzustellen, als ob das Verfahren von „untergeordneter Seite“ eröffnet worden sei, was schon nach der Rechtslage gänzlich ausgeschlossen war, um nur die Regierung entschuldigen zu können. Jedoch dieser Versuch ist vollständig gescheitert. Die „Frankf. Ztg.“ bestätigt heute ausdrücklich, daß der Minister v. Moltke verantwortlich für das Anklageverfahren gegen Dr. Schüding verantwortlich ist und während der letzten Landtags-Kampagne ihn dienstlich zur Erklärung aufzufordern ließ, wie er es wagen könne, als Bürgermeister für die freisinnige Volkspartei zu kandidieren. Es ist nun gerade dieser Umstand, der es dem Freisinn unmöglich macht, zu dem Fall Schüding zu schweigen. Denn ein ärgerer Schimpf ist wohl nie einer Partei, die sozlagene eine Regierungspartei ist, zugefügt worden. Dieselbe Regierung, der sie so demütig dient, bestraft die Zugehörigkeit eines Beamten zu dieser Partei mit Amtsentlassung! So wenig hoch wir auch die Gefolgschaft des Freisinns einschätzen, so können die Führer es doch nicht wagen, auch noch diesen Schmach ruhig auf sich zu nehmen. Und so hört man wieder einige oppositionelle Töne. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

„Dah aber der Liberalismus eine Reaktion in der preussischen Verwaltung, wie sie dem Herrn v. Moltke beliebt, sich nicht gefallen lassen wird, und wenn der ganze Blod zum Ausdruck geht, das hoffen wir allerdings. Herr v. Moltke ist gewissermaßen als Konzession für den Liberalismus zum Minister des Inneren ernannt worden. Nun hat diese Konzession die Gestalt angenommen, daß man einem Bürgermeister verbieten wollte, für die freisinnige Volkspartei zu kandidieren, und ihm dann einen Prozeß anhängte, weil er sich in freisinniger Weise äußerte! Ja, glaubt man denn, der Liberalismus werde sich verhöhnen lassen? Auch der Reichslanzler und preussische Ministerpräsident wird von diesem Hohne betroffen. Er hat die Blokpolitik begonnen und mit diesem Zwecke dem Liberalismus die Hand geboten; er hat mit den Führern der liberalen Parteien wiederholt über die Fortführung dieser Politik verhandelt. Nun kommt Herr v. Moltke und vertritt den Standpunkt, daß es eines Bürgermeisters unwürdig sei, als Liberaler aufzutreten! In den Augen dieses Herrn hat sich also wohl auch der preussische Ministerpräsident etwas vergeben, als er den Liberalismus einlud, an der Regierungspolitik teilzunehmen. Wie Fürst Bülow das empfinden mag, ist seine Sache. Wie wir es empfinden, das wollen wir klipp und klar sagen. Wir sehen nur eine Alternative: entweder Fürst Bülow desabonniert seinen Minister, schlägt das Verfahren gegen Dr. Schüding nieder und gibt Garantien gegen die Annahmen konservativen Beamtentums, oder es gibt keine Möglichkeit mehr, die Blokpolitik fortzusetzen. Wir wollen damit natürlich den Beschluß der Parteien nicht vorgreifen. Aber wir wollen auch keinen Augenblick zögern es auszusprechen, daß für uns der Fall Schüding eine Lebensfrage der gegenwärtigen politischen Situation ist.“

Das klingt nun sehr energisch und die „Freis. Ztg.“ und die „Vossische Ztg.“ sind weit entfernt, solche Alternativen zu stellen. Sie bringen nur kurze und spärliche Nachrichten über die Proteste anderer. Doch möchten wir auch die Opposition der „Frankf. Ztg.“ nicht überschätzen. Einmal ist es jetzt Sommer und bis im Herbst das Parlament zusammentritt, ist noch lange Zeit. Dann aber ist es auch ganz gut möglich, daß Fürst Bülow die Suppe, die ihm Herr v. Moltke eingebrockt hat, nicht sehr schmackhaft findet. Soweit reicht die Autorität des Reichslanzlers und preussischen Ministerpräsidenten wirklich nicht, daß ihn die Junker im preussischen Ministerium um Erlaubnis fragen, wenn sie seine Blokpolitik völlig lächerlich machen. Preußen wird — und dies wieder einmal populär aufgezeigt zu haben, ist ja das eigentliche Verbrechen Schüdings — von seinen

Randräten regiert. Und das preussische Ministerium ist nichts anderes, als deren Exekutive. Ihrer Macht muß sich auch Bülow beugen, will er nicht das Schicksal Caprivis teilen. Dazu kommt noch, daß Bülow von der inneren Verwaltung nichts versteht und sich darum nicht kümmert. Wie er sich in der preussischen Wahlrechtsfrage die höhnend abweisende Erklärung von Herrn Moltke, dem zum Minister avancierten Landrat hat diktieren lassen, so hat er auch in allen anderen Fragen der inneren preussischen Politik keine Meinung und keinen Einfluß. Und so erklärt sich wohl auch die große Energie der „Frankf. Ztg.“. Sie ist ein verzweifelter Versuch, Bülow gegen Moltke scharf zu machen. Den Ausgang kann man mit Gelassenheit abwarten. Gelingt's, dann wird die Verhütung des Disziplinarverfahrens uns als eine liberale Konzession angepriesen werden, die den kommendenerrat des Freisinns bei der Reichsfinanzreform wird entschuldigen müssen. Gelingt's nicht, dann wird die Zerlegung des Freisinns noch etwas beschleunigt werden. Unterdessen bereitet sich das Zentrum auf jeden Fall vor, als lachender Erbe in die Regierungsmajorität einzuziehen, sehnlichst erwartet von seinen konservativen Freunden.

Stellenjäger.

In der „Konjunktionsgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 18. Aug. 1907 findet sich eine Artikel, worin es heißt:

„... und was das Schlimmste ist, zu den Aufsichtsratsposten drängen sich Streber, denen es nicht darum zu tun ist, der Genossenschaft uneigennützig zu dienen, sondern den Aufsichtsratsposten als Sprungbrett benutzen, um in irgendeine Stelle hineinzufpringen. Wenn dieses nicht so recht bald gelingt, gebärden sich die Leute als die ruppigsten genossenschaftlichen Stachelchweine. Erreichen diese Streber aber die Anstellung, so sehen ihre Leistungen häufig im umgekehrten Verhältnis zu dem Eifer, mit dem sie für ihre Anstellung tätig waren.“

Trotzdem in dem Artikel mit keinem Worte davon die Rede ist, daß es sich um Sozialdemokraten handelt, die sich hier als Streber herborsten, benutzt die Zentrumspresse die obige Notiz zu einem Anwurf wider die Sozialdemokratie. Sie veröffentlicht den Passus unter dem Titel „Sozialdemokratische Stellenjäger“ und fügt die Bemerkung hinzu:

„Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Zusammensetzung der Sozialdemokratie, wenn man zugeben muß, daß das ganze Ideal gewisser Genossen darin gipfelt, die soziale Frage durch die Ergratung einer gut bezahlten Parteistellung für ihre eigene Person zu lösen.“

Die Gemeinheit dieses Vorgehens richtet sich von selber, und wir könnten uns jedes weitere Wort sparen. Um aber der ultramontanen Presse zu zeigen, wo in Wirklichkeit die Stellenjäger sitzen, wollen wir sie hinweisen auf einen Artikel, der an einer für das Zentrum gewiß unbedächtigen Stelle, nämlich im „Deutschen Metallarbeiter“ zu finden war. Das genannte christliche Gewerkschaftsblatt brachte im Mai 1907 einen Artikel, überschrieben „Mehr Idealismus“. Darin wurde hingewiesen auf die ideale Gesinnung der Arbeiterbewegung, aber auch auf gewisse bedenkliche Erscheinungen, die diesen Idealismus gefährden könnten. Dann heißt es mit Bezug auf die christliche Arbeiterbewegung:

„Wir denken hier an die unangebrachte Streberei nach Anstellung als Gewerkschaftsbeamter oder Arbeitersekretär. Hier und da wird die Erfahrung gemacht, daß örtliche Führer und Vertrauensmänner nur deshalb für die Organisation arbeiteten, weil sie hofften, angestellt zu werden, und daß sie sich sofort zurückzogen, wenn ihre Hoffnungen sich nicht erfüllten. Das ist das gerade Gegenteil von dem vorher geschilderten Idealismus, es ist krasser Egoismus.“

Der Artikel weist sodann auf die auffällige Erscheinung hin, daß in den letzten Jahren der Andrang zu den volkswirtschaftlichen Kursen in M.-Gladbach so stark gewesen sei:

„Manchem soll der Kursus nur der Steigbügel sein für einen längst ersehnten Beamtenposten und da drängen sich oft Leute vor, denen jede Befähigung für eine derartige Stellung fehlt... Entweder man erstrebt eine angesehenere Stellung oder ein besseres Einkommen oder man will gerne eine Rolle im öffentlichen Leben spielen. Arbeiter, die in der Arbeiterbewegung noch gar keine Opfer gebracht haben, verstehen es, hier und da in konfessionellen Vereinen durch absolute Willfährigkeit beim Kleinsich in ein gutes Licht zu setzen, um sich auf diese Weise für eine Anstellung als Arbeitersekretär usw. zu empfehlen.“

Da sich zu den M.-Gladbacher Kursen doch wohl nur stramme Zentrumskleute drängen, so dürfen wir wohl die Frage stellen: Wo sitzen die Stellenjäger? Im sozialdemokratischen oder im ultramontanen Lager?

Die jungtürkische Bewegung und die mazedonische Frage.

In dem vom „Vorwärts“ bereits zitierten Artikel des Jungtürken Ali Handar Midhat wird behauptet, daß die „türkische Revolution im wesentlichen in Ästien gemacht worden sei“, wo seit zwei Jahren unaufhörlich „Aufstände“ stattgefunden hätten. „Die Äste, in welche sich die Re-

volution (in der asiatischen Türkei) vollzog, bestanden hauptsächlich in der Verjagung miltzibiger, unfähiger, ausdaueriger Gouverneure, in der Ermordung solcher Offiziere, die ihren Kameraden als Spione verdächtig waren“, sagt der Verfasser. Ob solche „Äste“ als wirkliche Aufstände zu betrachten seien, scheint uns sehr zweifelhaft. Uns scheinen sie bloß eine symptomatische Bedeutung zu haben, ein Beweis der unerträglichen Lage zu sein, in der sich auch die Masse der türkischen Bevölkerung befindet. Andererseits aber scheinen sie auch zu beweisen, daß es der jungtürkischen Partei bisher nicht gelungen ist, die Massen trotz der unerträglichen Lage der revolutionären Bewegung direkt anzuschließen. Der Grund dafür ist, daß das Programm der jungtürkischen Partei keine Forderungen wirtschaftlichen Charakters enthält. Besonders ist zu bedauern, daß dieses Programm so wenig Rücksicht nimmt auf die wirklich unerträgliche Lage der ländlichen Bevölkerung, namentlich der Bäcker, die fast im Frondienste stehen.

Jedenfalls sieht eins fest: den Charakter einer Volksbewegung hat die türkische Revolution bis jetzt nur in Mazedonien. Und nicht aus Zufall kam es hier zum Ausbruch. Wenn man überhaupt von einer Revolution in Permanenz sprechen kann, so gilt dies vor allem von der mazedonischen revolutionären Bewegung. Man könnte eher behaupten, daß der Ausbruch der jungtürkischen Bewegung zufälligerweise mit einem der unzähligen Ausbrüche der mazedonischen Revolution zusammenfiel und daß dieser Zufall den Jungtürken den Sieg gesichert habe. Ob ein weiteres Zusammengehen der Mazedonier und Jungtürken möglich sein wird, wird hauptsächlich von den Jungtürken abhängig sein.

Die mazedonische Bewegung, die anfänglich einen vorwiegend nationalistischen Charakter hatte, nimmt in den letzten Jahren immer mehr den Charakter einer ausgeprägten sozialwirtschaftlichen Bewegung an. Die Mazedonier stellen zwar die rein politische Forderung einer Autonomie auf, aber diese Autonomie soll bloß als Garantie zur Verwirklichung der sozialen und wirtschaftlichen Reformen dienen. In dem Aufrufe des mazedonischen Komitees von 1903 wird auf Grund der von sämtlichen Organisationen angenommenen Resolutionen folgendes proklamiert:

„Wir erheben die Waffe gegen die Tyrannei und Unmenschlichkeit; wir kämpfen im Namen der Freiheit und Humanität... Wir betrachten als Väter alle, die im finsternen Reiche des Sultans leiden und verderben, alle ohne Unterschied der Rasse und Nationalität: die Wallachen, Griechen und Türken sind denselben Leiden, die wir selbst tragen, ausgesetzt. Wenn wir auch in unseren Reihen bis jetzt keine Griechen und Türken sehen, so geschieht das ausschließlich deshalb, weil diese sich ihrer eigenen Interessen nicht bewußt sind. Wir halten sie aber nicht für Feinde, nennen sie auch nicht Feinde. Unsere Feinde sind die türkische Regierung und jeder, der gegen uns mit bewaffneter Hand vorgeht.“

In anderen Aufrufen, die in der Zeitung der mazedonischen Revolutionäre „Mouvement macedonien“ veröffentlicht wurden, wird die wirtschaftliche Lage der mazedonischen Bevölkerung genau behandelt und der Krieg nicht nur der politischen Tyrannei, sondern auch der wirtschaftlichen Ausbeutung erklärt.

Dies sind die Tendenzen der „Inneren Organisation“ der mazedonischen Revolutionäre. Die „Äußere Organisation“, die das vollständige Losreißen Mazedoniens von der Türkei und die Angliederung dieser Provinz an Bulgarien erstrebt, existiert zwar auch jetzt, aber sie hat keine große Bedeutung und keinen Einfluß auf die Bevölkerung. Die „Innere Organisation“ dagegen steht in enger Verbindung mit den großen Bauernmassen und darf als wahre Führerin der ganzen Volksbewegung während der letzten Jahre betrachtet werden.

Aber auch die „Innere Organisation“ verlangt, wie gesagt, wenn nicht vollständige Losreißen von der Türkei, so doch politische Selbständigkeit, eine Autonomie für Mazedonien. — Wird die jungtürkische Partei diesen Bestrebungen der Mazedonier entgegenkommen?

Bisher sind die „Jungtürken“ als entschiedene Nationalisten, als Anhänger nicht nur der politischen Einheit, sondern auch der politischen Zentralisation und als eifrige Propagandisten des Panislamismus bekannt. Als solche traten sie schon nach ihrem ersten Siege, im Jahre 1876 auf der „Konferenz“ in Konstantinopel vor. Als besonders entschiedener Feind der mazedonischen Autonomie zeigte sich damals der unglückliche Verfasser der türkischen Konstitution, Mithad-Pascha, der den Vertretern der Großmächte ausdrücklich erklärte: „Sie können die Türkei vernichten, aber nie werden Sie imstande sein, die Türkei zu einem Selbstmord (durch Gewährung der mazedonischen Autonomie) zu zwingen.“

Ob sich die Ansichten der Jungtürken über die mazedonische Frage geändert haben, ist unbekannt. Zwar berichten die Zeitungen in den letzten Tagen über Verhandlungen der jungtürkischen Führer mit den mazedonischen. Allein die Verhandlungen scheinen bis jetzt resultatlos geblieben zu sein. Für den Fortbestand der Verfassung wird es jedenfalls von

*) Wir zitieren nach der vorzüglichen in russischer Sprache veröffentlichten Abhandlung von Juszkoff: „Die Türkei und Mazedonien“, „Wjestnik Europij“, 1908, Nr. 8 und 4.

entscheidender Wichtigkeit sein, daß die Vertiefung der Konstitution zugleich die Erfüllung der wirtschaftlichen, nationalen und religiösen Bedürfnisse aller Bewohner der Türkei bedeutet, die nur durch eine weitgehende Selbstverwaltung zu erreichen ist.

Ueber die türkische Frage hat der englische Minister des Auswärtigen im Unterhause Ausführungen gemacht, die deshalb von Bedeutung sind, weil sie zeigen, daß England die verfassungsmäßige Entwicklung nicht zu stören gedenkt und von den kleinen Balkanstaaten das gleiche verlangt. Grey führte aus:

Der Ursprung der ganzen Lage in Mazedonien ist eine schlechte und schwache Regierung gewesen. Sie ist eine Versuchung für die benachbarten Staaten und für die in Mazedonien ansässigen der Nationalität dieser benachbarten Staaten angehörenden Bewohner gewesen, auf die Stärkung ihrer eigenen Nationalität auf Kosten der anderen bedacht zu sein. Die Regierung, die sich selbst unfähig fühlte, die Ordnung zu bewahren, hat die eine gegen die andere ausgespielt, anstatt kraftvolle unparteiische Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu ergreifen. Gegen diese Situation und gegen diese Methoden der Regierung haben wir in Gemeinschaft mit anderen europäischen Mächten zeitweilig Einspruch erhoben. Nun ist plötzlich, und so weit wir in Betracht kommen, unerwartet ein Protest von der türkischen Armee und der muslimanischen Bevölkerung selbst gekommen.

Das Ausergewöhnliche ist, daß diese Ereignisse, anstatt zunehmende Unordnung zur Folge zu haben, für einige Zeit und in gewisser Weise Sicherheit und Ruhe geschaffen haben und die Banden verstreuen. Wenn dieser Stand der Dinge fortbauert und die Banden sich wirklich zerstreuen, so wird die Bildung einer Streitmacht zu ihrer Vernichtung nicht notwendig sein. Wir begrüßen für den Augenblick die neu geschaffene Lage. (Beifall.) Ich glaube, daß sie andauern wird und daß die Balkanstaaten Bulgarien, Serbien und auch Griechenland die ängstlichen Anstrengungen machen werden, dafür zu sorgen, daß sie andauern. Ich glaube auch, daß niemand Nutzen davon haben wird, sich in Mazedonien festzusetzen und daß die Regierungen der der Türkei benachbarten Staaten, soweit ihr Einfluß reicht, alles was in ihrer Macht steht aufbieten werden, um zu verhindern, daß die Banden auf ihren Gebieten gebildet oder gebildet werden, ebenso wie ich hoffe, daß alle Mächte Europas das Äußerste tun werden, um den günstigen Einfluß der gegenwärtigen Lage weiter zu entwickeln.

Wir sind in der mazedonischen Frage nur aktiv geworden, weil wir sehr wohl wissen, daß nicht nur die christliche Bevölkerung unter der schlechten Regierung leidet, sondern auch die mohammedanische Landbevölkerung. Demnach ist unser einziger Wunsch gewesen, eine gute Regierung an der Spitze zu setzen, und wenn die Türken jetzt daran gehen, die ganze Verwaltung ihres Landes zu verbessern, wenn sie die Bürgerschaft übernehmen, daß Mohammedaner und Christen in gleicher Weise von dieser Verbesserung Nutzen ziehen sollen, dann würde die mazedonische Frage auf diese Weise beigelegt sein, indem die Türken getan hätten, was zu tun wir seit Jahren dringend von ihnen forderten. Es wäre besser, wenn die Angelegenheit auf diesem Wege gelöst würde, als daß man von einer widerstrebenden und unwilligen Behörde Teilreformen erpressen müßte. Wir müssen die Ereignisse abwarten. Im gegenwärtigen Augenblick kann ich sagen, daß unsere Sympathien auf Seite derer sein müssen, die mehr Freiheit, mehr Festigkeit und mehr Anpartheiligkeit in die Regierung ihres Landes einzuführen suchen, und ich würde der letzte sein zu prophezeien, daß sie dabei Mäherfolg haben werden. Das Letzte, was wir wünschen könnten, wäre, bei Beginn ihres Werkes ihren Enthusiasmus zu dämpfen. (Beifall.) Wir begrüßen die Nachricht, daß der Sultan seinem Lande eine Verfassung gegeben hat, wir begrüßen die Stärke der Regierung, welche die Proklamierung der Verfassung zuwege gebracht hat und während wir in unserer Wachsamkeit nicht nachlassen, noch auch in unserem Bestreben lau werden, alles in unserer Macht stehende zu tun, um die Weiterentwicklung Mazedoniens zu fördern, müssen wir gegenwärtig eine sympathische, aber abwartende Haltung beobachten. (Beifall.)

Die neuen Nachrichten aus der Türkei lassen erkennen, daß der Enthusiasmus des Volkes noch zunimmt. Aus Konstantinopel wird vom 28. Juli telegraphiert:

Gestern veranstalteten Schüler verschiedener Gesellschaften, von ihren Angehörigen begleitet, mehrere Umzüge durch die Stadt. Auf öffentlichen Plätzen und in Gärten wurden patriotische Reden gehalten und die Zivilbevölkerung verbrüdete sich mit den Offizieren, die sich an den Kundgebungen massenhaft beteiligten. In den Straßen herrschte lebhaftes Treiben. Hunderte von Händlern bieten Zeitungen zum Kaufe an, andere verkaufen rote Bänder mit der Aufschrift „Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit.“ Die Bänder werden von der Bevölkerung am Karmel oder am Kopf getragen. Nachmittags wurde von der hiesigen Sektion des ottomanischen Komitees für Einheit und Fortschritt ein Aufruf verbreitet, in welchem die Bevölkerung aufgefordert wird, nunmehr ihren Geschäften wieder nachzugehen.

Doch hindert der Enthusiasmus nicht, daß man achtsam die Ausführung der Versprechungen überwacht. Momentan steht die Gewährung der Amnestie im Vordergrund. Darüber liegen folgende Meldungen vor:

Konstantinopel, 28. Juli. Gestern Abend fand vor der Pforte eine große Kundgebung statt. Eine an den Großwesir entsandte Abordnung verlangte die Generalamnestie. Gleichzeitig legten die bei dem Großwesir erschienenen Herausgeber der türkischen Blätter die Notwendigkeit einer Amnestie dar, um die Bevölkerung zu beruhigen. Der Großwesir gab hierauf das Erscheinen eines Trades bekannt, durch das allen politischen Verurteilten, Verhafteten und Verbannten Generalamnestie gewährt wird. Das Trade wurde durch Extraausgaben der Bevölkerung bekanntgegeben. Eine zahlreiche Menschenmenge wartet die Freigabe aller Gefangenen ab.

Auch eine gewisse Reaktion beginnt sich geltend zu machen. Die Bildung von politischen Parteien beginnt. Unter den Cossas und anderen Volksklassen haben sich patriotische antiliberalen Gruppen gegen die jungtürkischen Chauvinisten gebildet.

Der Systemwechsel zieht natürlich auch einen Personalwechsel mit sich. Trotz des Widerstrebens des Sultans bestehen die jungtürkischen Führer auf der Entfremdung der bisherigen Ratgeber und der Beseitigung der Halbitaliener. Einige der markantesten Ratgeber und Spione sind auch bereits entfernt worden.

Eine Friedensrede.

Sir Edward Grey hat gestern im englischen Parlament über das Verhältnis zu Deutschland gesprochen und ist dabei mit dankenswerter Entschiedenheit der chauvinistischen Hege in beiden Ländern entgegengetreten. Grey wird die Vertagung des auswärtigen Etats um so lieber zu seiner Darlegung benutzt haben, als ja ein Besuch des englischen Königs in Deutschland bevorsteht und es daher beiden Regierungen erwünscht sein muß, den Chauvinismus etwas einzudämmen.

Grey führte im Wesentlichen folgendes aus:

Es ist unzweifelhaft durchaus nicht wünschenswert, daß einige Kreise des Landes es so darstellen, als ob es das Ziel der englischen Politik sei, Deutschland zu isolieren. Ebenso ist es unerwünscht, daß irgendein Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland glauben sollte, daß dies der Fall ist. (Beifall.) Die Gefühle zweier großer Völker mögen ihrem Grade nach von Jahr zu Jahr wechseln, aber ich bin besorgt, zu sagen, daß jeder, der die Geschichte der letzten 20 Jahre unparteiisch überblickt, wird zugeben müssen, daß die Haltung Großbritanniens nicht diejenige einer Macht war, die der Erreichung guter Beziehungen widerstrebt. Wenn Sie Ihre Gedanken zu den Ereignissen zurückzuweisen lassen, die sich in der ersten Hälfte dieser 20 Jahre abspielten, werden Sie finden, daß es Zeitpunkt gab, wo eine beständige Reibung zwischen England und Frankreich oder zwischen England und Rußland vorhanden war. In den letzten Jahren haben wir Uebereinkünfte mit diesen beiden Mächten erreicht, durch welche diese zwischen uns bestehende Reibung sowohl wie die für den Frieden bestehende Gefahr, die zwischen England und Frankreich einerseits, zwischen England und Rußland andererseits vorhanden war, beseitigt wurde. Das ist ein sehr merkwürdiger Unterschied. Hat vielleicht eine Macht in Europa der Meinung Ausdruck gegeben, daß das günstige Gleichgewicht der Mächte von ihrem Standpunkt aus von unseren schlechten Beziehungen zu Frankreich und Rußland abhängt? Keine Macht hat so etwas gesagt. Auch Deutschland hat es nicht gesagt. Es ist noch nicht so lange her, daß geäußert wurde, die deutsche Politik hänge nicht davon ab, daß Feindschaft zwischen anderen Mächten hervorgerufen werde. Ich möchte hinzufügen, daß, soweit wir beteiligt sind, es keineswegs unsere Politik ist, unserer Freundschaft eine feindselige Spitze gegen eine andere Macht zu geben. Aber wir müssen frei sein, diese Freundschaften einzugehen. Nachdem wir sie abgeschlossen haben, bin ich willens, die weitestgehende Garantie zu bieten, daß wir sie zu unserem eigenen Vorteil und dem des anderen Landes benutzen, aber wir wollen ihren Vorteil nicht dazu verwenden, um Feindschaft zwischen unserem Freund und einem anderen Lande zu säen, noch ist es unser Ziel, irgendeine andere Macht zu isolieren. Seitdem man von Isolierung gesprochen hat, ist es nur angemessen, daran zu erinnern, daß Deutschland zwei Verbündete hat und daß wir weder dieses Bündnis mit scheelen Blicken betrachten, noch gemeint haben, daß es gegen uns gerichtet sei; ferner, daß wir ungeachtet dessen Abkommen mit Frankreich und Rußland getroffen haben, welche der ganzen Welt bekannt geworden sind, obwohl die Bestimmungen der Tripelallianz bisher nicht veröffentlicht worden sind. Es existiert also nicht der geringste Grund, anzunehmen, daß das Ziel und die Ursache dieser Abkommen die Isolierung Deutschlands gegenüber irgend einer anderen Macht wäre. (Beifall.)

Englands auswärtige Politik, das hat gerade wieder der Bund mit dem Jaren gezeigt, ist gewiß frei von Sentimentalität. Aber andererseits ist sie ebenso frei von allen Plöchlichkeiten und Ueberzählungen. England ist heute im wesentlichen saturiert. Eben deswegen wäre es für Deutschland sehr leicht möglich, mit England zu einer Verständigung zu gelangen, wenn nicht die verberbliche Plöchlichkeit, die unklare Weltpolitik, die Deutegier unserer herrschenden Klassen und das Dominieren der militärischen Einflüsse, der deutschen Regierung eine vernünftige auswärtige Politik unmöglich machen.

Politische Uebersicht.

Verlin, den 28. Juli 1908.

Der Sozialismus ist der Friede.

In einem Artikel über den Londoner Friedenskongress machen die „Daily News“ einige Bemerkungen, die, an sich interessant, den Unterschied des lebendigen englischen Liberalismus von dem verwestendeten deutschen Freisinn klar erkennen lassen. Das Blatt sagt: „So lange als diejenigen Klassen die Politik beherrschen, welche von den stehenden Armeen, von den großen Flotten, von den imperialistischen Abenteuern und der Ausbeutung schwächerer Klassen ihren Profit ziehen, so lange wird auch die Furcht vor dem Kriege bestehen bleiben. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den europäischen Staaten. Frankreich ist vielleicht am friedlichsten, weil es am demokratischsten ist. Deutschland ist am meisten militaristisch, weil es auch am meisten unter der Herrschaft der Landaristokratie steht. England steht in der Mitte. Aber überall ist das Wachstum der Arbeiter- und sozialistischen Parteien die sicherste Gewähr für den Frieden, teils deshalb, weil sie für die Idee der internationalen Solidarität der Arbeiter eintreten, teils deshalb, weil sie unauffällig die Mittel, welche die herrschenden Klassen lieber für Rüstungen ausgeben, für die Sozialreform verwenden wissen wollen. Jede Aenderung, die das Parlament mächtiger macht, die Geheimnisse der Diplomatie entfüllt, und die Vertretung der Meinung der Völkervereinigt fördert, ist eine Aenderung zugunsten des Friedens. Der Feind ist niemals diese Macht oder jene, sondern diejenigen Klassen in jedem Lande, welche zu Hause oder in der Öffentlichkeit Stimmung machen für stehende Armeen, für kostspielige Rüstungen und für koloniale Expansion. Der bedeutendste Fortschritt, den die Demokratie zum Frieden hin gemacht hat, war der Beschluß des internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart, dem Krieg Widerstand zu leisten, nicht allein durch Worte oder Abstimmungen, sondern durch alle Mittel, welche die organisierte Arbeit anwenden kann.“

Preussische Landräte gegen Arbeiterturnvereine.

Jeder preussische Landrat ist ein Universalgenie; er kann alles und macht alles. Die Landräte der um Berlin gelegenen beiden Kreise haben, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mit Befriedigung feststellt, Verfügungen erlassen, nach welchen die Gemeindevorstände den sozialdemokratischen Turnvereinen unter keinen Umständen mehr die Turnhallen zur Benutzung überlassen dürfen. — In dieser Verfügung, die auf eine besondere Anfrage auch dem Friedrichsfelder Gemeindevorstand zugeht, weil sich dort ein Verein beschwert hatte, heißt es: „Die Ueberlassung der Turnhalle an die „Freie Turnerschaft“ darf unter keinen Umständen erfolgen.“

Trotz dieser Vorliebe der preussischen Regierung für die Arbeiterturnvereine haben sich viele Arbeiterturner an dem jüngsten Kurortfest in Frankfurt a. M. beteiligt.

Die „patriotischen“ Nationalliberalen.

Die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ hatte den schäblichsten Vorschlag gemacht, das Fell des Volkes bei der Reichsfinanzreform wenigstens nicht ohne jede Gegenleistung der Konservativen zu opfern, sondern für die Steuergroschen der nichtbesitzenden Klasse wenigstens so viel Wahlrecht zu erschaffen, als sich mit den Interessen der Junker und Schlotbarone vertrüge. Die konservative Presse jedoch, die am liebsten das Dreiklassenwahlrecht in seiner ganzen gegenwärtigen Schönheit erhalten wissen will, hatte sich im Verein mit dem Zentrum — das seine Dienste ohne

Gegenleistung anbot! — über diese liberale „Erpresserakt“ weidlich entrüstet.

Aber auch die „Bölnische Zeitung“, eins der führenden nationalliberalen Organe, erklärt jetzt, daß sie nicht daran denke, Volksrechte „erpressen“ zu wollen. Sie schreibt:

„Die Reichsfinanzreform ist aber eine Frage, die alle Parteien mit demselben Ernst anspricht, deren Erledigung von Tag zu Tag mehr nationale Pflicht wird, für die jede Partei Opfer bringen muß, ohne Dank zu verlangen. So verständlich die Erbitterung der Liberalen ist, so verhängnisvoll wäre es, sich in dieser Stimmung zu Latein hinreihen zu lassen, die dem nationalen Liberalismus gefährlich werden müßten. Etwas anderes ist's, versucht zu sein, Angelo, etwas anderes, zu fallen.“

Die „Kreuz-Ztg.“ bemerkt dazu mit unerkennbarem Hohn: „Auf den Versuch, die preussische Wahlreform ebenfalls für eine nationale Aufgabe des Reichstages zu erklären und sie damit der Kompetenz des Bundes zu unterstellen, geht die „Böln. Ztg.“ bezeichnenderweise gar nicht erst ein.“

In der Tat: Für die Herren Nationalliberalen ist es eine „nationale“ Aufgabe, das Volk durch neue indirekte Steuern nach allen Regeln der Kunst auszuplündern, um die Besitzenden und Leistungsfähigen vor dem Bezahlen direkter Steuern möglichst zu schützen! Eine Erweiterung der Volksrechte könnte ja diese nationale Blutpolitik auch nur erschweren. —

Keine Reaktivierung Kuno v. Molles.

Der „Böln. Volksgtg.“ wird telegraphisch aus Berlin gemeldet, daß Graf Kuno weder in seine Stellung zurückkehren noch einen Ersatzposten erhalten wird. Nach der zweiten Verhandlung des Harden-Prozesses glaubte man in „wohlinformierten“ Kreisen, daß Graf Kuno v. Mollke einer Reaktivierung entgegengehe. In diesen Kreisen galt es sogar als sicher, daß die neue Stellung Molles sich in unmittelbarer Nähe des Kaisers befinden würde. Die Reaktivierung mußte jedoch hinausgeschoben werden, als gegen das Urteil des Prozesses beim Reichsgericht Berufung eingelegt worden war. Kuno v. Mollke ging ins Ausland. Nachdem das Reichsgericht der Revision stattgegeben hatte, war eine Wiedereinstellung in den Dienst schon aus dem Grunde nicht möglich, weil der Kaiser erst volle Klarheit haben wollte. Als jedoch die Anklagen gegen Eulenburg sich verstärkten, wurde es von der Reaktivierung immer stiller, und jetzt gilt es als bestimmt, daß Graf Kuno v. Mollke nicht mehr in seine Stellung zurückkehren noch sonstwie reaktiviert wird. Es steht ferner zu erwarten, daß die Affäre Eulenburg noch einen Wechsel in einigen maßgebenden Stellungen zeitigen wird, der spätestens aus Anlaß der Kaiserjubiläum stattfinden wird.

Sollte Herr v. Einem reis sein für den gnadenvollen Abschied? —

Südwestafrikanische Wünsche.

Zur Begrüßung des jetzt in Südwest angelangten Herrn Dernburg veröffentlicht die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ einen Programmatitel, der sehr charakteristisch für die Auffassungen unserer südwestafrikanischen Kolonisten ist.

Da wird zunächst bedauert, daß die Schutztruppe noch weiterhin vermindert und durch Polizeitruppen ersetzt werden soll. Natürlich: wozu sollen die Besitzer der unzähligen Hotels, Bars, Kneipen und die anderen zahlreichen Spekulanten leben, wenn man ihnen durch Herabsetzung der Schutztruppen die Landtschaft, die Verweilungsobjekte entzieht! Deshalb auch das eifrige Bemühen, womöglich mit den Dvabombos Konflikte zu entfesseln. Ein neuer Krieg wäre ein gefundenes Fressen für die Laufende von Schmarogern, die der Krieg ins Land gelockt hat, und die jetzt großenteils erwerbslos geworden sind!

Weiterhin protestiert das Blatt gegen jede etwaige Absicht, das Los der im traurigsten Hörigkeitsverhältnis befindlichen Eingeborenen zu verbessern. Die Verordnungen seien eine „stramme Jade, aber eine gute Jade“. Die Eingeborenen sinnen an, sich an diese „stramme Jade“ zu gewöhnen. Wollte man ihnen da eine neue anpassen, die sie vielleicht „schmücker und heßiger liebt“, so müßten sie — so fürchtet man — am Ende der Zwangsjade der brutalen Arbeitsflaverei zu entschlüpfen suchen!

Das ist Kolonialpolitik! Hunderttausend Eingeborene müßten enteignet, müßten zu zwei Dritteln ausgerottet und zum letzten Drittel verblübt werden, damit einige Hundert Kolonialbarone auf ihre Kosten ein feudales Leben führen können! Denn eine dichtere Besiedelung des Landes durch Kleinplonisten erklärt das Blatt ja für ausgeschlossen! Es schreibt:

„Nach wie vor steht für uns im Vordergrund des Interesses die Verwertung des Farmgeländes. Eine nennenswerte Erhöhung der Bodenpreise würde den Grundbesitzern einer rationalen Besiedelungspolitik zuwiderlaufen. Je billiger das Land verkauft wird, um so schneller und intensiver wird die Besiedelung des Landes vor sich gehen. Der Versuch, durch Kleinbesiedelungen eine dichte Besiedelung zu fördern, gilt allen Kennern des Landes für fehlerhaft.“

In einem Punkte freilich ist Dernburg der Mann dieser Kolonialagrarier: er soll ihnen recht viele neue Eisenbahnlinien bauen! Und im großen und ganzen wird das ja auch der ganze Effekt dieser neuen Anklage des Kolonialsekretärs sein! —

Gegen das Reichstagswahlrecht.

Die Konservativen rüsten zum Angriff auf das geltende Reichstagswahlrecht. Die „Antiklichen Mitteilungen des konservativen Vereins für die Provinz Brandenburg“ schreiben:

„Sobald im Herbst die Wahlrechtsanträge der Genossen im Landtage kommen werden, würde es sich empfehlen, der Regierung als Richtschnur für ihr Vorgehen die Anregung mit auf den Weg zu geben, die Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage in einem Zusammenhang mit einer Reform des Gemeindevahlrechts und nicht minder des Reichstagswahlrechts zu bringen. Gründe der Gerechtigkeit und Billigkeit sprechen dafür, und diesen kann und darf sich eine einsichtsvolle Regierung niemals verschließen. Jedemfalls kann ja nicht erwartet werden, daß nicht früher an dem preussischen Wahlrecht herumgedoktert wird, bis eine Einigung über die gleichlaufende Reform des Gemeindevahlrechts gefunden ist.“

Konservative Unversorenenheit! Fürst Bälou erklärte anläßlich der sozialdemokratischen Wahlrechtsinterpellation im Reichstage, die Reform des Landtagswahlrechts sei eine Sache, die den Reichstag nichts angehe. Der Reichstag hätte kein Recht, sich mit dem preussischen Wahlrecht zu befassen. Umgekehrt macht sich aber das preussische Junkertum das Recht an, im preussischen Dreiklassenparlament die Verschlechterung des Reichstagswahlrechts zu fordern. —

Gegen die Lichtsteuer.

Da die badiſche Regierung ſich weigert, die Interpellation der Sozialdemokraten über die Gas- und Elektrizitätsſteuer zu beantworten, hat die ſozialdemokratiſche Fraktion nach Rückſprache mit den anderen Fraktionen einen Antrag eingebracht, in welchem die Kammer die Regierung auffordert, im Bundesrat gegen jede Beſteuerung von Gas und Elektrizität zu ſtimmen.

Keine Inſeratenſteuer?

Die „Münch. Neuest. Nachr.“ behaupten, daß ſich unter den Bundesregierungen vorliegenden Steuerprojekten der Reichsfinanzreform taſächlich auch eine Steuer auf Inſerate und Reklamen befindet. Die „Deutſche Tages-Zeitung“ beſtreitet das; der Gedanke einer Inſeratenſteuer ſei zwar wieder einmal erwogen, aber aufgegeben worden, da man mit Sicherheit vorausſehen habe, daß eine ſolche Steuer im Reichstag doch keine Annahme finden werde. — Auch die „Freiſ. Ztg.“ meint, daß es ſich bei dem Projekt der Inſeratenſteuer nur um ein „totgeborenes Kind“ handeln könne, ſollte wirklich die Meldung des Münchener Blattes zutreffen.

Die Inſeratenſteuer wäre von neuen indirekten Steuern noch nicht die ſchlechteste und zum mindesten einer Branntwein-, Tabak- oder Lichtsteuer entſchieden vorzuziehen. Nur diejenigen Parteien hätten ein Recht, ſie zu verwerfen, die überhaupt jede neue indirekte Steuer ablehnen und das Reichsbedürfnis durch progressive Reichsſteuern, Vermögens- und Erbschaftsſteuern, kurz durch direkte Steuern gedeckt wiſſen wollen. Aber die Inſeratenſteuer würde das Einkommen der Zeitungskapitaliſten ſchmälern und möglicherweise die Konkurrenz der Bourgeois- und Senſationspreſſe gegenüber der proletariſchen Preſſe ſchwächen — deshalb iſt ſie von vornherein ein „totgeborenes Kind“!

Kultusminister v. Wehner amtsmüde?

Die Stellung des bayeriſchen Kultusministers v. Wehner ſoll erſchüttert ſein. Der Miniſter iſt am Sonntag plötzlich „unwohl“ geworden und hat ſich im Landtag, wo zurzeit ſein Etat in der Abgeordnetenſammer verhandelt wird, entſchuldigend erklärt.

Kolonialpolitiker als Kolonialinterſſenten.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Semler ſoll als Nachfolger des verſtorbenen Dr. Scharlach in den Aufſichtsrat der Südamerikageſellſchaft eintreten. In Kolonialkreiſen wird damit gerechnet, daß er inſolgedessen ſein Amt als Referent der Subkommiſſion über den Kolonialetat niederlegt. — Der Kolonialreife des Herrn Semler war immer verächtlich. Der neue Poſten iſt nur eine Veränderung in der Form, nicht im Weſen der Semlerſchen Beziehungen zum Kolonialkapitalismus.

Gemeindeproporz in Bayern.

Gegen 5 Stimmen nahmen die bayeriſchen Abgeordneten endgültig die Vorlage für den Gemeindeproporz an, wodurch der Geſamtbeſchluß des Landtags über die Einführung der Proporzwahl in Bayern erzielt iſt.

Wieder ein Terroriſmusſchwindel.

Die „Freiſ. Ztg.“ weiß einen neuen, beſonders ſchweren Fall von ſozialdemokratiſchem Terroriſmus zu berichten. Der Konſumverein in Brandenburg betreibt ein Konſektionsgeſchäft. Für dieſen Konſumverein liefert eine Frau K. ſeit 14 Jahren Weſtnaharbeiten, ohne daß ihre Arbeit jemals beanſtandet wurde. Anfang dieſes Jahres trat nun, wie das Blatt erzählt, der Ehemann dieſer Frau dem Gewerksverein der Fiſcher bei, und ſiehe, von dieſem Moment an konnte ſie der Geſchäftsleitung nichts mehr recht machen, und als ſie darüber ihr Erſtaunen äußerte, erhielt ſie vom Geſchäftsleiter die Mitteilung: „Ihr Mann iſt bei den Fiſchern (ſozialdemokratiſcher Spotname für die Angehörigen der Fiſch- und Dunderschen Gewerksvereine) eingetreten; ich kann Ihnen von jetzt ab keine Arbeit mehr geben.“

Das iſt Schwindel! Dem Vorſtand des Konſumvereins war von dem ganzen Vorfall nichts bekannt; es iſt demnach erlöſen, daß der Geſchäftsleiter die ihm in den Mund gelegte Anklage getan hat. Der Hergang iſt folgender: Wegen Mangel an Arbeit mußte die betreffende Frau, die keineswegs entlaſſen iſt, eine Zeitlang auſſehen. Der Zuſchneiderin gegenüber ſagte ſie, ob das Ausſehen etwa damit zuſammenhänge, daß ihr Mann dem Gewerksverein angehöre. Wöllig eigenmächtig antwortete die Zuſchneiderin, daß es die Angehörigen nicht gern ſähen, wenn Mitarbeiter dem Gewerksverein angehörten. Mit dem Ausſehen hat das abſolut nichts zu tun. Die Verwaltung des Konſumvereins legt Wert darauf, feitzustellen, daß ſie es völlig ihren Angeſtellten überläßt, welcher gewerkschaftlichen Organisaſion ſie ſich anſchließen wollen.

Ungarn.

Die Grundherren, die Landarbeiter und das Wahlrecht.

Die Ernte in Ungarn iſt vorüber, ohne daß es zu einem Streik der Landarbeiter gekommen wäre, wie das in den letzten Jahren der Fall war. Die Junker triumphieren, ſie glauben, die widerſpenſtigen Landarbeiter ſind immer geſügelt gemacht zu haben. Aber ſie täuſchen ſich. Es iſt die Ruhe des Kirchhofs, die auf den niedergeknüppelten, durch ſchwere Strafen und die Verfolgung ihrer Führer müde gemachten Landproletariats laſtet. Unter der Aſche aber glimmt es weiter, bis die Empörung wieder in hellen Flammen auſſodern wird. Es iſt die Ruhe vor dem Gewitter; das ungarische Proletariat bereitet ſich vor auf den Sturm gegen das Privilegienparlament, für das allgemeine gleiche Wahlrecht. Der Herbit wird die Entſcheidung bringen. Die Regierung bereitet einen Volksbetrug im großen vor, an Stelle des längſt verſprochenen allgemeinen und gleichen Wahlrechts will das Koalitionsmiſterium wieder ein Wahlrecht geben, das den herrſchenden Klaſſen auch weiter das Privileg der Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Klaſſen ſichert. Die ſozialdemokratiſche Partei macht die äußerſten Anſtrengungen, um dieſen Plänen der Regierung mit aller Kraft entgegenzutreten zu können, und die ungarische Arbeiterſchaft iſt entſchloſſen, in dieſem Kampf auch die letzten Konſequenzen zu ziehen.

Niederlande.

Der Konflikt mit Venezuela.

Haag, 28. Juli. Nach halbamtlicher Mitteilung hat der Miniſter des Auswärtigen den niederländiſchen Vertreter in Caracas telegraphiſch, unverzüglich nach Holland zu kommen, um ſich wegen ſeines Artikels in der Amſterdamer „Revue“ zu rechtfertigen, der die Veranlaſſung zu dem bekannten Verhalten Caſtro gegen die Neus bot. Das läßt darauf ſchließen, daß es in der Abſicht der niederländiſchen Regierung liegt, vorläufig von jedem Vorgehen gegen die venezuelaniſche Regierung abzulaſſen, bis die Informationen, welche die Neus perſönlich gibt, ſo vollſtändig ſind, um die Regierung der Niederlande die Situation in den weſtindiſchen Gewässern richtig beurteilen zu laſſen.

Rußland.

Die Revaler Zusammenkunft.

Der Präſident der franzöſiſchen Republik iſt auf ſeiner Auslandsreiſe in Reval angekommen, nachdem er vorher die Könige von Dänemark und Schweden beſucht hatte. Den anhaltenden und energiſchen Proſteſten unſerer franzöſiſchen Genossen iſt es nicht gelungen, die Zusammenkunft des Oberhauptes der Bourgeoisrepublik mit dem blutigen Jaren, dem Bürger der ruſſiſchen Freiheit, zu verhindern. Aber die große

Proteſtaktion hat den Beweis erbracht, daß die Klaſſen der franzöſiſchen Arbeiter wie die der ganzen Welt nur mit Fäß und Verachtung des Jaren gedenken und ein Bündnis mit dem Despoten als unerträglich ſchmach empfinden. Im übrigen erweckt die heilige Revaler Zusammenkunft kein ſo großes politiſches Intereſſe als die vorangegangene mit dem engliſchen König, die der Ausdruck einer neuen politiſchen Situation, der Annäherung Englands an Rußland war. Die Trinksprüche, die geſtern zwiſchen Fallières und Nikolaus gewechselt wurden, halten ſich in den gewöhnlichen Grenzen.

Marokko.

Unſer Schutgenoffe.

Tanger, 28. Juli. Von den an der reſonanzwidrigen Verhaftung eines deutſchen Schutgenossen beteiligten marokkanischen Soldaten iſt auf Betreiben des deutſchen Geſandten der Hauptſchuldige gefangen geſetzt worden. Er bleibt im Gefängnis während einer von dem deutſchen Geſandten zu beſtimmenden Zeit.

Eine Niederlage Abdul Afis.

Aden, 28. Juli. Der „Adeniſchen Zeitung“ wird aus Tanger vom 27. Juli gemeldet, daß ſich die Nachricht von einer Niederlage Abdul Afis und ſeiner Umzingelung zwiſchen Sair Si Alha und Adatra beſtätigt und daß ein von Saſſi aufgebrochenes aſiſches Meer in Adha zum Rückzug gezwungen wurde.

Soziales.

Unfälle im Tiefbau.

In der letzten Nummer des „Tiefbau“ veröffentlicht der Vorſtand der Tiefbau-Verufsgenoffenſchaft eine Uebersicht der in den Jahren 1906, 1907 und bis Ende Juni 1908 zur Anmeldung gekommenen Unfälle. Trozdem nun die Zahl der im Tiefbau beſchäftigten Perſonen ſeit dem 1. Januar 1908 um etwa 12 000 zurückgegangen iſt, hat die Unfallziffer eine erhebliche Steigerung erfahren:

	Unfälle wurden gemeldet:		1907		1908	
	Unfälle	Todesfälle	Unfälle	Todesfälle	Unfälle	Todesfälle
Januar	1072	19	1021	27	1301	18
Februar	1062	11	815	10	1174	11
März	1049	15	962	21	1268	22
April	904	6	998	19	1238	27
Mai	1121	13	1107	20	1344	18
Juni	1103	13	1251	23	1376	30
Juli	1163	8	1201	21	—	—
August	1115	21	1212	20	—	—
September	1081	20	1188	18	—	—
Oktober	1070	19	1172	28	—	—
November	1011	15	1270	25	—	—
Dezember	1100	16	1250	20	—	—

Die enorme Steigerung der Unfälle wird durch das Entgegenkommen der Regierung auf Wünſche der Unternehmer, inbeſondere durch die Begünstigung ausländischer Arbeiterkräfte erklärt. Aber was ſchert die „nationalen“ Parteien die Zunahme der Gefährdung von Menſchenleben und Menſchengesundheit, wenn der Unternehmerprofiſt dabei wächst. Wir konſtatieren neulich, daß die „Staatsbürger-Zeitung“ ſich von Geſinnung über die dem Recht der Arbeiterklaſſe im Geſicht ſchlagende Begünstigung ausländischer und Zurückziehung einheimischer Arbeiter verriet. Die „Staatsbürger-Zeitung“, die früher ſo redlich ſich um Veranziehung rechtloser ausländischer Arbeiterkräfte bemüht hatte, behauptete, ſie erhoffe einen „nationalen Sturm“ gegen den „antinationalen Erlaß“ des Miniſters. Wir hatten darauf verwieſen, daß das miſeriſſe Entgegenkommen auf die Wünſche der Tiefbauunternehmer lediglich eine Konſequenz des von den geſamten „national“ ſich nennenden Parteien gebilligten, freilich gegen die deutſche Arbeiterklaſſe gerichteten Erlaſſes vom 18. März 1906 iſt. Nachdem die „Deutſche Tageszeitung“, die „Staatsbürger-Zeitung“ und das „Reich“ darauf hingewieſen hatten, daß die Ausländer im Intereſſe der Landwirtsſchaft nach Deutſchland gebracht werden mühten, ſchweigt ſich der „flammende Proſteſt“ und der „nationale Sturm“ des „Reich“ und der „Staatsbürger-Zeitung“ in allen Tönen aus. Die deutſche Arbeiterklaſſe aber mag deſſen eingedenk ſein, daß gerade die Kriegsbeſeher dieſe Verdrängung der deutſchen Arbeiter durch Ausländer billigen und fördern und dem deutſchen Arbeiter ſein Vaterland zu nehmen trachten. Die Anwerbung von Ausländern im Ausland für induſtrielle Unternehmungen, ſo inbeſondere für das Ruhrrevier, und für die Landwirtsſchaft wird ſeitens der Zalmipatrioten rüſtig fortgeſetzt. So wird aus Böhmen gemeldet:

„In Bruch und Umgegend kündigen die hieſigen Bergarbeiter in großer Zahl, um ſich in das weſtſächſiſche Kohlengebiet zu begeben. Im ganzen nordweſt-böhmischen Braunkohlenrevier ſind Agenten tätig, welche die Arbeiter veranlaſſen, nach dem weſtſächſiſchen Kohlengebiete überzuſiedeln, wo ſie angeblich höhere Löhne erhalten.“

Je mehr deutſchen Arbeitern die Arbeitsgelegenheit durch hierher gelockte rechtloſe Ausländer geraubt wird, und je größer die Zahl der Verwundeten und Toten auf dem Schlachtfeld induſtrieller und landwirtsſchaftlicher Arbeit, deſto größer der Profiſt, alſo iſt es nach der Logik der bürgerlichen Parteien patriotiſche, nationale Pflicht: die ausländischen Arbeiter vor den deutſchen in Induſtrie und Landwirtsſchaft zu bevorzugen. Wie lange noch glaubt die herrſchende Klaſſe, in dieſer Weiſe die Schuld der deutſchen Arbeiterklaſſe prozodieren zu dürfen?

Von der Maſchinenbau- und Kleinſeiſeninduſtrie.

Nach dem ſoeben erſchienenen Bericht obiger Verufsgenoffenſchaft iſt die Zahl der verſicherten Betriebe von 7443 im Jahre 1906 auf 7735 im Jahre 1907 geſtiegen. Die Zahl der verſicherten Arbeiter ſtieh von 211 327 auf 227 091, alſo um rund 15 700 oder 7 Proz. Der Bericht bemerkt hierzu: „Dieſe Zunahme, welche im Vorjahre rund 17 300 oder 9 Proz. betrug, iſt alſo im Jahre 1907 kleiner geworden. Die geringere Steigerung zeigt, daß der Aufſchwung, den unſere Induſtrie in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, ſich allmählich dem dieſmaligen Höhepunkte genähert hat.“ Damit wird, wenn auch ſehr unſchrieben, die hereinbrechende Krise in der Metallinduſtrie beſtätigt.

Erſtaunlich iſt dagegen, daß es die Metallarbeiter verſtanden haben, in den letzten Jahren ihre Arbeitslöhne etwas zu ſteigern, wenngleich die Steigerung bei weitem die Teuerung nicht weſtmacht. Laut Bericht iſt der Durchschnittslohn für erwachſene Arbeiter von 1404 auf 1448 M. pro Jahr geſtiegen. Im Jahre 1906 betrug dieſer Durchschnittslohn 1293 M. Man darf aber nicht vergeſſen, daß bei dieſer Berechnung nicht alle verſicherten Arbeiter dieſen Lohn verdient haben. Der Bericht führt ſelbſt an, daß 188 793 Arbeiter dieſen Durchschnittslohn verdienten, während noch 38 600 Arbeiter, beſonders weniger als den ordnunglichen Tageslohn erhielten. Dieſer Durchschnittslohn betrug aber nur 422 M. pro Jahr. Man ſieht aus hieraus, wie unſere Induſtrie doch maffenhaft jugendliche Arbeiter, Lehrlinge uſw. zu niedrigerem Lohn beſchäftigen. Auf 1000 erwachſene Arbeiter entfallen 194 jugendliche Arbeiter uſw. mit dem geringen Lohn. Die höchſte Ziffer weiſt die Sektion I (Dortmund) mit 267 jugendlichen Arbeitern auf 1000 Verſicherte auf. Ihr folgt die Sektion III (Alkna) mit 213.

Im Berichtsjahre wurden der Verufsgenoffenſchaft inſgeſamt 16 828 Unfälle angezeigt. Auf 1000 verſicherte Perſonen entfielen ſomit durchſchnittlich 74,00 Unfälle. Weit über dieſen Durchſchnitt ſieht die Sektion IV (Düſſeldorf) mit 134,55 Unfällen auf 1000 Verſicherte, während S. Sektion II nur 21 zählt. Enſchädigt wurden aber nur 2312

Unfälle, welche 2111 erwachſene Arbeiter männlichen und 26 weiblichen Geſchlechts, 175 jugendliche Arbeiter männlichen und 7 weiblichen Geſchlechts betrafen. Von dieſen Unfällen ereigneten ſich an Motoren und Arbeitsmaſchinen 732, an Hebelmaſchinen 184, an Dampfkeſſel uſw. 7, durch feuergefährliche Stoffe uſw. 113, durch Zusammenbruch, Einſturz uſw. durch Fall von Leitern, Treppen uſw. beim Transport 47, durch Handwerkzeuge uſw. 883. Sonſtige Unfälle 55 Fälle.

Als Folgen der Unfälle wird angegeben: 124 Todesfälle, in 24 Fällen völlige, in 1862 teilweiſe und in 300 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Der Bericht bemüht ſich auch, die Schuldfrage zu löſen. Dieſer Verſuch iſt aber wertlos, weil er, wie alle Verufsgenoffenſchaftsberichte, auf einſeitiger Beurteilung des Unternehmers beruht und eine große Reihe Unfallfaktoren ganz unberückſichtigt läßt.

Auf Verſchulden der Arbeitgeber wurden nur 27 Unfälle zurückgeführt, während die Verlegten ſelbſt an 1071 Unfällen die Schuld tragen ſollen. Auf Gefährlichkeit des Betriebes und ſonſtigen Urſachen, Zuſälligkeiten uſw. ſollen 1221 Unfälle zurückzuführen ſein. Unter den 1071 von Arbeitern ſelbſtverſchuldeten Fällen ſind allein 817 Fälle auf „Ungeſchicklichkeit und Unachtsamkeit“ zurückgeführt worden, in 108 Fällen ſollen die Verlegten gegen die Unfallverhütungsvorſchriften verſtoßen haben. Es wurden durch die Verurteilung eben ſchwer beſtraft. Der Bericht führt an, daß 30 Arbeiter von der Verufsgenoffenſchaft verwahrt worden ſeien, gegen 4 Mitarbeiter wurden wegen Verſchuldens an Unfällen Gefängniſtrafen von 2 Wochen bis zu 4 Jahren verhängt. Und die Arbeitgeber? Nur eine Arbeitgeberin wurde von der Polizei mit einer Geldſtrafe belegt.

Für die Fürſorge innerhalb der erſten 13 Wochen des Unfalls hat die Verufsgenoffenſchaft nur 4128 M. verausgabt.

Die Aufſichtsbeamten berichten wohl, daß ſie im Berichtsjahre 25 Proz. der Betriebe beſichtigt und 332 Rentenempfänger kontrolliert haben, über das Reſultat dieſer Reviſionen erfährt man aber nichts.

Aus Induſtrie und Handel.

Ueberräſchungen in der Elektrizitätsinduſtrie.

Für die nächſte Generalverſammlung der Bergmann Elektrizitäts-A.-G. bereiten ſich anſcheinend Ueberräſchungen vor, deren Schluß-effekt das Aufgehen der Geſellſchaft in die Allgemeine Elektrizitäts-Geſellſchaft ſein dürfte. In Börſenkreiſen hat man eine ganz in der Stille betriebene Ueberräſchung von Aktien der Bergmann A.-G. beobachtet. Die Spuren des Intereſſes für dieſes Papier führen nach der Allgemeinen Elektrizitäts-Geſellſchaft und ſoll die dirigierende Hand taſſächlich ſchon über eine Majorität verfügen, indem ſie es verstanden hat, circa 55 Prozent der Aktien an ſich zu nehmen. In einzelnen Fällen ſind ganz enorme Abſtandspreiſe gezahlt worden. Schon daraus kann man entnehmen, daß die A. E. G. mit der Aktion ſchwertwiegende Intereſſen verfolgt. Dies dürfte mit dem Umſtand in Verbindung zu bringen ſein, daß die Bergmann A.-G. noch die einzige bedeutende Konkurrentin der A. E. G. auf dem Fabrikationsgebiete iſt. Die Generalverſammlung der Bergmann A.-G. wird jedenfalls ſchon einige Aufklärung über die Pläne der Allgem. E.-G. bringen.

Firma Fried. Krupp.

Der Bericht der Eſſener Handelskammer enthält intereſſante Angaben über den Umfang des größten kontinentalen Werkes. Wir entnehmen dem Bericht folgendes: Die Fried. Krupp Aktiengeſellſchaft umfaßt zurzeit folgende Werke: 1. Die Gußſtahlfabrik in Eſſen (Ruhr) mit den Schießplätzen in Neppen und Langerhütte und einem Schießhaus in Eſſen, den Kohlenzechen: Vereinigte Sälzer und Reusod in Eſſen, Hannover und Hörde bei Voſum, Dambal in Hörde, Eidel bei Bochum, zahlreichem Eiſenſtein-gruben in Deutſchland mit circa 50 Betrieben, darunter 18 größere Tiefbauanlagen mit vollſtändiger maſchineller Einrichtung — außerdem Verſtellung an Eiſenſteingruben bei Bilbao in Nord-Spanien —, den mittelhheiſchen Hüttenwerken: Wäldenſchneidhütte bei Engers (Hochofenanlage mit 4 Hochofen), Hermannshütte bei Reutved (Hochofenanlage mit 3 Hochofen), Eiſengieſerei und Maſchinenfabrik in Sahr, einer Weberei in Rotterdam mit Seesdampfern. 2. Das Hütten-, Stahl- und Walzwerk Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen-Heimersheim. 3. Das Stahlwerk Arnen in Arnen, Weſfalen (früher F. Wöhner u. Co.). 4. Das Gußſtahlwerk in Waſchburg-Budau. 5. Die Germaniawerft in Kiel. Die hauptſächlichſten Erzeugniſſe der Gußſtahlfabrik in Eſſen ſind Geſchüge, Geſchoſſe mit Händern und Bindungen, Gewehrkläuſe, Panzer in Form von gewalzten Blechen und Platten für alle geſchützten Teile der Kriegſchiffe ſowie für Fortifikationszwecke, Eiſenbahnmateriale, Schiffbaumaterial, Maſchinenſteile jeder Art, Stahl- und Eiſenbleche, Walzen, Werkzeugſtahl, Spezialſtahl für die verſchiedenſten Teile des Kraftwagenbaues, Hartſtahl, Stahlknüppel und anderes. Auf der Gußſtahlfabrik waren im Jahre 1906 in den etwa 60 Betrieben in Tätigkeit: etwa 6500 Werkzeug- und Arbeitsmaſchinen, 21 Walzenſtraßen, 155 Dampfhammer von 100 bis 50 000 Kilogramm Fallgewicht mit zuſammen 263 274 Kilogramm Fallgewicht, 21 Transmiſſionsdämpfer von 12 bis 400 Kilogramm Fallgewicht — 4780 Kilogramm Gesamtſallgewicht, 74 hydraulische Preſſen, darunter 2 Siegpreſſen zu je 7000 Tons, 1 Schmiepreſſe zu 5000 Tons und 1 zu 2000 Tons Druckkraft, 382 Dampfkeſſel, 589 Dampfmaſchinen von 2 bis 3500 Pferdekraft mit zuſammen 59 059 Pferdekraft, 1361 Elektromotoren von zuſammen 20 226 Pferdekraft, 725 Krane von 400 bis 150 000 Kilogramm Tragfähigkeit mit zuſammen 7 034 850 Kilogramm Tragfähigkeit.

Nach der Aufnahme vom 1. Januar 1908 betrug die Gesamtzahl der auf den Kruppſchen Werken beſchäftigten Perſonen einschließlich 6198 Beamten 63 084 (1. April 1907: 64 907 einschließlich 6800 Beamten). Von dieſen entfallen auf die Gußſtahlfabrik Eſſen mit den Schießplätzen 32 962 (im Vorjahre 35 535), die Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen 5372 (im Vorjahre 4713), das Gußſtahlwerk in Budau 4336 (im Vorjahre 4582), die Germaniawerft in Kiel 3550 (im Vorjahre 3552), die Kohlenzechen 8447 (im Vorjahre 9273), die mittelhheiſchen Hüttenwerke 1108 (im Vorjahre 1130), Stahlwerk Arnen 1002 (im Vorjahre 870) und die Eiſenſteingruben 5171 (im Vorjahre 4730).

Demnach war auf dem Eſſener Werk die Zahl der Arbeiter und Beamten im Jahre 1907 gegen das Vorjahr um 2586 geſunken; auf dem Waſchburger Werk hatte die Belegſchaft ſich um 246 vermindert; auf der Friedr. Alfred-Hütte ſtellte ſich der Rückgang auf 650 Mann. Bemerkenswert iſt, daß die Gesamtzahl der auf allen Werken beſchäftigten Arbeiter ſich um 1313 verminderte, die Zahl der Beamten dagegen um 389 ſtieh.

Auf dem Wege zum internationalen Schifffahrtstrakt.

Hamburg, 28. Juli. Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit: Seit einigen Tagen findet im „Hotel Eſplanade“ eine Konferenz der großen am Paſſagierverkehr nach Südamerika beteiligten Schifffahrtsgesellſchaften ſtatt, welche die Bildung einer Intereſſengemeinſchaft nach der Art, wie ſie ſchon für den Dienſt über den Nordatlantik beſteht, zum Zwecke hat. Die Verhandlungen, in denen Generaldirektor Vallin den Vorſitz führt, nehmen einen auſichts-vollen Verlauf, wenn es ſich auch zunächst nur um einen Verſuch, alſo um einen für kurze Zeit zu ſchließenden Vertrag handeln kann. Erſchienen ſind etwa 24 Delegierte, welche die wichtigſten deutſchen, engliſchen, franzöſiſchen, holländiſchen und ſpaniſchen Linien vertreten. An die Verſammlung wird ſich mit gleichen Zwecken eine Zusammenkunft der Schifffahrtsgesellſchaften ſchließen, die an dem Verkehr mit Ruſa und Mexiko beteiligt ſind.

Beschäftigung tot — Abruf dringend.

Die Stimmungsbilder aus der Industrie gleichen manchen Wetterberichten. Es mag kommen was will, der Bericht hat's getroffen, jeder findet darin was er — wünscht. So berichtete „B. W.“ unterm 25. Juli folgendes:

Die in der heutigen Versammlung der Dagerer Vereinigung der Feinblechwalzwerke veranlassete Rundfrage ergab, daß die Beschäftigung mit Rücksicht auf die jetzige Jahreszeit tot ist. Ferner wurde festgestellt, daß die in einigen Eisenmarktberichten angegebenen niedrigen Grundpreiserlöse sich nur auf einzelne Geschäfte beziehen können, die anlässlich der Jahresinventur von einigen Werken in einzelnen nicht markt-gängigen Lagerorten gemacht worden sind. Tatsächlich ist eine größere Belebung des Marktes in letzter Zeit festgestellt, besonders der Abruf ist stets dringend.

Beschäftigung tot — der Abruf stets dringend.

Gewerkchaftliches.

Wirtschaftskrise und Arbeitslosenstatistik.

Selbst in dem Hochkonjunkturjahr 1908 haben die freien Gewerkschaften Deutschlands 2 653 206 W. an arbeitslose Mitglieder ausgezahlt; 1907 stand die zweite Jahreshälfte schon fast vollständig unter dem Einfluß der internationalen Wirtschaftskrise, die Arbeitslosenunterstützung stieg erheblich. Ueber die Höhe der gezahlten Arbeitslosenunterstützung liegen für 1907 noch keine abgeschlossenen Zahlen vor, sie dürfte aber zirka 50 Proz. höher sein als 1906. Das Jahr 1908 aber ist erst recht ein Krisenjahr ersten Ranges.

Das ist schon ersichtlich aus der internationalen Eisen- und Stahlproduktionsstatistik. Die deutsche Roheisenproduktion betrug seit 1902 jeweils in den ersten Halbjahren 4 013 776 To., 4 934 532 To., 4 999 413 To., 5 098 588 To., 5 063 128 To., 6 355 938 To. und 6 049 721 To.

Auch 1908/1904 befand sich die deutsche Eisen- und Stahlindustrie in einer Depressionsperiode; dennoch stieg damals die Roheisenherstellung. Im ersten Semester 1908 ist dagegen die Produktionsziffer sogar hinter der von 1906 zurückgeblieben, während gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Werke dezent gestiegen wurde, daß in manchen Hochofenbezirken jetzt nur kaum 50 Proz. der Erzeugungsmöglichkeit ausgenutzt wird! Die Unternehmer selbst klagen, es habe seit vielen Jahren, vielleicht seit Jahrzehnten nicht so schlecht mit den Aufträgen gestanden wie dieses Jahr.

Demgegenüber muß doch auffallen, daß die breite Öffentlichkeit weniger als in früheren Krisenjahren, von der Zahl der vollständig oder teilweise Arbeitslosen erfährt. Zweifellos ist auch der Grad der Arbeitslosigkeit in der Metall- und Maschinenindustrie, dem Textil-, Holz- und Bauwesen zurzeit außerordentlich stark, und was am schlimmsten ist, die Aussichten auf baldige durchgreifende Besserung lassen sich nicht erkennen. Die Berichte aus der belgischen, französischen, englischen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie zeigen gleichfalls sehr stark reduzierte Produktionsziffern dementsprechend auch verringerte Beschäftigung der Arbeiter. Das Juliheft des monatlichen Organs des britischen Maschinenbauergewerksvereins bringt eine geradezu erschreckende Arbeitslosenstatistik dieser Arbeiterorganisation. Während 1907 im Januar von den Mitgliedern 3 1/2 Proz. erwerbslos waren, im Mai nur 2 1/2 Proz., bewegte sich die Arbeitslosenziffer 1908 von 4 1/2 Proz. im Februar in rapide steigender Linie bis auf 12 Proz. im Mai! Von 110 018 Mitgliedern waren 12 728 im Mai ohne Beschäftigung! Nicht man in Betracht, daß in der Regel die gelehrten organisierten Maschinenbauer dauerndere Beschäftigung haben als die „ungelehrten Arbeiter“, so kann man sich vorstellen, wie enorm im allgemeinen die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien sein wird. So lange die britischen Trade Unions sich mehr oder weniger passiv gegenüber der parlamentarischen Aktion verhielten, ersieht das Problem der Arbeitslosenfürsorge hauptsächlich als eine interne Gewerkschaftsangelegenheit. Nun aber die statliche Arbeiterfraktion im Unterhause wiederholt und nachdrücklich die Arbeitslosen, in Verbindung mit der Invalidenversicherungsfrage zur Erörterung gebracht hat, kommt es auch dem indifferenten Publikum zum Bewußtsein, daß die Arbeitslosenfrage nicht so sehr eine gewerkschaftliche, als eine Angelegenheit der sozialen Gesehgebung überhaupt ist. Was die Trade Unions bisher in dieser Beziehung leisteten, bedeutete eine enorme Entlastung des Staates und bewirkte eine tatsächliche Einschläferung des öffentlichen Gewissens.

Weshalb vollzieht sich auch in Deutschland. Von 1891 bis inklusive 1906 haben hier die freien Gewerkschaften für Arbeitslose „am Ort“ und auf der Reise schon über 20 Millionen Mark Unterstützung verausgabt! So weit die vorliegenden Sonderberichte einen Rückschluß zulassen, werden 1907/1908 die Gewerkschaften allein mindestens 8 Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützungen (inklusive Reisegelder) zu leisten haben. Eine ungeheure Summe! Aus etlichen Situationsberichten entnehmen wir, daß die betr. Ortsvereine vornehmlich durch die Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen dezent belastet sind, daß schon für mehrere Zeitperioden Zuschüsse aus den Zentralkassen erforderlich wurden. Die eigenen Ortsvereine reichen also dort schon nicht mehr aus. Es ist ferner zu beachten, daß auch die Krankenkassenunterstützung in Krisenzeiten vielfach den Charakter einer Arbeitslosenunterstützung gewinnt, insofern Erwerbslose leichter geneigt sind, einige Tage länger zu feieren, da sie so wenigstens ein, wenn auch dürftiges, Einkommen haben, öfter auch die Arbeitslosigkeit benutzen, um längst vorhandene Krankheiten zu kurieren.

Unseres Erachtens wäre es ein kaum wieder gutzumachender Fehler, wenn die Gewerkschaftszentralen es unterließen, ihre Erfahrungen und Beobachtungen über den Grad und die sozialen Wirkungen der Arbeitslosigkeit in den betr. Gewerben der breitesten Öffentlichkeit in der möglichst auffälligen Weise zu unterbreiten. Es genügt durchaus nicht, die in manchen Berufen zurzeit außerordentlich hohen Ziffern der Erwerbslosen in der speziellen Fachpresse statistisch zu verwerthen. Diese Presse kommt kaum über den Kreis der Berufsgegnossen hinaus und wird sicherlich von der großen Tagespresse bürgerlicher Richtung sehr wenig beachtet. Auch die an sich noch sehr unvollständige Arbeitslosenstatistik im Reichsarbeitsblatt ist völlig ungeeignet für die Information der breiten Öffentlichkeit. Nicht alle Verbände berichten, nicht alle zahlen Arbeitslosenunterstützung, manche nur zeitweilig, manche registrieren nur die „bezugberechtigten“ Arbeitslosen. Auch daraus erklärt sich der merkwürdige Kontrast zwischen den auch unternehmenseits abgegebenen sehr trüben Erwerbsverhältnissen und der mangelhaften Information der Öffentlichkeit über den tatsächlichen Umfang der völligen oder teilweisen Verdienstlosigkeit. Ueber die enormen Betriebsbeschränkungen z. B. in der Textilindustrie, wie viel Feierschichten dort eingelegt sind, wie hoch der Lohnentgang ist, darüber ist auch die Arbeiterpresse leider nur sehr mangelhaft auf dem laufenden. Zweifellos herrscht jetzt in einer Anzahl textilindustrieller Distrikte Deutschlands ein viel leicht seit Jahrzehnten nicht erlebtes Arbeiterelend, desgleichen in erheblichen Zweigen der Holzindustrie. Die gezahlte gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung mildert gewiß manche bitterste Not, darf schon deshalb nicht abfällig beurteilt werden. Aber wir müssen doch die Tatsache konstatieren, daß nach Lage der Sache die Arbeitslosenunterstützung indirekt, natürlich wider die Absicht der Unterstühtungszahler, dem Unternehmertum mithilft, den vollen Umfang der kapitalistischen Miswirtschaft vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

Dem kann aber leicht entgegengewirkt werden, wenn die Gewerkschaftsleiter einen umfassenden und regelmäßigen Nachrichtenendienst für die Tagespresse über die Arbeitslosen

im Gewerbe, die erfolgten Lohnaufzungen, Arbeiterentlassungen, Betriebsentstellungen usw. einrichten. Besonders wirksam sind Stichproben und Momentbilder aus den von der Krise vorzüglich heimgegriffenen Industrien und Landesteilen nebst Vergleichen des Einkommens mit der Haushaltungsberechnung. Es kann nicht geleugnet werden: die Unternehmensverbände halten durch ihre Geschäftsführer in einer so schematischen Weise die Presse über die Vorgänge in dem betr. Gewerbe — und zwar im arbeitserschädigenden Sinne — auf dem laufenden, daß die Arbeiterorganisationen dadurch vielfach in einem verzerrten Bilde erscheinen müssen, ihre Forderungen und Beschwerden von vornherein als „übertrieben“, „einer Grundlage entbehrend“ u. a. verächtigt werden.

Eine bessere und fortlaufende publizistische Bewertung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenzählungen würde der Arbeitervertretung im Parlament auch das wertvollste Material für die Begründung der von den Gewerkschaften geforderten Gesetze, betr. Arbeitszeitverkürzung, Heimarbeit, Kinder- und Frauenschutz usw. bieten. Noch aktueller erscheint die Verberzigung unserer Anregungen mit Rücksicht auf die in der Raade befindliche Reichsfinanzreform! Ohne Zweifel soll es wieder mit indirekten Steuern und Verbrauchsabgaben dem wirtschaftlich schwächsten Volksteil an den schmalen Geldbeutel gehen. Man wird wieder von dem „gestiegenen Volkswohlstand“, den „höheren Löhnen“ und dergl. reden und damit „beweisen“, wie herrlich weit die deutschen Arbeiter es gebracht haben. Dieser Schönfärberei müssen die schmerzhaften Wirklichkeitsbilder aus dem Arbeitslosenele und der schematischen Lohnrückerei entgegengesetzt werden, um die „nationale“ Wirtschaft- und Steuerpolitik der Herrschenden vor dem Volke zu brandmarken. Je mehr wichtiges Material die gewerkschaftlichen Vertrauensleute für die Volksvertreter zusammentragen, um so besser für die Gewerkschaften und für das Volk in seiner Gesamtheit.

Die Freunde der Gelben.

Eine Generalversammlung der „Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung der Arbeitsentstellungen“ tagte in Dresden unter zahlreicher Teilnahme der Industriellen aus allen Teilen Sachsens. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Gesellschaft jetzt 1100 Mitglieder mit einer Lohnsumme von 98 Millionen Mark zählt, während bei Gründung der Gesellschaft die Zahl der Mitglieder 468 mit einer Lohnsumme von 32 Millionen Mark betrug. Im Berichtsjahre wurden 58 Streiks mit 63 800 W. entschädigt, während die Gesellschaft vom Beginn der Gründung an bis zum 31. Dezember 1907 an Entschädigungen bei Arbeitsentstellungen an ihre Mitglieder insgesamt 110 000 W. zahlte. Während des Bestehens der Gesellschaft wurden zwei Streiks mit je 10 000 W. entschädigt, einer mit 7000 W., einer mit 6000 W., einer mit 5000 W., 13 mit je 2000 W. und 53 mit je 1000 W. Im laufenden Geschäftsjahre 1908 sind 5 Streiks entschädigt worden. Direktor Grünauer sprach zur Verhütung von Arbeitsentstellungen und um einen erfolgreichen Kampf gegen die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften durchzuführen zu können, eine lebhaftige Agitation in allen Orten zur Gründung von gelben Arbeitervereinen. Reichstagsabgeordneter Syndikus Dr. Stresemann pflichtete diesen Ausführungen bei und erklärte weiter, der Verband der sächsischen Industriellen werde die Gesellschaft dabei tatkräftig unterstützen. — In Verdau, Grimmitzschau und auch in der Lausitz sollen bereits die „besten Resultate“ erzielt worden sein.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Former und Viehzeilarbeiter! Die Differenzen bei der Firma Gebauer sind durch Verhandlungen beigelegt. Die Sperte ist hiermit aufgehoben.
Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung in Stettin.

Der Arbeiterausschuß und die Kommission der Rieter haben, dem Ansuchen der „Vulkan“-Werkdirektion entsprechend, die Forderungen der Rieter formuliert und der Direktion unterbreitet. Ihre Forderungen gehen dahin, daß von den einzelnen Leuten pro Woche nicht mehr als dreimal 1 1/2 Ueberstunden verlangt werden dürfen. Daraufhin hat die Direktion wie folgt geantwortet:

Wir erhalten soeben Ihr vom 26. Juli datiertes Schreiben, in dem Sie uns bekanntgeben, welche Gesichtspunkte die Rieter unsererseits bei Aufhebung der noch für mehrere Wochen notwendigen Ueberstunden gern berücksichtigen haben möchten. Wir sind bereit, hierüber Montag um 3 1/2 Uhr im Krankenkassen-Sitzungszimmer mit Ihnen in eine Aussprache einzutreten, um festzustellen, inwieweit sich die Wünsche der Rieter mit den Erfordernissen der Interessen des Betriebes und der übrigen Arbeiterfraktion in Einklang bringen lassen. Im Schluffabsatz Ihres Schreibens heißt es: „Besondere Wünsche einzelner Branchen werden der Direktion von deren Vertretern resp. Kommissionen unterbreitet werden.“ Wir wissen nicht, ob sich dies auch auf die Rieter oder auf andere Gewerbe beziehen soll. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, ersuchen wir den Arbeiterausschuß, dafür zu sorgen, daß, wenn noch weitere Wünsche vorliegen sollten, dieselben uns schriftlich eingereicht werden, damit der Wiedereröffnung des Betriebes sich nicht ernente Schwierigkeiten entgegenstellen und durch ungerechtfertigte Verzögerungen Unbeteiligte schwer in Mitleidenschaft gezogen werden.

Hochachtungsvoll

Direktion der Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Vulkan“.
In der am Montag abgehaltenen Besprechung erklärte sich die Direktion bereit, die Ueberstundenarbeit in der Weise zu regeln, daß alle Rieter bis Ende Oktober an vier Abenden in der Woche je 1 1/2 Stunden nach Schluß der Normal-Arbeitszeit arbeiten sollen. Die Montage und Donnerstage jeder Woche sollen überstundenfrei bleiben. Der Rieterausschuß hat sich hiermit einverstanden erklärt und will die Annahme dieses Vorschlages befürworten. Es kamen sodann die in beiden Schreiben bereits erwähnten besonderen Wünsche der einzelnen Branchen zur Besprechung. Es sind diese:

1. Die Arbeiter, speziell Rieter, sprechen den Wunsch aus, daß bei Affordarbeiten der Stundenlohn garantiert wird.
2. Die Rieterkommission ersucht um eine Aufbesserung ihrer Lohnsätze um 1 bzw. 1 1/2 Pf. pro Stunde.
3. Es wird gewünscht, daß die Lohnzeitperiode wieder auf zwei Wochen abgerundet und jeden zweiten Sonnabend abgelehnt wird, anstatt halbmonatlich, wie jetzt.
4. Die Affordzettel sollen so frühzeitig wie möglich ausgehändigt und so spezialisiert werden, daß der Arbeiter auch bei größeren Afforden in der Lage ist, zu ersehen, welcher Preis ihm für die einzelnen Stücke gezahlt wird.

Die Direktion erklärte sich in bezug auf Punkt 1 und 2 nicht in der Lage, den gestellten Wünschen nachzukommen. Bezüglich Punkt 3 sehe sie keinen zwingenden Grund für die geforderte Abänderung. Dagegen soll dem letzten Wunsche möglichst weitgehend entsprochen werden. Zum Schluß sprach die Direktion die Erwartung aus, daß die Arbeiter bzw. Rieter bereit sind, unter den aufgeführten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen und fortzusetzen. Sobald bindende Zusagen nach dieser Richtung gemacht sind, soll der Betrieb sofort wieder geöffnet werden.

Lohnbewegung der Holzarbeiter in Breslau. Die Ortsverwaltung Breslau des Holzarbeiter-Verbandes schreibt:

Der in Nr. 172 des „Vorwärts“ enthaltene Bericht über die Lohnbewegung der Breslauer Holzarbeiter ist dahingehend zu be-

richtigen, daß 1. die Lohnbewegung nur für den Teil der Betriebe als erledigt betrachtet werden kann, soweit dieselben dem Arbeitgeber-Verband für das deutsche Holzgewerbe angeschlossen sind. In diesen Betrieben wird aber kaum die Hälfte der Bau- und Möbelfabrikler beschäftigt.

Für den anderen Teil beginnt die Lohnbewegung erst. 2. Zugestanden wurde ein Minimallohn von nicht 46 Pf., sondern von 40 Pf., wie er zuletzt von den Arbeitern auch nur noch gefordert wurde.

3. Die Arbeitszeit ist nicht von 56 auf 55 Wochenstunden ermäßigt worden, sondern für Tischler, Drechsler, Polierer und Beizer von 54 auf 53 Stunden. Die Arbeitszeit für Maschinenarbeiter soll von 60 auf 57 Stunden verkürzt werden. Wunsch der Maschinenarbeiter ist aber, daß ihre Arbeitszeit nicht mehr als drei Stunden die Woche länger dauert, als die der Tischler, also auf 56 Stunden ermäßigt werden möchte.

Stukkateure, aufgepaßt! Die Nürnberg-Fürther Stukkateure inserieren in ganz Deutschland Besuche nach Stukkateuren. Die Organisation der Arbeiter am Rabe warnt vor Zugzug nach genannten Städten, da gegenwärtig dort Tarifverhandlungen stattfinden. Im übrigen gibt es dort selbst Arbeiter genug. Die Stukkateure suchen nur billigere Arbeitskräfte.

Die Hensburger Glasmacher streifen. Sie fordern keine Lohn-erhöhung, sondern vor allen Dingen Beseitigung der vielen Mißstände und Regelung des Kalksystems. Dieses Kalksystem, das nur auf der Hensburger Glashütte geübt wird, besteht darin, daß der Flaschenmacher für die austrangierten, sogenannten Ausschuß-Flaschen keinen Arbeitslohn erhält. Die Streikenden verlangen Abschaffung dieses Kalksystems, weil die gemulsten und unbezahlten Flaschen keineswegs unbrauchbar sind.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Inspektionsreise ins Reichsland.

Strasburg i. El., 28. Juli. (B. S.) Politisch interessant ist die Meldung, daß der Kaiser Ende August, auch voraussichtlich der Reichskanzler von Bülow, nach hier kommen wird. Im Zusammenhang damit kann der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ die Erwartung aussprechen, daß die Gerüchte über die Wechsel in hohen reichs-ländischen Beamtenstellen starke Formen annehmen. Vorläufig ist öffentlich nur eins als sicher zu betrachten, daß Staatssekretär Köller nach seinen Versicherungen am 1. Januar die Geschäfte abgeben und am 1. April definitiv von seinem Amt zurücktreten wird.

Der Bannstrahl.

Reg., 28. Juli. (B. T. B.) Pfarrer Mansuy in Ars an der Mosel, der wegen seiner am Sonntag, den 26. Januar d. J., in der Pfarrkirche zu Ars gehaltenen Predigt von der Strafkammer des Landgerichts Metz zu zwei Wochen Festungshaft verurteilt worden war, ist vom Bischof Benzler mit Wirkung vom 6. August vom Dienst entbunden worden.

Aufgehoben oder aufgehoben?

Friedrichshafen, 28. Juli. (B. S.) Der Aufstieg des Zeppelin'schen Luftschiffes erfolgt nicht, wie gemeldet, Ende dieser Woche, sondern am 6. August.

Auslieferung.

Belfingford, 28. Juli. Der Generalgouverneur hat dem Reichsdepartement des Senats vorgeschlagen, Maßregeln zu ergreifen zum Zweck der Auslieferung von 11 Herstellern von Bomben aus Kuofala an die russischen Behörden. Die betreffenden Personen waren vom Widdorger Hofgericht wegen Verfertigung von Bomben zu Buchthaus verurteilt worden. Das Reichsdepartement hat dementsprechende Anordnungen getroffen.

Die Cholera!

Petersburg, 28. Juli. (B. T. B.) In der Stadt Astrachan sind vom 24. Juli bis zum 27. Juli elf Erkrankungen an Cholera vorgekommen, von denen vier tödlich verliefen. Die Stadt Jarigyn wurde für choleragefährlich, das Gebiet des donischen Kosakenheeres für cholerabedrohlich erklärt.

Wieder zwei Opfer der Edelweissucherel.

Innsbruck, 28. Juli. (B. S.) Der Malergehülfe Johann Hoffmann aus Obrau ist in Bieltale beim Edelweissuchen abgestürzt und tot geblieben.
Innsbruck, 28. Juli. (B. S.) Der Tourist Kalger ist im Bennatal beim Edelweissuchen abgestürzt und tot geblieben.

Offizier a. D. und Mörder.

Triest, 28. Juli. (B. S.) Die Polizei verhaftete den Brigadenbeamten v. Fodransperg, einen ehemaligen Offizier. Derselbe ist dringend verdächtig, die Chanfonnettsjägerin Lucie Fabry in seiner Wohnung ermordet, den Leichnam zerstückelt und einzelne Teile, darunter den Kopf, ins Meer geworfen zu haben. Der Kopf wurde bereits von Fischern gefunden. Fodransperg leugnet zwar, ist aber des Mordes bereits überführt.

Der Herr von Stobel als Knabenräuber.

Weing, 28. Juli. (B. S.) Der 21jährige Versicherungsinspektor Heinrich von Stobel aus Frankfurt wurde am Freitag am Fieberberg vom Publikum, das der großen militärischen Uebung zusah, dabei ertrappt, als er an einem 12jährigen Knaben ein scheußliches Verbrechen beging. Nach einer Tracht Prügel wurde er der Polizei zugeführt. Dort spielte er den Irren, worauf er zur Beobachtung seines Geisteszustandes einem Hospital zugeführt wurde.

Ein chinesischer Dampfer gesunken.

Hongkong, 28. Juli. (B. T. B.) Wie ein Telegramm aus Kanton meldet, ist der Passagierdampfer „Jingking“ gestern gesunken. 1500 Personen sind gerettet, etwa 300 werden vermisst.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalkommission. In Schilow t. d. M. (L.-B.) steht uns das Lokal „Zur historischen Mönchsmühle“, Inh. Knappe, zu den bekannten Bedingungen wieder zur Verfügung.

In Drewitz (L.-B.) hat Herr Aug. Puhlmann seine Unterschrift zurückgezogen.

In Vermsdorf b. Münchhofe (L.-B.) ist es unseren Genossen trotz aller Bemühungen leider noch nicht gelungen, ein Lokal zur Abhaltung politischer Versammlungen zu bekommen. Bis hierher war es den Wauern und Arbeiterfahrern noch möglich, ihre Zusammenkünfte im Lokal der Ww. Bsch abzuhalten, auch dies ist jetzt nicht mehr möglich, da der Lokalinhaber selbst die Zusammenkünfte der Radfahrer zu „gefährlich“ erscheinen. Wir ersuchen daher, dem Lokal der Ww. Bsch nach dieser Richtung hin ganz besondere Aufmerksamkeit schenken zu wollen. Speziell erfragen wir die dort anwesenden und in Berlin beschäftigten Arbeiter, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß wir dort recht bald ein Lokal für unsere Versammlungen bekommen.

Die Lokalkommission.

Bezirk Waldmannsluft. Diejenigen Genossen, welche noch Bücher aus der Vereinsbibliothek in Händen haben, werden ersucht, dieselben bis Sonntag, den 2. August, abzuliefern. Diese Aufforderung bezieht sich hauptsächlich auf diejenigen Leser, welche schon wochenlang Bücher in den Händen haben.

Frederksdorf-Petershagen. Am Donnerstag, den 30. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Lokal von Max Gierke ein Extra-Zahl-abend statt.

Berliner Nachrichten.

Seht die Gemeindevählerliste nach! Für Berlin liegt die diesjährige Liste der stimmungsfähigen Bürger, d. h. der Gemeindevähler, nur noch bis einschließlich 30. Juli (Donnerstag) zur Einsichtnahme aus. In den Stunden von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr kann im Wahlbureau des Magistrats (Poststraße 16) jeder Wahlberechtigte die Liste auf ihre Richtigkeit prüfen und eventuelle Berichtigungen beantragen. Berichtigungsanträge, die nach dem 30. Juli eingehen, werden nicht mehr berücksichtigt. Bezüglich des Wohnsitzes der wahlberechtigten Personen werden die polizeilichen An- und Abmeldungen als maßgebend angesehen.

Wir haben in diesem Jahre keine allgemeinen Kommunalwahlen, aber das sollte für niemand ein Grund sein, sich diesmal die Prüfung der Wählerliste zu ersparen. Es ist oft genug in solchen Jahren vorgekommen, daß Mandate durch Niederlegung oder durch Tod plötzlich frei wurden und eine unerwartete Ersparnis nötig wurde. Da hat es sich jedesmal sehr unangenehm fühlbar gemacht, daß nur zu viele es nicht für nötig gehalten hatten, die Wählerliste zu prüfen. Man weiß ja, wie reich an Fehlern aller Art die Wählerlisten zu sein pflegen. Schon mancher, der sich darauf verließ, daß die Kontrolle überflüssig sei, hat dann am Tage der Wahl eine recht verdrüßliche Ueberraschung erlebt.

Für den neuen Militärbüchereiplan, welcher, wie wir berichteten, bei Spardorf angelegt werden soll, haben sich insofern Schwierigkeiten ergeben, als die beabsichtigte Ausdehnung des Platzes nördlich von Jöhrensdorf, insbesondere zur Umarmung Schöneiche und Gollinschen unterbleiben muß. Die dortigen Wauern haben derartig hohe Forderungen an die Militärbehörde gestellt, daß diese von dem Erwerb der Gelände endgültig Abstand genommen hat und den neuen Militärbüchereiplan nun von Jöhrensdorf aus in südlicher Richtung erweitern will, und zwar nach den Dörfchen Bsch, Nadeland und Dornwalde hin. Der neue Büchereiplan kommt dadurch allerdings in zwei Kreise zu liegen, Teilmann und Jüterbog-Luckenwalde, zu welchem die neuen in Aussicht genommenen Gelände gehören.

Die Mitglieder des Wiener Arbeiter-Bildungsvereins werden nach Abschluß ihrer Berliner Besichtigungstour zunächst Hamburg und dann Kopenhagen besuchen. Die gesamte Reise ist auf zwölf Tage berechnet.

Verkehrsangelegenheiten. Am Freitag, den 31. d. Mts., wird der Bedding eine neue Verkehrsverbindung mit der Friedrichstadt erhalten. Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft eröffnet an diesem Tage eine Kraftomnibuslinie „Bedding (Kettelbedding) — Galleisches Tor“. Diese Linie stellt eine Verlängerung

der bisherigen Linie 4 „Galleisches Tor — Chausseestraße (Ecke Liefenstraße)“ dar, verläuft in ganz derselben Weise und geht von der Chausseestraße durch die Reinickendorfer Straße am Beddingplatz und Bahnhof Bedding vorbei nach dem Kettelbedding. Die Linie erhält die Nr. 4 A. Der erste Wagen verläßt den Kettelbedding morgens 5 Uhr 8 Minuten, der letzte nachts 12 Uhr 46 Minuten. Vom Galleisches Tor ab fährt der erste Wagen morgens 5 Uhr 41, der letzte nachts 1 Uhr 19 Minuten.

Neue Fahrpläne für drei Straßenbahnlinien. Drei Linien der Straßenbahn erhalten am 1. August neue Fahrpläne. Bei einer der drei Linien wird gleichzeitig die Strecke, bei den beiden anderen die Dauer des Betriebes zum Teil verlängert. Die Linie 24 ging bisher von der Ecke der Potsdamer und Großgörschenstraße über das Brandenburger Tor bis zum Kettelbedding. Diese Linie wird jetzt von der Fennstraße durch die Müllerstraße bis zur Fener Straße verlängert, nachdem die notwendige Kurve von der Fenn- in die Müllerstraße eingebaut ist. Die verlängerte Linie 24 ergänzt sich mit der Linie 23, Schöneberg — Gesundbrunnen, zwischen der Großgörschenstraße und dem Bedding zu einer Wagenfolge von 7½ Minuten. Die Linie 24 wird ferner bei Bedarf im Anschließbetrieb der Südlichen Berliner Vorortbahn auf dem Wege der Linie 23 bis zur Göttenstraße durchgeführt. Endlich wird den lebhaften Wünschen der Bewohner der sogenannten Insel in Schöneberg dadurch entsprochen, daß nicht nur die Linie 23, sondern auch die Linie III, Spinnmünder Straße — Bezirkskommando, über den jahresplanmäßigen Betrieb gefahren wird. Die ersten Wagen gehen künftig bei Linie 23 vom Gesundbrunnen 6,00, von der Göttenstraße 6,58, bei 24 ab Fener Straße 6,33, ab Großgörschenstraße 5,30, bei III ab Spinnmünder Straße 5,58, ab Bezirkskommando 7,10. Die letzten Wagen gehen bei 23 vom Gesundbrunnen 11,45, von der Göttenstraße 12,38, bei III ab Spinnmünder Straße 11,58 bis Militärbahnhof, ab Militärbahnhof 12,50.

Nach einmal der Arbeitsnachweis des Verbandes der Bau-geschäfte. Nachdem wir in Nr. 170 vom 23. Juli die jammervollen Zustände des Nachweislokals in der Weuthstr. 1 für Bauarbeiter nach eigener Inaugenscheinnahme geschildert haben, glaubten wir auch dem anderen Lokal für Maurer und Zimmerer in der Dircksenstraße, Stadtbahnhof 92, unsere Aufmerksamkeit zuwenden zu sollen. Wir haben dort fast dasselbe Bild angetroffen. Auch hier hat die ganze Anlage eine große Keckheit mit gewissen Einrichtungen auf dem Viehof. Ein Stadtbahnhof ist durch rohe ungestrichene Bretterwände in drei Teile gegliedert; links vom Eingang ist den Zimmerern, rechts den Maurern zum Aufenthalt eine Uch t, möchte man sagen, angewiesen; der Boden schließt zementiert, nicht eine einzige Pant ist vorhanden. Die Leute können am Boden kauern. Ein Tisch mit einem Gefäß für Trinkwasser, ein Becher oder ein Glas oder ein Spudnapf sind unbekannte Dinge, auch haben wir hier weder Klosett noch Wiffoir vorgefunden. Im Hintergrunde des Mittelraumes befindet sich der Schalter, von dem aus die Arbeit vermittelt wird. Er ist noch durch besondere Barrieren aus rohen Balken abgetrennt, und mehrfache schwarze Aufschriften an den Holzwänden verbieten hier den Aufenthalt. Wir müssen gestehen, eine Strafanstaltszelle bietet mehr Komfort, als hier von den reichen Vangeschäften den Arbeitslosen zugemutet wird.

Die Arbeitsvermittlung selbst geschieht ähnlich wie in der Weuthstraße, nur haben wir das Klaffen, wonach dem Geschäftsführer die Auswahl der Arbeitskräfte überlassen bleibt, nicht vorgefunden. Wie uns aber versichert wurde, verfährt man hier ebenso unter dem Vorgeben, die Auftraggeber stellen gewisse Bedingungen und dem komme man durch Aussuchen eben nach. Daß auch „hintenherum“, also etwa nach Schluß der Geschäftszeit (die von 8—11 und 3—5 Uhr währt, Arbeit vermittelt worden ist, will man beobachtet haben, wie an uns gelangte Aufschriften behaupten.

Daß vor diesem Nachweis, der übrigens in unmittelbarer Nähe des Polizeipräsidiums liegt, ständig Schupplente patrouillieren, wollen wir nur nebenbei bemerken; notwendiger wäre aber auch hier gleich wie in der Weuthstraße eine dauernde innere Kontrolle. Man stelle sich nur vor, was bei der jetzigen Hitze die vielen dort stundenlang weilenden Arbeiter aushalten müssen bei dem Mangel jedweder Ventilation in den kaum für Vieh geeigneten Räumen. Einen besseren Sündenherd kann sich die Polizei gar nicht wünschen. Die Polizeibehörde hat doch sonst genug baupolizeiliche Vorschriften erlassen über die Wohnbarkeit von Wohnungen; warum ist sie hier so rückwärtsgerichtet?

Schweigen. Der Abgeordnete von Jerusalem z. B., Sia Bey, war bei dem Präsidenten besonders schlecht angefahren, da er energisch auf eine größere Disziplin in der Geschäftsordnung drang und immer wieder darauf bestand, daß in die Kommission nur solche Abgeordnete gewählt würden, die tatsächlich die nötigen Fähigkeiten zur Beherrschung der Materie mitbrächten. Nicht selten kam es zu recht stürmischen Sitzungen. Das türkische Element, in unbedingter Mehrheit, suchte immer wieder die anderen Abgeordneten beiseitezusetzen. Weitere Schwierigkeiten erwachsen durch die Sprachenfrage. Die Verfassung bestimmte die türkische Sprache zur Verhandlungssprache, und viele christliche und arabische Abgeordnete waren so zur Passivität verdammt, weil nur wenige von ihnen das Türkische beherrschten. Das Präsidium und die türkische Mehrheit legte selbst den geringfügigsten Zuständigkeiten eine unwillige Neutralität entgegen. Als bei einem wichtigen Geschäftsentwurf ein Abgeordneter den Antrag stellte, das Präsidium möge den Entwurf übersehen lassen und auch in griechischer und zwei anderen Sprachen zur Verteilung bringen, damit auch nichttürkische Abgeordnete ihn studieren könnten, erteilte der Präsident die lauffähige Antwort: „Gut, ich werde ihn übersehen und verteilen lassen, sofort nachdem die Kammer ihn angenommen hat.“ Und diesen eigenartigen parlamentarischen Geschäftsgang entsprach natürlich auch die Form, unter der die Wahl zustande kam. Die englische Regierung hat in einem Blaubuch einen interessanten Beweis dafür erbracht. Es handelt sich um einen Erlaß eines Regierungsbretters an die Beamten seines Distriktes, der dem Volke mitgeteilt werden mußte. „Einwohner von Resampo“, hieß es darin, „gewiß erinnert Ihr Euch, daß ich Euch kürzlich einen kaiserlichen Herrn zu lesen gab, der befehligt, daß jedes Land eine ehrenvolle Person nach Konstantinopel als Vertreter schicken solle. Infolgedessen werdet Ihr sofort nach Empfang dieses meines Befehls ohne Verzögerung den Herrn Giorgio Margariti von Resampo erwählen und Ihn werdet ihm eine Vollmacht geben, die Ihr unterschrieben habt. Morgen werdet Ihr mir diese Vollmacht und den Herrn Margariti zusenden. Zugleich kündigt ich Euch an, daß ich keine Einwände gegen Euch, gehorcht Ihr nicht, so werde ich mit Eurem Dorfe verfahren wie mit den übrigen.“ Trotzdem fehlte es im Parlament nicht an Abgeordneten, die ihre Aufgabe ernst nahmen. Während der zweiten Legislaturperiode vereinigten sie sich, opponierten dem Präsidenten, nahmen Mißtrauensentscheidungen gegen das Ministerium an, die in ihrer Form auch den Sultan trafen. Abdul Hamid zog die Konsequenz und entließte sich kurz entschlossen dieses lästigen Parlamentes, er schickte es einfach nach Hause.

Die deutschen Arbeiter und die klassische deutsche Literatur. Im Wäckerstraße des gebildeten Bürgers führen die zu dekorativen Büchereien angeschlossenen Klassiker ein trostlos-müßiges Dasein. Die Zwangszuglinge der höheren Bildungsanstalten kämpfen schon lange nicht mehr aus der Fülle unserer klassischen Literatur, die ihnen zudem formierte Schulmeister bereitet. Das Vürgerium und seine

Wir können nur wiederholen, daß diese Art Arbeitsnachweis eine Schmach ist und unter allen Umständen beseitigt werden muß. Die Arbeiter haben ein Recht auf Mitverwaltung und dieses Recht werden sie sich erkämpfen müssen.

Die Titelfucht treibt mitunter recht sonderbare Blüten. Wie weit dies geht, ist aus der Wählerliste des achten Berliner Landtagswahlkreises ersichtlich. Neben einem „königlichen Schlosspolierer“ findet man da einen „königlichen Wratenspider“. Die Bezeichnung „Koch“ war dem Edlen natürlich viel zu gering. Nächstens werden wir einen „königlichen Kartoffelschäler“ oder einen „königlichen Gänsecrüper“ noch im Verzeichnis finden.

Die Berliner Kriminalpolizei

hat sich in der Verlehnaffäre der Gräfin Wartenleben nicht gerade mit Ruhm bedeckt. Privatdetektivs ist es vorbehalten geblieben, die Verlehn zu ermitteln, also eine Aufgabe zu lösen, die unserer Kriminalpolizei eigentlich obliegen sollte.

Zwar waren die Mittel, die die Detektivs in der Sache anwandten, nicht gerade saubere. Ein weiblicher Sherlock Holmes mußte sich in der nächsten Nähe der verdächtigen Kammerfrau einmieten und nach und nach das Vertrauen der Steger erwerben. Dann traten Detektivs in der Rolle des Liebeswerbers auf, um so an die St. heranzukommen. Sie haben ihre Rollen so gespielt, daß die Steger tatsächlich die schönen Worte für echt nahm und schließlich ihr Geheimnis verriet, nachdem ihr vom Rechtsanwalt Dr. Raufuse 10 000 M. versprochen worden waren. Nachdem ja alles fertig war, griff die Berliner Kriminalpolizei ein.

Geborgene Leichen. Gestern sind bei Jörksfelde die Leichen des Restaurateurs Kraft und des Kalers Willi Kleist angeschwommen. Die beiden Männer hatten beinahe eine Kahnpartie auf dem Tegeler See gemacht und stürzten beim unvorsichtigen Platzwechsel mit dem Boot um und ertranken.

Die Hitze. Gestern sind in vielen Fällen Menschen und Tiere vom Hitzschlag getroffen worden. Vor dem Hause Reidenberger Straße 63 stürzte eine Frau. Die Bewußtlose wurde von der Feuerwehr nach der Unfallstation am Götlicher Bahnhof gebracht. Auch am Stettiner Bahnhof und am Galleischen Tor wurden zwei Personen bewußtlos und mittels Droschke Aerzten zugeführt. Pferde sind mehr als ein Dutzend gefallen und mußten sorgschafft werden.

Der Militärentbahn über der Heerstraße. Ein charakteristisches Bild des modernen Verkehrs hat sich gestern vormittag den Passanten der Döberitzer Heerstraße. Das kleine Motorluftschiff des Luftschifferbataillons war gestern seit 5 Uhr bis 11 Uhr ständig „auf den Weinen“. Es manövrierte über Tegel und flog schließlich nach dem Grunewald davon. Gegen 10 Uhr fuhr es von Westend her, in der Sonne hell leuchtend, schnurgrade über der Heerstraße. Unten suchten mehrere Automobile mit dem Luftschiff gleichen Schritt zu halten. Da die Heerstraße zum Teil auch die Untergrundbahn unter ihrer Asphaltdecke birgt, sind zu gleicher Zeit unter, auf und über der Straße Menschen gefahren.

Ein Freiabdiel erwirkt. Das Freibad Grünau hatte seit längerer Zeit unter einen Dieb zu leiden, der sich unter die Badekapseln mischte und jede Gelegenheit wahrnahm, um Kleidungsstücke der Badenden zu stehlen oder die Taschen nach Uhren, Portemonnaies und Ringe zu durchsuchen. Gestern gelang nun die Verhaftung des Diebes, als er gerade eine Uhr gestohlen hatte. Es ist der Raschimbauer Fiedler aus Charlottenburg.

In einem Hungerstreik haben dieser Tage Patienten in der Heilstätte des Roten Kreuzes in Oranienburg gegriffen. Schon seit längerer Zeit wurden von den Patienten nach den verschiedensten Richtungen hin Klagen erhoben, von denen die über die Beschaffenheit des Essens die wesentlichste war. Wiederholt sind im Essen Maden gefunden worden. Verschärft wurde beim Chefarzt bleiben erfolglos. Und so kam es schließlich dahin, daß eines Tages 113 Patienten das Essen freizehen ließen und nicht anrührten. Die Verwaltung der Anstalt sollte sich doch berechtigten Beschwerden der Patienten nicht verschließen und Abhilfe schaffen, wo solche notwendig ist. Dazu gehört doch wirklich nicht viel. Mit etwas gutem Willen und Entgegenkommen sollte sich „m“ doch leicht abhelfen lassen.

Bei einer Revolverfehde in den Rehbergen ist der 14-jährige Schulknabe Oskar Böhm aus der Koloniestraße 67 schwer zu Schaden gekommen. Er hatte mit anderen Schulkameraden auf den Sandhügeln gespielt. Während die Knaben herumtollten, trachten plötzlich kurz hintereinander zwei Schüsse und getroffen

Kleines Feuilleton.

Aus dem alten türkischen Parlament. Wie die Umstände und politischen Verhältnisse, unter denen vor nunmehr 32 Jahren das erste türkische Parlament einberufen wurde, so manche Ähnlichkeit zeigen mit der heutigen Situation des osmanischen Reiches, so fehlt es auch nicht an Optimisten, die der Befürchtung Ausdruck geben, auch dem neuen Parlament möge es vorherbestimmt sein, das Schicksal des alten zu teilen und nach kurzem Scheitern wieder zurückzufinken in Vergessenheit. Als damals, im Jahre 1876, Midhat Pascha Großwesir geworden war und nach langen Kämpfen Abdul Hamid die Gewährung seiner Verfassung abtrug, sollte er bald erfahren, daß das Parlament mehr als ein lauffähiges Hilfsmittel betrachtet wurde, um aus der schwierigen internationalen Situation herauszufinden und die Anruhe der unterdrückten Völkerstämme zu beschwichtigen. Der Beweis blieb nicht lange aus. Als er dem Sultan den ausgearbeiteten Entwurf der Thronrede überreichte, erhielt er das Manuskript bald zurück: Alle Hinweise auf liberale Reformen und alle freihellenischen Versprechungen waren kurzweg gestrichen worden. Midhat Pascha fand damals den Mut, dem Sultan einen von solchem Freimuth erfüllten Brief zu schreiben, dessen Form und Inhalt eine außerordentliche Kühnheit bedeutete. Er erklärte unumwunden, daß die Thronrede das gegebene Wort bräche und daß bei der gegenwärtigen Lage des Reiches solches Handeln den Ruin bedeute. Die Antwort läßt nicht lange auf sich warten: drei Tage später, wenige Wochen vor dem Zusammentritt des Parlamentes, das er geschaffen, ist Midhat Pascha entlassen und verbannt. Das unter solchen Auspizien zusammengetretene Parlament sollte bald das Opfer der Umstände werden. Schon bei der feierlichen Eröffnung ließ Abdul Hamid keinen Zweifel darüber, daß die freihellenischen Reformen bei ihm nur wenig Sympathie genossen. Kaum war die Thronrede, die Saib Pascha verlas, zu Ende — alle erwarteten, daß nun der Sultan die Abgeordneten begrüßen würde —, so verließ Abdul Hamid den Saal, ohne die Deputierten auch nur zu grüßen. Im Grunde bestand das damalige Parlament nur aus dem Abgeordnetenhaus, denn um den gleichzeitig geschaffenen Senat kümmerte sich eigentlich niemand. Es kam nur zu zwei Sessionsperioden; 115 Abgeordnete, darunter 69 Mohammedaner und 46 Nicht-Mohammedaner, nahmen an ihnen teil. Von Pressefreiheit war kaum die Rede und die Nachrichten über die Verhandlungen des Parlamentes erschienen mit künstlicher Verpätung, oft erst einen Monat nach den Beschlüssen. Sie waren abgefaßt in einer Weise, die sie jedem Menschen einfach verständlich machten. Dabei zeigte sich der Präsident Ahmed Refik, den man vorher als einen Liberalen anzusehen pflegte — er hatte Kaffiere und Schafsheare ins Türkische übertragen —, als ein fähiges Instrument des Sultans. Die Redefreiheit behandelte er mit größter Willkür, und mehr als einmal brachte er unbedeutsame Abgeordnete durch die Androhung der Ausweisung zu unfreiwilligem

Sprehlänge haben längst keine innere Fühlung mehr mit den Geisteswerken der „heroischen Zeit“ ihrer Klasse. Die Erbschaft der klassischen deutschen Literatur hat die Arbeiterklasse angeerbt. Mit welcher Begeisterung, mit welchem Eifer und Verständnis sie dabei ist, soweit Verhältnisse ... Mittel es ihr gestatten, den lebendigen und fortwirkenden Gehalt der klassischen bürgerlichen Literatur in sich aufzunehmen, davon zeugen ihre mannigfachen Bildungsbestrebungen. Unparteiische Lehrer und Beobachter haben denn auch immer wieder darauf hingewiesen. Heute liegt ein Zeugnis vor über Erfahrungen, die in dem „Arbeiter-Disputationsklub“ gemacht wurden. In diesem Verein wurden Vorträge über Lessing und sein Drama „Rathen“ gehalten. Dr. Karl Wolff, der sie veranstaltete, berichtet darüber in der „Frankf. Hg.“: „Das Gefühl tiefer Verdrüßigung, ja ich möchte sagen, der Dankbarkeit treibt mich an, von diesen Stunden öffentlich zu reden. Nur vor Gelegenheit hat, oft und vor wechsellndem Publikum über bedeutsame Probleme zu sprechen, wer die müde, nachlässige und zerstreute Art kennt, mit der heute unsere Gebildeten die Worte halb aufzufassen, halb zu überhören pflegen — nur der vermag ganz nachzufühlen, wie die ursprüngliche Kraft und Frische dieser Männer und Frauen aus dem Volke auch den Redner anfeuernt und erquid. Unvergesslich diese leuchtenden Augen, diese bebenden Lippen, diese demütige Sehnsucht, diese innerliche Erregung. Was uns Menschen der „höheren“ Kreise schon auf der Schule alltäglich und zum Ueberdruß wird, das wird hier umworden und unklammert als ein unvergänglich lobbares Gut. Man wird jung mit diesen Jünglingen, von denen manche weiße Haare haben. Man fühlt zugleich unmittelbar, auf welches Erdenreich ein jeder starr muß, der für die Zukunft unseres Volkes fruchtbare Ernte erhofft.“

Notizen.

Theaterchronik. Sarah Bernhardt will Berlin in der Zeit vom 21. bis 25. Oktober im Hebbeltheater beglücken. Sogar als Autorin dürfen oder müssen wir sie kennen lernen. Bühnenchronik. Jose Ferenczy, der in Berlin jahrelang das Central-Theater leitete und die letzten Schläger der Operette lancierte, ist in Buenos Aires, wo er ein Operettengastspiel gab, gestorben. Eben Hed in. Der schwedische Gesandte in London erhielt vom Maharadscha (König) von Nepal, dem Tibet zunächst gelegenen nordindischen Reiche, die Nachricht, man habe vor drei oder vier Monaten in einem Orte an der Nordgrenze Nepals erfahren, daß Eben Hed in kurze Zeit vorher bei Diagosch — möglicherweise Schigatse — gewesen sei. Er hätte die Absicht gehabt, über Gjangse Indien zu erreichen, sei aber von den tibetischen Behörden gezwungen worden, auf dem gleichen Wege, den er gekommen, wieder zurückzulehren. Der Maharadscha versprach, sich wegen weiterer Nachrichten über Eben Hed in zu bemühen.

brach B. zusammen. Eine der Kugeln war ihm durch den rechten Oberarm durchgegangen. Das Geschoss, eine 8-Millimeterkugel, war vorn eingedrungen und an der hinteren Seite wieder herausgetreten. Das zweite Geschoss war dem Knaben dicht am Kopf vorübergefahren. Es hätte den Verdachten auf der Stelle töten können. Die Kameraden brachten den Verwundeten nach der Anfallstation, wo er die ersten Notverbände erhielt. Von dem Täter hat man nichts ermitteln können.

Selbstmord eines Liebesspaars. Als Zeichen aus dem Viehengebiet meldeten gestern der 20-jährige Mechaniker Willi Leipold und die 17 Jahre alte Klara Holz. Leipold ist der Sohn eines Schuhmachers und Hauswarts, der in der Wilmersdorfer Straße 67 in Charlottenburg wohnt. Klara Holz, deren Eltern in der Weimarer Straße 31 wohnen, war bei einer Herrschaft im Hause Goldenborfstraße 19 bedienstet. Beide unterhielten seit einiger Zeit ein Liebesverhältnis. Nachdem die jungen Leute am Sonntagabend ein Restaurant besucht hatten, begaben sie sich nach dem Viehengebiet, um dort gemeinsam durch Ertrinken den Tod zu suchen. Das Motiv zu der unseligen Tat ist noch nicht aufgeklärt.

Ein Gerüststurz ist gestern vormittag gegen 10 Uhr auf dem Grundstück Blumenstr. 10 erfolgt. Dort hatten die Arbeiter ihre Arbeiten beendet und deshalb an verschiedenen Stellen Bretter entfernt. Dennoch wollte der Maurerpolier mit einem Stufbauarbeiter die Mauerwerkung. Der Polier wurde von Erdarbeitern auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die bei Verunglückung des Gerüsts drohe, da unsicher zu erkennen war, daß das Gerüst nicht mehr bestiegen werden konnte. Trotz dieser Warnung wollten sich der Polier und der Stufbauarbeiter hinausbegeben. Sie kamen aber nicht weit, denn es erfolgte kurz darauf der Einsturz. Die beiden erlitten mehrere, wenn auch nicht allzu schwere Verletzungen, während die beiden Erdarbeiter, die unter dem Gerüst zu tun hatten, schnell zur Seite sprangen und nur einige Hautabrisse davontrugen.

Gleichfalls abgestürzt ist auf dem Grundstück Lindowstr. 10/11 der Maler Richard Noory aus der Almrodstr. 85 in Waidmannslust. Infolge eines Festtrittes fiel er rücklings von einem Steigerüst auf den Bürgersteig hinab und erlitt einen komplizierten Schädelbruch, durch den auch anscheinend das Gehirn in Mitleidenschaft gezogen worden war. Der Verunglückte erhielt auf der in demselben Hause befindlichen Unfallstation die erste Hilfe und wurde dann in hoffnungslosem Zustande nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus überführt.

Unbekannt verstorben. Am 17. Mai cr. wurde auf Veranlassung des städtischen Obdachs ein zirka 40-50 Jahre alter unbekannter Mann, der nicht vernunftfähig war, nach der Irrenanstalt Gersberg überführt, wofür er am 1. Juli verstarb, bevor seine Persönlichkeit festgestellt werden konnte. Der Unbekannte war mittelgroß, hatte dunkelblondes Haar, eingefallene Augen, stark gerunzelte Stirn und struppigen Vollbart. Bekleidet war er mit einem dunkelbraunen Winterüberzieher, grauem Jackett, dunkelgrauer Weste, dunkler Hose, roten wollenen Hemd, Schuhschuhen und schwarzem weichen Filzhat. Personen, die über die Persönlichkeit des Unbekannten Auskunft geben können, werden gebeten, ihre Angaben der Kriminalpolizei oder einem Polizeikommissar mündlich oder schriftlich zu den Akten 3848 IV 59.08 mitzuteilen.

Auf der Fahrt von Reussstr. nach Spandau hat am Sonnabend der Arbeiter Gustav Wötter in Staaten, Neue Straße 3, seinen ganzen Wochenlohn im Betrag von 33 M. nebst Unfallnummer, Wochenkarte und Schlüssel und 6 Parteilosen, in einem schwarzen Portemonnaie verloren. Er bittet einen christlichen Finder, ihm seinen Verlust gutstellen zu wollen.

Beim Sommerfest des 6. Wahlkreises sind folgende Gegenstände als gefunden dem Komitee überreicht worden: Ein Portemonnaie mit Inhalt, je ein Regenschirm und Stock, ein Damenjackett, ein Hund Schlüssel und ein Kinderschuh. Die Gegenstände können von den Eigentümern im Bureau des Kreises, Ravensstraße 6, in Empfang genommen werden.

Der Verein Berliner Hausdiener bittet um Aufnahme folgender Zeilen: Bei unserem Sommerfest bei Rente, am 26. Juli, sind ein paar Randscheitler mit goldenen Knöpfen gefunden worden. Dieselben sind in unserem Bureau, Adlerstraße 6, in Empfang zu nehmen.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kamen 2 Brandstiftungen vor. Um 11 Uhr nachts wurde die 1. Kompanie nach der Kaminstraße 28, Ecke Neue Königstraße, alarmiert, wo in einer Wohnung an verschiedenen Stellen Möbel, der Fußboden u. a. in Flammen standen. Wegen der großen Verqualmung der Treppen drang die Feuerwehr über eine am Hause errichtete Leiter in die Wohnung ein. Nach der Ablösung des Brandes stellte sich heraus, daß das Feuer vorzüglich angelegt war. Von dem Brandstifter fehlt noch jede Spur. Gestern früh um 4 Uhr brannten in der Gartenstraße 48 die Dachverschalung und der Fußboden. Auch in diesem Falle muß Brandstiftung angenommen werden, da die Brandherde getrennt lagen und eine andere Ursache nicht festgestellt werden konnte. Ferner brannten Bodenverschalung mit Inhalt in der Andreasstraße 18. Ein blinder Mann erfolgte nach dem Zoologischen Garten. In der Reichberger Straße 7 war durch eine Petroleumlampe der Bauzaun in Brand geraten. Freischußbrände mußten auf dem Anhalter, dem Nordbahnhof, sowie in der Forsterstraße 8 gelöscht werden. Der 8. Zug wurde nach der Reichberger Straße 122 gerufen, wo ein Reiter mit seinem Pferde gestürzt war. Er wurde nach der Unfallstation geschafft, wo man einen Beinbruch feststellte. Außerdem hatte die Wehr noch an verschiedenen anderen Stellen zu tun. Gestern hatte die Feuerwehr auch auf dem Gesundbrunnen zu tun. Dort war in dem Konfektionsgeschäft von Löwenstein, Wobstraße 60, Feuer ausgebrochen. Im Laden brannten Hülsen, Meider, Ähren und Feinstre. Gleichzeitig mußte Duffenstraße 65 ein Sardinienbrand und Gerichtstraße 19 ein Wohnungsbrand gelöscht werden.

Vorort-Nachrichten.

Pantow.

Razzia auf dem Rummelplatz. Auf der Suche nach Taschendieben und Messerfechtern besand sich in der gestrigen Nacht die Polizei in Pantow. In der letzten Zeit waren bei der Behörde fortgesetzt Meldungen eingelaufen, wonach harmlose Passanten auf der Berlinerstraße und auf dem dort liegenden Rummelplatz bestohlen, mißhandelt und auch mit dem Messer gestochen worden waren. Da man den Übeltätern nicht bekommen konnte, so entschloß man sich, eine allgemeine Razzia abzuhalten. Es wurden dabei mehr als fünfzig Personen festgenommen und zur Wache gebracht. Unter den Festgenommenen befinden sich die Urheber eines blutigen Mordfalles, bei dem ein junger Mann durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt wurde. Nach ihrer Vernehmung wurden die Festgenommenen zum größten Teil wieder entlassen.

Röpenitz.

Von einer empfindlichen Wassernot, die 24 Stunden andauerte, ist die Einwohnerschaft Röpenitz heimgekehrt worden. An den Wasserwerken war ein neuer großer Wassermesser angebracht worden. Als das Wasser, das für einen kurzen Augenblick abgeperrt war, wieder angefloßen wurde, strömten die Wasser mit solcher Gewalt durch die Leitung, daß das Hauptrohr platzte. In der Marienstraße wurde in kurzer Zeit eine vollständige Ueberschwemmung des Jahres ammes und auch des Bürgersteiges herbeigeführt, so daß der Straßenbahnbetrieb unterbrochen werden mußte. Die Beseitigung des Schadens nahm volle 24 Stunden in Anspruch. Während dieser Zeit waren die Einwohner Röpenitz „auf Trockene gelegt“.

Delegiertenwahl zur Ortsbauernkassa. Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr, findet im Kaiserhof (kleiner Saal) die Wahl von 65 Arbeitnehmersdelegierten zur Generalversammlung der neuen Ortsbauernkassa statt. An die Kassemitglieder ergeht das dringende

Gesuchen, um 7 Uhr im Lokal anwesend zu sein und für die von dem Generalkassentrat aufgestellte Liste zu stimmen. Die Liste beginnt mit den Namen Ridel, Rosch, Frau Kroll und endigt mit Albrecht, Jonas, Schüler. Aufmerksam gemacht wird, daß auch die freiwilligen Mitglieder wahlberechtigt sind.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Die Verwaltung der Händler industrieller Artikel vom hiesigen Wochenmarkt, die seinerzeit am Orte allgemeine Mißbilligung fand, kam in der letzten Sitzung im Anschluß an ein Gesuch um Aufhebung des Verkaufsverbots erneut zur Sprache. Nachdem die Händler schon mehrere Wochen hindurch ihre Waren zum Verkauf ausgestellt hatten, erfolgte bekanntlich ihre Verweisung vom Markt. Zur Rechtfertigung dieser Maßnahme mußte eine Polizeiverordnung von 1900 herhalten, die bei Einführung des Marktes für Süddeute erlassen wurde und nach der nur land- und forstwirtschaftliche Produkte zugelassen werden. Der Markt wurde wegen mangelhafter Beteiligung bald eingestellt und erst jetzt auf Antrag unserer Genossen für Mariendorf wieder eingeführt. Nun hätte wohl auch die Polizeiverordnung wieder in Erinnerung gebracht werden können. Das geschah aber nicht. Den Händlern wurde einfach mitgeteilt, sie hätten sich vom Markt fernzuhalten. Sie können nun sehen, wie sie ihre Warenbestände loswerden. Diese Rücksichtslosigkeit wurde von unseren Genossen Reichardt und Weber gebührend gebrandmarkt. Der Gemeindevorsteher aber meinte, die Polizeiverordnung sei damals erlassen, und wem sie nicht bekannt war, der hätte sich eben erkundigen sollen, ob er seine Waren auf den Markt bringen darf. Für seinen Antrag, von einem Gesuch an den Bezirksausschuß auf Zulassung zu. Geschäftsleute Abstand zu nehmen, fand er denn auch unter den Bürgerlichen genügend Gefolgsschaft. Auch glaubte der Gemeindevorsteher unseren Genossen noch vorwerfen zu müssen, daß sie Politik in die Debatte hineingebracht hätten. Reichardt erwiderte, daß ein solcher Vorwurf lediglich auf die bürgerlichen Vertreter zurückfalle, die doch nur von politischen Gesichtspunkten die Wahl von Sozialdemokraten in die Schuldeputation, in den Amtsausschuß oder als Schöffen bekämpften.

Es fand sich denn noch eine günstige Gelegenheit, bei Beratung eines Gesetzes der Großen Berliner, betr. Anlegung einer Straßenbahnlinie in der Dorfaue, die miserablen Verkehrsverhältnisse zu erörtern. Die Straßenbahnwagen nach Berlin verkehren in Abständen von 7 Minuten. Die Große Berliner hält es nach ihren „Erhebungen“ nicht für nötig, durch öfteren Wagenverkehr bessere Verhältnisse zu schaffen. Es gibt wohl keinen Mariendorfer, der nicht schon über diese Mißstände zu Klagen gehabt hätte, zumal die, die täglich in Berlin ihrer Beschäftigung nachgehen müssen. Daß man z. B. von Berlin aus oftmals Wagen auf Wagen an sich vorbeifahren lassen muß und schließlich das Rückkommen in einem schon überfüllten Wagen nur einem menschenfreundlichen Schaffner zu verdanken hat, das kümmert die Große Berliner nicht. Mit Ausnahme des Gemeindevorstehers zeigten sich jedenfalls sämtliche Gemeindevorsteher dieser Gesellschaft kein Entgegenkommen.

Schließlich brachte Gen. Reichardt noch Mißstände bei den Kanalarbeitsarbeiten, die von der Firma Wast (W. m. b. H.) ausgeführt werden, zur Sprache. Diese Firma beschäftigt auch Frauen bei den Erdarbeiten und hätte Arbeit suchende Männer zurückgewiesen. Die von der Firma Abgewiesenen, sowie auch die Parteilgenossen, denen solche bekannt sind, wollen sich gefl. mit Gen. Reichardt, Kurfürststr. 34, in Verbindung setzen.

Nieder-Schöneweide.

Ein frevelhaftes Substanz, das leicht zu einer unabwehrbaren Katastrophe führen konnte, ist in der Brückenstraße in Nieder-Schöneweide verliert worden. Die dort angebrachte Weiche der Straßenbahn, die schon seit vielen Wochen nicht benutzt worden war, wurde von fremder Hand umgestellt. Als kurz darauf zwei Straßenbahnwagen von beiden Seiten herannahen, ahnten die Führer nicht, daß es im nächsten Augenblick zu einem Zusammenstoß kommen sollte. Ohne daß sie etwas von der falschen Weichenstellung merkten, fuhren sie darauf los. Erst nachdem der eine Wagen die Weiche passieren wollte, wurde man aufmerksam und mit aller Kraft wurden die Bremsen in Tätigkeit gesetzt. Nur diesem Umstande ist es zu danken, daß der Zusammenstoß, der mit großer Festigkeit erfolgte, ohne schwerere Folgen verließ.

Spandau.

Bei Gewerbung der preussischen Staatsangehörigkeit ist Genosse Köppen, Jagowstraße 9, zu unentgeltlicher Auskunft und Hilfe bereit.

Gerichts-Zeitung.

Ein „ausgewiesener“ Dieb bei der Arbeit.

Wegen Diebstahls im strassführenden Rückfalle verhandelte die 10. Strafkammer des Landgerichts I gegen den angeblichen Kaufmann Oskar Kury. Der aus Galizien gebürtige Angeklagte ist der Kriminalpolizei seit längerer Zeit als Taschendieb bekannt. Im Jahre 1906 wurde er bei einem Taschendiebstahl abgefaßt und von der Strafkammer später zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Zugleich wurde er damals als lätiger Ausländer ausgewiesen. Da der Ausgewiesene kein christlicher Mensch war, der Arbeit in Deutschland erhalten hatte, oder der gegen einen kontraktbrüchigen Junker sein Recht suchte, so wurde der Ausgewiesene nicht über die Grenze gebracht, brauchte auch nicht die erwerbsfähigen Folgen einer Polizeiaufsicht zu befürchten. Er blieb trotz der Ausweisung in Berlin, und zwar völlig unbeschäftigt. Wäre er christlicher Arbeit als Ausländer nachgegangen, flücht hätte die Polizei sich darum gekümmert, ob er auf Grund des allein gegen christliche Ausländer wirkenden ungünstigen Ministerialerlasses betriebslegitimationslos sich eine Karte verschafft und an die Feldbahndirektorate 1 bis 2 M. gelehrt hätte. Dann wäre er vielleicht, weil er in christlicher Arbeit stand, über die Grenze gebracht. Anders, da er diebete: da konnte ohne Verhinderung durch die Polizei und ohne Legitimationskarte der Ausgewiesene reichlich fressen. Das ist die natürliche Folge der von den Junkern diktierten preussischen offiziellen Moral.

Im April d. J. gingen bei der Kriminalpolizei eine Unmenge Anzeigen ein, daß in der Garderobe des Reuen Operntheaters Taschendiebstahl verübt würden. Kriminalschutzleute beobachteten deshalb mehrere Tage die dort verkehrenden Personen und trafen zu ihrem Erfahren den Angeklagten Kury, den sie längst in seiner galizischen Heimat wähten. Er wurde festgenommen und wegen Wundbrands zu vier Tagen Haft verurteilt. Bald nach Verbüßung dieser Strafe ließen wiederum Anzeigen ein, daß nunmehr in den Garderobenräumen des königlichen Opernhauses ein Taschendieb sein Unwesen treibe. Die Beamten ermittelten, daß Kury in der Eissler Straße 88 unangemeldet wohnte, und von hier aus nahmen sie vom frühen Morgen an die Verfolgung des Taschendiebes auf. Am Abend lenkte Kury seine Schritte dem Opernhaus zu, wo er in der Garderobe für das Ballett Aufstellung nahm und die Theaterbesucher scharf musterte. Die Beamten beobachteten, wie sich K. an verschiedene Damen herandrängte und mit einer Hand, die er unter seinem Paletot verborgen hielt, in den Wappabau einer Dame hineinlangte. Als der Angeklagte den Garderobenraum verlassen wollte, wurde er von den Beamten in Empfang genommen. Eine körperliche Untersuchung war anfänglich ohne jeden Erfolg, zufällig entdeckte man dann aber an dem Ärmel des Taschendiebes eine kleine Erhöhung, die sich bei näherem Zusehen als ein in dem Ärmel verdecktes Damenportemonnaie entpuppte, in dem sich etwa 9 M. befanden. Dieses Portemonnaie, welches einer Frau auf unerkennliche Weise abhanden gekommen war, behauptete der Angeklagte gefunden zu haben. In seinem Besitz wurde außerdem noch eine geladene Browningpistole gefunden. Vor Gericht

versuchte der Angeklagte Glauben zu machen, daß er tatsächlich das Portemonnaie gefunden habe. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß lautete das Urteil auf drei Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Exzess und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Eine Art Nachspiel zum Eulenburg-Prozess

beschäftigt: gestern die 10. Kammerrichtsammer des Landgerichts I. Wegen Vergehens gegen den § 154 des Strafgesetzbuchs (Verbreitung unzüchtiger Schriften) war der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift „Die große Glocke“, Fritz Wolf, angeklagt. Es handelte sich um einen während des Eulenburg-Prozesses erschienenen Artikel, der gewisse als unzüchtig ausgelegte Stellen enthalten soll. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf 100 Mark Geldstrafe.

Vermischtes.

Fabrikbrand infolge Explosion. Aus Hamburg, Eidelstedt wird telegraphisch: Die Fabrik der Aktiengesellschaft für Asphaltierung und Dachbedeckung, vormals Jeserich-Berlin, steht in Flammen. Das Feuer entstand im Destillierhause durch Explosion der Retorten infolge von Entzündung von Gasen. Da die freiwillige Feuerwehr des Brandes nicht Herr werden kann, ging die Altonaer Feuerwehr zur Hilfeleistung ab.

Eisenbahnunglück. Amlich wird aus Düsseldorf unter dem 28. Juli gemeldet: Heute morgen 6 1/4 Uhr bei Einfahrt des von Duisburg kommenden Personenzuges in das Kopfgleis 12 Ost in Düsseldorf überfuhr die Spitze des Zuges mit der Zugmaschine die am Ende des Bahnsteigs liegende Drehscheibe. Die Maschine drang sodann in das dort stehende Abortgebäude und zerstörte es fast vollständig. Menschen sind nicht verletzt, der Betrieb ist nicht gestört.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 6, zweiter Hof, zweiter Eingang, vier Treppen, am Freitag, den 27. Juli, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr sonntags abends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

S. 18. Sie sind nicht zur Entfernung des Brettes verpflichtet. — **S. 19.** Wenn die Statuten eines dahingehenden Vereins nicht etwa enthalten: ein. — **S. 20.** Unseres Erachtens ja. Sie können den Fall unentgeltlich durch den Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung (Abteilung 2) entscheiden lassen. — **S. 21.** Warten Sie die eventuelle Klage ruhig ab, gegen einen ungerichteten Verdict kann man an sich nichts machen. — **Alter Abonnent 1000.** Wedlich die Statuten sind entscheidend. Ohne Einsicht in dieselben läßt sich nicht sagen, wann der Kredit erlöscht werden kann und welche Rechte dem Kreditnehmer zustehen. — **S. 22.** Ueber die Höhe der Rente lassen sich die Polizeiverordnungen aus, die an den einzelnen Orten sehr verschiedenartig sind und die wir nicht sämtlich kennen können. — **S. 23.** Nein. — **S. 24.** Sie mühten die Räume für Beschäftigung freizustellen, eventuell also die Schlüssel abgeben. Sagen Sie nicht in der Wohnung zu lassen. — **S. 25.** Wenn der außerordentliche Vorgesetzte zu gerichtlicher oder notarieller Protokoll seine Vaterpflicht anerkannt hat, kann er sich nachträglich nicht darauf berufen, daß innerhalb der Einplangigkeit ein anderer Verkehr stattgefunden hat. — **Frage 25.** Das geratene ist. Sie machen ein wechselseitiges Testament, sonst würde wegen des Nachlasses es so stehen, daß die Hälfte, abgesehen von den Haushaltsgegenständen und den Hochzeitsgeschenken, welche der überlebende Ehegatte als voraus erhält, den Eltern oder Geschwistern zufiele.

S. 27. Die Mutter könnte das Kind selbst beschützen, auch zurückholen und eventuell im Wege der Klage ihre Forderung durchsetzen. — **S. 28.** 1. Eine Einziehung der Invalidenrente ist möglich. Es kommt auf den betreffenden Fall an. Die Karten sind abzugeben. — **S. 29.** 61. Nach zureichender oder begründeter Ansicht sind die Arbeiter berechtigt, Ertrag der verdrienen Sachen zu verlangen, weil es zu den Pflichten der Firma gehörte, eine Versicherung gegen Feuergefahr vorzunehmen. — **S. 30.** 81. Der Betreffende hat nicht das Recht, die Herausgabe des Kindes zu verlangen. — **S. 31.** 13. Leider sind die Klüppel verdrängt, dieselben können erst wieder aufliegen, wenn mindestens 200 Mark von neuem gefloßt sind. — **S. 32.** 1. und 2. Ra. Nach herrschender Ansicht hat der Mann für die Rückzahlung der Frau, indes liegt ein oberverpflichtendes Erkenntnis über die Frage nicht vor. — **Charlottenburg 100.** 1. Rein. 2. Ja. — **S. 33.** 72. 1. Nachteilig ist und von der Gesellschaft nicht bekannt. 2. Und nicht bekannt. — **S. 34.** 100. Auch ein Divident hat vor Gericht den Eid in der vom Gesetz normierten Weise zu leisten. Auf diese Ungenauigkeit ist im Reichstage wiederholt hingewiesen. — **S. 45.** Ein wechselseitiges Testament, wie überhaupt ein Testament, kann ohne Beistand eines Rechtsanwalts oder des Gerichts bestellt werden. Notwendig ist, daß das Testament eigenhändig ge- und unterschrieben sowie datiert ist. Anfertigung und Bestätigung für solche eigenhändigen Testamente finden Sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **S. 65.** 1. Ja. 2. Ein können die Klage schriftlich oder mündlich im Bureau des Generalsekretariats einreichen. Zu empfehlen wäre es, die Hilfe des Arbeitsekretariats am 15. in Anspruch zu nehmen. — **S. 66.** 1. Rein. 2. Ja. — **S. 67.** 43. Der Schenker handelt nach seiner Pflicht. — **S. 68.** 400. Ohne Vereinbarung mit der Gesellschaft oder ohne Klage würde die Sperrung sich nicht durchführen lassen. — **Frage 61.** Die sogenannte Unteroffiziersprämie ist unzulässig. — **S. 69.** 1. Wenn ein Urteil vorliegt, so würde Zwangsvollstreckung vorgenommen werden können. 2. Ja. 3. Falls nicht Güterausgleich und Ausschluß der Vermögensgemeinschaft vereinbart ist, halten die Sachen der Frau dem Wert. — **S. 70.** 100. Rein. — **S. 71.** Die erteilten Antworten können lediglich wiederholt werden, wollen Sie mit weiteren Schritten vorgehen, so versuchen Sie es, wir halten es für aussichtslos. — **S. 72.** 118. Rein. Bei Delikten unter 100 M. ist eine Verurteilung gegen gewerbegerichtliche Urteile nicht zulässig.

Witterungsübericht vom 28. Juli 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Stommeln	766 R		1 wolkig	23	Daparanda	760 SSB		2 wolkig	19
Hamburg	767 DND		1 wolkig	22	Petersburg	771 SHH		1 wolkig	18
Berlin	766 SHH		1 wolkig	23	Seibitz	770 RRB		3 halb bb.	18
Frankfurt	765 D		2 heiter	20	München	760 SSB		1 wolkig	16
München	766 SD		2 wolkig	19	Garis	768 ND		2 heiter	12
Wien	766 RRB		1 halb bb.	20					

Wetterprognose für Mittwoch, den 29. Juli 1908.
Bermolegend heiter und sehr warm bei meist schwachen östlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 27. 7. um 0 Uhr	seit 26. 7. um 0 Uhr	Wasserstand	am 27. 7. um 0 Uhr	seit 26. 7. um 0 Uhr
Remel, Mühl	104	+1	Saale, Großh.	126	-8
Vogel, Ansburg	94	-3	Oder, Spandau	62	0
Weiße, Elbe	192	-16	Wittenberg	68	-4
Dietz, Elbe	223	+77	Spree, Spremberg	70	+2
Wasser, Elbe	110	+36	Wesl. Elbe	85	0
Wasser, Elbe	88	-1	Wesl. Elbe	96	-9
Wasser, Elbe	90	+22	Wesl. Elbe	10	-10
Wasser, Elbe	10	+7	Wesl. Elbe	506	-15
Wasser, Elbe	12	-3	Wesl. Elbe	320	-25
Wasser, Elbe	60	-10	Wesl. Elbe	394	-17
Wasser, Elbe	169	-4	Wesl. Elbe	58	-2
Wasser, Elbe	94	-10	Wesl. Elbe	192	-19
Wasser, Elbe	100	0	Wesl. Elbe	42	-4

+) + bedeutet Hoch. — Tal. — *) Unterpegel. *) Höchster Wasserstand: 892 cm am 26. vormittags.
Nach telegraphischer Meldung war die Oder bei Wittorf heute früh um 358 cm gefallen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 29. Juli.
Neues Igl. Operntheater. Carmen. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Dreißigjährige. Neues. Der Herrliche. Neues Schauspielhaus. Die Dollarprinzessin. Kleines. Die blaue Maus. Lustspielhaus. Die blaue Maus. Deutsches. Ein Walzertraum. Schiller O. (Waller-Theater.) König für einen Tag. Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Die Diebin. Thalia. Der Mann mit dem Revolver. Bernhard Hofe. Das Geheimnis von New York. Metropol. Das muß man sehen. Apollo. London Suburbia. Spezialitäten.

Passage. Berlin in Stimmung. Berliner Prater. Die Welt ein Paradies. Anfang 7 Uhr. Carl Haberland. Spezialitäten. Reichsbahnen. Winter-Tymian. Walhalla. Spezialitäten. Urania. Tantenrolle 48/49. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Sternwarte. Invalidenstr. 57/52.

Schiller-Theater O.
(Waller-Theater.) Norwisch-Oper. Mittwoch, abends 8 Uhr: Zum 10. Male: **König für einen Tag.** (Si j'étais roi.) Komische Oper in 4 Akten, von H. Adam. Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Afrikanerin.** Freitags, abends 8 Uhr: Gastspiel Heinrich Bütel. Martha oder Der Markt zu Richmond

Kleines Theater.
Mittwoch, den 29. Juli cr., Anfang 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oscar Strauß.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
8 Uhr. Sommerfest. Leitung v. G. W. H. Mittwoch, den 29. Juli:
Die Diebin. (Leah Kleschna.) Sensationsdrama in 4 Akten von G. W. H. & W. Lellan.
Donnerstag: Die Diebin.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

BERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurter Str. 132.
Das Geheimnis v. New York
Anf. 8 Uhr. Sommerfest.
Auf der Gartenbühne:
Theatervorstellung. Spezialitäten.
Anfang 4 1/2 Uhr.
II. a.: Carmen, Karl Braun, Paul Coradini.

Metropol-Theater
Zum 314. Male:
Das muß man sehen.
Recue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Die Welt ein Paradies
große Ausstattungs-Revue und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonntag 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr.
Im Saale: Täglich gr. Ball.

Brunnen-Theater
Bahnhofstr. 58. Direkt.: Willi Voltz.
Täglich:
Der deutsche Michel.
Erstklassige Spezialitäten.
The 5 Violettes Trio Busson
Kurt Elllys The 4 Berlings
Rudolf Mälzer.
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.
Dienstag, den 4. August:
Gr. Benefizvorstellung für Karl Friedau

Phänomen Cigaretten
Devisen: Qualität ist die beste Empfehlung.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.

BOLOGNISCHER GARTEN
Täglich:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Schweizer Garten.
Am Königstor - Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Neu: Piccards komische Pantomime: Die Einbrecher von New York.
Jeden Abend 10 Uhr: Berliner Leben. Eingipfel in 1 Akt. Volksbelustigungen. Kinematograph. Heute Mittwoch: Kinderfreudensfest.

Passage-Theater.
Der größte Saisonenerfolg
Gastspiel Willi Agoston in der tollen Burleske
Berlin in Stimmung!
Das Tollste vom Tollen und die neuen Juli-Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Apollo Theater
Letzte Woche!
Abends 8 Uhr:
Das große Attraktions-Programm.
10 Uhr:
London Suburbia.
Große englische Burlesk-Pantomime ausgeführt von Bert Bernards Kompagnie. Außerordentl. Die süßen Grisetten. 8 1/2 Uhr: Garten-Konzert.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Hill. Blumenstr. 16
Letzte Woche:
1/10 D. Reichtum u. Arbeiters 1/10
Vorher: Spezialitäten.
Anf. 6 Uhr. Aufführ. 8-6 Uhr.
Donnerst. & I. M.: Das Forsthaus.
Sonntags: Operette:
Kulicke in Wannsee.

Neue Welt
Felsenheide 108/114.
Jeden Mittwoch:
Erntefest.
Kinderbelustigungen aller Art.
Gratisverlosung:
1. Preis: 1 goldene Damenuhr.
1 goldene Herrenuhr.
Abends 10 Uhr:
Mr. Gadbin II.
teilkühner Kopfsprung aus der G. Etage.
Anfang des Konzerts 4 Uhr.
Entree 15 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Das neue und beste Programm Berlins.

Die größte und beste Raubtiergruppe der Gegenwart. Gehr. Bügler.
10 Riesen-Löwen u. 8 Riesen-Bären.
Anfang 3 Uhr. Entree: Wochentags 20, Sonntags 30 Pf.
Täglich: Volksbelustigungen aller Art.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Rechenprecher Nr. 8. Frankfurter Chaussee 5.
Jeden Mittwoch:
Großes Militär-Konzert
ausgeführt von der Jugendwehr.
Solree der Apollo-Sänger.
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor. Spezialitäten-Vorst. im Garten. Bei schön. Witterung i. Theater. Großes Programm.
Anf. der Vorst. 8 Uhr. Anf. des Gartentags 7 Uhr. Kleine Preise.
Sonnab., 1. Aug.: Galasommerfest „Eine Kritiknacht auf d. Weinbergsweg“ Ab. die Kinderspielen.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Berliner Herzen.
Volksstück in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13-15.
Kritische Leitung: Bernhard Lunge
Täglich: Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Mittwoch: Kinderfest.
Donnerstag: Elter-Zag.

Gustav Lindenhayn, Gastwirtschaft.
Telephon: Amt Grünau Nr. 17
Friedrich-Str. 2.
5 Minuten vom Bahnhof.
Großer Garten. Vereinszimmer. Fremdenlogis. 26612*
Vorzügliche Speisen und Getränke in größter Auswahl zu soliden Preisen.

Grüne, Restaurant zum Oder-See-Kanal.
Restaurant Kyffhäuser.

Große Dampfer-Ferienfahrten
nach Wernsdorfer Schleuse (Gosener Berge).
Jeden Wochentag (außer Sonnabend) früh 9 1/2 Uhr, nachmittags 2 Uhr bis u. zurück 50 Pf.
Dierau ladet freundlichst ein.
36302*
Von nachmittags ca. 2 Uhr an (halb-ständl.) Sonntags 30 Pf., wochentags 20 Pf. Restaurant Kyffhäuser.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Volksgarten-Theater
am Bahnhof Gesundbrunnen.
Mittwoch, den 29. Juli:
Lehtes großes Kinderfest.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
„Goldene Herzen“
Volksoper mit Gesang in 3 Akten.
Neues Riesen-Programm.

Reichshallen-Theater.
Gastspiel **Winter-Tymian**
mit seiner berühmten Herren-Gesellschaft.
Anfang wochent. 8, Sonnt. 7 Uhr.
Sonnabend, den 1. Aug.: Wiederbeginn der Solree der Stettiner Sänger.

Große Dampfer-Ferienfahrten
nach Wernsdorfer Schleuse (Gosener Berge).
Jeden Wochentag (außer Sonnabend) früh 9 1/2 Uhr, nachmittags 2 Uhr bis u. zurück 50 Pf.
Dierau ladet freundlichst ein.
36302*
Von nachmittags ca. 2 Uhr an (halb-ständl.) Sonntags 30 Pf., wochentags 20 Pf. Restaurant Kyffhäuser.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Neu! Dampfer-Extrafahrten
von Waisenbrücke Kummersdorf (Restaurant Mühlenheim) bei Storkow über Wolsiger See. - Abfahrt: 8 Uhr vorm. Fahrpreis hin und zurück 1,50 M., einfach 1 M. - Avis! Am Sonntag n. Wollsdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle, ab 8 1/2 u. 2 Uhr, Preis 1 M. - Am Sonnabend Extrafahrt nach Nedlitz, ab Weidendammerbrücke 9 1/2 Uhr vorm., Preis 75 Pf. 3760L
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel.-Amt VII. 580 u. 18 459.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis (Bezirk 47.)

Am Sonntag, den 26. Juli, versichert unser Mitglied, der Statistiker

Franz Arand.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs in Friedrichshagen aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband der Dachdecker.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliebrn zur Nachricht, daß unser Kollege

Johann Kohrin
verstorben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Johannis-Friedhofes in Blüthensee, hinter dem Schützenhaus, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Alex Fabeing
am 26. d. M. an Herdenlähmung gestorben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Johannis-Friedhofes in den Hufeisen aus statt.
120,8
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung der am 29. Juli bei Konradshöhe ertrunkenen

Gebrüder Kleist
und des Restaurateurs **Kraft**
findet am Mittwoch, den 29. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Johannis-Friedhofes aus statt.
87722
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.
Am 27. Juli starb meine liebe Frau und gute Mutter

Martha Miesenburg
geb. Gnezewski
im 30. Lebensjahre nach langen, schweren Leiden. 7955
Dies zeigt tiefbetäubt an
Paul Miesenburg, Vater.
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, vom Glöbels-Gemeinde-Friedhof in der Prinzessinnenstr. aus statt.

Tanzunterricht Albert Fricke.
Wiederbeginn der Unterrichtskurse: Sonntag, den 2. August, nachmittags 1/3 Uhr, und Mittwoch, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr, in den neuerbauten „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59 (neben dem Hornfeld-Theater).
Prospekte gratis. Privatunterricht täglich.
Geil. Anmeldungen erbeten im Institut oder in der Privatwohnung: **Urbanstraße 61.** 3763L*

Das am Sonntag um 1 1/2 Uhr nach schwerem Krankenlager erfolgte Hinscheiden meines geliebten Frau und meiner guten Mutter

Anna Schmidt, geb. Schulz,
zeigen tiefbetäubt und im tiefsten Schmerze ergebent an

Emil Schmidt, Bergolder, Helene Schmidt.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 29. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Friedhofs am Mariendorfer Weg, Rigsdorf, aus statt. 7928

Dankfagung.
Für die reichen Kranzspenden und liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich dem sozialdemokratischen Wahlverein Rigsdorf, sowie allen Bekannten und Verwandten meinen innigsten Dank. 37732
Hinna Stülke nebst Kindern.

Eine Arbeiter-Produktiv-Gesellschaft sucht eine **Hypothek von 6000 Mark** auf ein neuverbautes Grundstück an zweiter Stelle, weit unter der Bräudelsche. Die Hypothek ist mündelhaft. 6886*
Geneigte Offerten unter O. 1 an die Expedition des „Vorwärts“ erbeten.

Sanssouci, Koltbuser
Direktion Wilhelm Heimer. Sonntag, Montag, Donnerstag: **Berliner Sänger**
Erstklassige Künstler und Tanztruppen.
Sonntags Beginn 8, wochent. 8 Uhr.
Der große Theateraal ist noch für einige Wochentage frei.

Gstbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Ausnahmepreise
nur noch bis 31. Juli
von 10 Benimmern ab: **Hermann Imbs** a. Str. 87 Pf.
Kuno 80
Friedrich 91
Anhalt, Koblentz 95
Fille 95
Halbheine 85
Anthracit 2,20 Pf.
zu billigen Tagespreisen.
Anlieferung frei Haus je nach Quantum 10-15 Pf. mehr.

Gerstberger & Müller,
Kohlengroßhandlung,
Palisadenstr. 95.

Letzte 3 Tage!!! 29^{ten}, 30^{ten}, 31^{ten} Juli; Verkaufszeit: vormittags 9 1/2-1 1/2 Uhr, nachmittags 3 1/4-8 1/4 Uhr.

S. Westmann. im **Konfektionshaus Westmann,** Hauptgeschäft: } kein Eckhaus, 2. Haus Berlin W., Mohrenstr. 37a } v. d. Jerusalemstr. und Berlin NO. } kein Eckhaus, 2. Haus Gr. Frankfurter Str. 115 } von d. Androsstraße.

Gratis bei Einkauf von M. 20,—: ein **Bordürenfaltenrock!**
Gratis " " " 30,—: ein **hocheleganter Staubmantel!**

Kostüme, Röcke, Blusen, Kleider, Reismäntel, Gummimäntel, Taffetkonfektion, einfache, mittlere bis hochelegante Genres,
von der **Backfisch-** bis zur **stärksten Figur.**

Beste Stoffe und Zutaten! Unübertroffene Auswahl!

in **5 Serien:** früher bis M. 28,— bis M. 49,— bis M. 71,— bis M. 104,— bis M. 210,—
jetzt . . . M. 10,— M. 14,— M. 21,— M. 30,— M. 55,—

Besuch dringend vormittags erbeten, da nachmittags zeitweise zu starker Andrang! 3771L

Eleg. Trauer-Magazin
Saison-Auswahl & Preise konkurrenzlos.

Genaue Beachtung meiner Firma und Hausnummer liegt im eigenen Interesse!

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

Ihr Gewicht wert in Gold, trotzdem 10 St. nur 30 Pfg.

10 Jahre Garantie! Teilzahlung!
Adler-Räder!
Phänomen-Räder!
 Groskurth's Social-Räder von M. 56.— an!

Auswahl in gebrauchten Rädern!
 Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
 Mittwoch, den 29. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer, Koppenstr. 29:
Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke u. Branchen.
 Tages-Ordnung:
 1. Unsere Arbeitvermittlung. Referent: Kollege Gäch. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 —————
 Vertrauensmännerkarte nebst Mitgliedsbuch legitimiert!
 Jede Werkstatt muß vertreten sein.
 Die Ortsverwaltung.

Gastwirts- und Kochkunst-Ausstellung

veranstaltet vom
 Verband der Gast- u. Schankwirte für Berlin u. d. Prov. Brandenburg (L. V.)
 und dem Zweigverein Berlin des Internationalen Verbandes der Köche in Berlin, Neue Welt, Hasenheide 109-114

vom 25. Sept. bis 1. Oktober 1908

Ständiges Bureau:
 Berlin N. 54, Veteranenstrasse 8.
 Prospekte gratis und franko.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint
 BERLIN O.
 Joachimstraße 11 C.
 liefert Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorzgl. Tonverbesserung.
 Spezialität:
 Erzeugung des altitalienischen Timbres für große Säte an alten und neuen Geigen.
 Mäßiges Honorar.
 Dankelmannstr. 29, Horstweg 25, am Halleschen Markt, Friedrichstr. 103, Charlitz, Hll. 2-5 Zimmer-Behörmg., m. Bauminer, sofort bezgl., ohne Miets bis Oktober zu vermieten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.
 Donnerstag, den 30. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
 im Volkshaus, Kollnsee-Str. 3. 67/10

Tages-Ordnung:
 1. Kassenericht vom zweiten Quartal 1908. 2. Bericht vom Verbands- tag. 3. Bericht des Volkshaus-Ausschusses. 4. Gewerkschaftliches und Ver- schiedenes.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
 Donnerstag, den 30. Juli 1908, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Stellmacher
 im „Rosenhof“, Rosenhof-Str. 11-12.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Kommission vom 2. Quartal. 2. Kassenericht vom Referendats- u. 3. Verbands- Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Zahlreichen Besuch erwartet
 Die Kommission. 67/15

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
 Donnerstag, den 30. Juli 1908, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
 im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15 (Zaal 4).

Tages-Ordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenericht. 2. Bericht vom paritätischen Arbeits- nachweis. 3. Wahl von zwei Referenten. 4. Antrag der Ortsverwaltung be- züglich Unterstützung der Holzweimer Angelegenheiten. 5. Mitteilung eines vortier Bureaubeamten. 6. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 —————
 Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.
 Zahlreichen Besuch erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Jenensia-Räder!

10 Jahre Garantie! Teilzahlung!
Adler-Räder!
Phänomen-Räder!
 Groskurth's Social-Räder von M. 56.— an!

Auswahl in gebrauchten Rädern!
 Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 Alexanderplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot
 nach Mass, schick, schnell. Zutaten
 von 20 Mark an. Moritz Laband,
 Neue Promenade 11 (Südth. Börse).

Kunstgeigenbauer E. Toussaint

BERLIN O.
 Joachimstraße 11 C.
 liefert Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorzgl. Tonverbesserung.
 Spezialität:
 Erzeugung des altitalienischen Timbres für große Säte an alten und neuen Geigen.
 Mäßiges Honorar.
 Dankelmannstr. 29, Horstweg 25, am Halleschen Markt, Friedrichstr. 103, Charlitz, Hll. 2-5 Zimmer-Behörmg., m. Bauminer, sofort bezgl., ohne Miets bis Oktober zu vermieten.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Stegbetten spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 29908*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Schlafdecken 1,15. Pfandlei- haus, Rühlenerplatz 7. 9108*

Pfandleihhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf ver- schaffener Pfänder, Deckengarderobe, Gardinen, Aussteuerbüchse, Schmuck- sachen, Betten, Teppiche, Uhren. *

Teppiche! (leibterhalt) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Gadecher Markt 4, Bahnhöf. Böcke. 264/11*

Installationen und Händler kaufen Bronzegastropfen, Jugampeln, Gas- beleuchtungs-Gegenstände kompletter Anlagen, Hängegastropfen allerbilligst bei Baumann, Alte Jakobstraße 125, Großhandlung. Geschäftsteilung En- grosrabatt. 10048*

Teppiche mit Farbenlehren, Fabrik- niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Wannenhof. Vorkaufsrecht 6 Prozent Rabatt. 7745*

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut aus- gestattet, fast 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 75 Pfennig pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden. *

Tischdecken (reich gefärbt), in Viktorianisch 1,85-3 Mark, in Selbst- druck 4,85-5,55. Salon-Expresse. Teppichhaus Emil Ledebur, Oranien- straße 158. 9198*

Pfandleihhaus! Rixdorf, Berg- straße 58. Räumungshalber spott- billiger Verkauf! Gardinen- verkauf! Bücherverkauf! Herren- garderobe! Uhrenverkauf! Kleider- verkauf! Schmucksachen! Näh- maschinen! Möbelstücke! Diverses! Spottpreise! 9928*

Lauben - Baumaterialien, ge- braucht und neue, wie: Rankholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, in größter Aus- wahl, billigst. Felsenheide 2 (am Her- mannplatz). 23506*

Socialreform oder Revolution von Rosa Luxemburg. Zweite durch- geschene und ergänzte Auflage. Preis 60 Pf. Expedition Bornharts, Linden- straße 60.

Monatsanzüge und Sommer- paletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für fertige Fi- guren. Neue Garderobe zu stamm- billigen Preisen, aus Handarbeiten verarbeitete Sachen laufen am billigsten bei Reg. Rulandstraße 14.

Glossen zu Nos. Goudis und Sigismund Vaccaro. Die wahre Ge- schichte des Christentums, von August Webel. Preis 75 Pf. Billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Restoration anderer Unter- nehmen halber verkauft, 1200 Mark.

für Parteigenossen günstig. Stahl- schreiberstraße 11. +134

Zigarrengeschäft, Miets 35 Mark, 2 Stuben, Küche, Korridor, Oktober. Herten unter „Billig“, Hauptpost Rixdorf. +111

Restaurant, flottgehend, reichliche Wohnung, sofort frantkeitshalber Mietsstraße 7. +111*

Gastrorestaurant, flottgehend, frant- keitshalber zu verkaufen. Rixdorf, Schillerpromenade 11. +111

Kolonialwaren-Geschäft, 800,00, veräußert, kann man allein befragen. Oranien, Köpenickerstraße 21. 146/3

Fahrradgeschäft, glänzende Leistung, anderer Unternehmungen wegen zu verkaufen Belle-Alliancestraße 24.

Restaurant in guter Gegend, billig. Auskunft Vorwärts-Expedition, Stettinerstraße. +129

Fünftägige bestehende Ge- restoration frantkeitswegen billig, passend für junge Leute. Köhlers- Luisenstr. 21, Götzen. 197/11

Möbel.

Auf Teilzahlung, Möbelausstattung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verschiedene gewogene Möbel spottbillig. „Berolina“. Kottbusserallee 49. 10098*

Spottbillig, Kettbetten, Kinder- betten, prachtvolle Kastenbetten. Be- schreibung nach sechs. Rappold, Ritter- straße 90.

Konkurrenzlos! Im Möbelhan- dels Köpenickerstraße 29, an der Alexander-Brücke, haben viele Woh- nungseinrichtungen von 150 Mark an sowie einzelne Möbelgegenstände zum schleimigen Verkauf an. Außerdem verleihe gewogene Möbel weit unterm Wert, darunter Kleiderständer 13.—, Bettische 27.—, Ausziehtisch 25.—, Bettstellen mit Matratze 19.—, Koch- tischen 20.—, elegante Tischentlast. 44.—, Wäsche 100.—, englische Bett- stellen mit Matratze und Kleintisch 39.—, Herrenschreibtisch 28.—, moderne Stühle in allen Farben und in 40 Mark an Lagerung, Transport frei. Sonntags geöffnet. 197/15

Fahrräder.

Fahrräder, Grammophone, Teil- zahlungen, ohne Aufschlag, Loh- ringerstraße 40. 6745*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00, Holz. Blumen- straße 20 b. 9778*

Fahrräder, Teilzahlungen. Vorkauf- strasse 20 Stallherstraße 40. 3206*

Herrenfahrrad, nagelneues, Garan- tiechein, umständelhalber jeden Preis. Geyerstraße 25, III und. *

Spezialfahrrad, stabil, 35,00, sofort Versandstraße 45, parterre rechts. +148*

Herrenfahrrad, wie neu, Blumen- lager, dringend. Drontheimerstraße 40, vorn II, geradezu. +148*

Verschiedenes.

Alkohol, Komiker, Gesellschaft, Grobprinzstraße 6. 7385*

Volkshumorist, „Schmelzer“, Stettinerstraße 57. +132

Kunstoperette von Frau Rosofsky, Schallentee, Kurstraße 8, III.

Variantenwart Bessel, Götlicher- straße 9a. 25558*

Verst die Mutterprache beherrschend! Erfolgreich, leicht fasslicher Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewisshafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unter- richtsstunde wesentlich genügt Ge- fähige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Platinabfälle, Gold, Silber, Ge- bilde, Redgold sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände lauft Goldschmelze Köpenickerstraße 29, Telephon IV, 6958. 197/10*

Ausbesserer empfiehlt sich in und außerm Hause. Erdmümm, Leben- waldstraße 16, Duergebäude vier Treppen. +141

Arbeiter-Gesangverein sucht Ber- ein zum Herbstbeginn und Kassen- ball. Werbung Donnerstag Peter- burgerstraße 72, Restaurant. +143

Die höchste Bezahlung, welche ich gegen Frau Lindemann, Grün- holerstraße 7, ausgeprochen habe, nehme ich zurück und erkläre dieselbe für eine anständige, ehrenhafte Frau. Ernst Hilberbrand, Götlicherstraße 7.

Kaffee, Einfachstaus und andere Käufer lauft Beyer, Oranien- straße 138. 7758*

Vermietungen.

Billige Läden mit Wohnung, Berlin, Kolonnenstraße 73, zu ver- mieten. Köhler bei Kreuz, 1 Treppe.

Wohnungen.

Prächtige Speiszimmerballon- wohnungen sofort Goldbierstraße 32 bis 34. 9838*

2 Stuben, Balkon, 1 Stube, Küche 20,00, Rainerstraße 17. +41

Billige Wohnungen in 1, 2 Zimmer, Küche, Korridor usw., Berlin, Kolo- nenstraße 73, zu vermieten. Köhler bei Kreuz, 1 Treppe. 7938*

Schlafstellen.

Anständige Schlafstelle sofort oder später, Herrn. Klamm, Götlicher- straße 9. +143

Anständiger Handwerker findet Schlafstelle. Witwe Karz, Friedrichs- leberstraße 9. +88

Möblierte Schlafstelle, Dredener- straße 38, III rechts. +134

Möblierte Schlafstelle (Herrn), Bismarck, Admiralstraße 18 B. +134

Schlafstelle für zwei Herren ver- mietet. Wilsdorf, Bismarckstraße 31, vorn II. Götlicherbahn. +1

Möblierte Schlafstelle (Herrn) vermietet. Reul, Adalbertstraße 19, vorn IV. +1

Möblierte Schlafstelle (Herrn), Dreis, Rixdorf, Hermannstraße 44 III. +133

Zaubere Schlafstelle für Herrn. Postenstraße 29 I bei Garn. +133

Fremdliche Schlafstelle vermietet. Rylar, Wendenstraße 2, vorn III. Götlicherbahnhof. 7856*

Möblierte Schlafstelle, separat, Herrn. Köhler, Köpenickerstraße 22. *

Möblierte Schlafstelle vermietet. Fischerstraße 36, Hof parterre. 7878

Möblierte Schlafstelle für Herrn. Gohlte, Holzmarktstraße 38 III. 7825

Möblierte Schlafstelle, Herren oder Damen, billig. Witwe Rink, Stallherstraße 144 II. 7906

Mietsgesuche.

Einfaches möbliertes Zimmer ge- sucht. (Kottbuler Tor) 4. Herten P. mit Preisangabe Expedition Prinzen- straße 31. 7154

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Witber Stillschlichter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläzer, Pulver- straße 27. 14658

Stellenangebote.

Schlosser, tüchtige, die auf Holz- körperverleimungen gearbeitet haben, verlangen Carl Otto Kahl, Friedmann, Bernigienstraße 25. 7548

Ein Kaminofloher verlangt Emil Ruchwald, Lindenstraße 78. 7915

Typsetzer verlangt u. Heuse, Jungferstraße 5. 7838

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Achtung! Töpfer.

Die Firma Engelhardt & Pöu, Rixdorf, Hermannstr. 201, Ecke Kopfstraße, ist hiermit wegen Johansfall gesperrt. In Betracht kommt der Bau Neue Joubstr. 43, Rixdorf. Die Verbandsleitung.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Zentrum:
 Fris Rink, Wannenstr. 89.
 H. Jahnisch, Wannenstr. 50.

Westen:
 G. Schmidt, Rixdorfstr. 14.

Osten:
 W. Mann, Götlicherstr. 4.
 H. Wengels, Rixdorfstr. 3.
 Gustav Vogel, Koppenstr. 82.

Nordosten:
 2. Nacht, Annamüllersstr. 12.
 J. Reul, Wannenstr. 42.

Norden:
 G. Rasche, Wannenstr. 55.
 F. Trapp, Götlicherstr. 10.
 Karl Wiese, Köpenickerstr. 123.
 Karl Wiese, Rixdorfstr. 49.
 G. Dehnd, Rixdorfstr. 24.
 G. Vogel, Jungferstr. 37.
 H. Tich, Joubstr. 124.

Nordwesten:
 Karl Anders, Engelauerstr. 3.
 Wefert, Götlicherstr. 29.

Südwesten:
 G. Werner, Götlicherstr. 72.
 Dehne, Engelauerstr. 27.

Süden:
 St. Fris, Wannenstr. 31.
 Rich. Schmidt, Rixdorfstr. 200.

Südosten:
 Paul Böhm, Laufferstr. 14/15.
 P. Forch, Engelauer 15.

Charlottenburg:
 G. Schönerberg, Götlicherstr. 1.

Friedrichsberg:
 C. Zeitel, Kronprinzstr. 50.

Rixdorf:
 W. Heinrich, Wannenstr. 7.
 Conrad, Hermannstr. 60.

Rummelsburg:
 H. Rosenfranz, III-Vogelstr. 56.

Schöneberg:
 Wilh. Bäumer, Martin-Lutherstr. 51.

Weißensee:
 A. Jahnmann, Seebahnstr. 105.
 Jul. Schiller, König-Georgstr. 39a.

Reinickendorf:
 P. Gurlich, Oranienstr. 45.

Treptow: 245/2*
 H. Gramenz, Hiesholzstr. 412.

Agitations-Kalender.

Juni.

Deutsche Rechtspflege.

8. Wegen fortgesetzter brutaler Mißhandlung ihrer 76jährigen Tante durch Prügel und ungenügendes Essen hatte das Schöffengericht Berlin den Rentier Wilhelm Ganzlow und dessen Frau Elise verurteilt, und zwar die Frau zu 6 Monaten Gefängnis, den Mann zu 600 M. Geldstrafe. Auf ihre Berufung setzt das Landgericht die Strafen auf 300 M. und 60 M. herab.

9. Vor dem Schöffengericht zu Wörs am Niederrhein ist der Feuerwehmann Daseruo angeklagt, weil er auf der Feste „Rheinpreußen“ den Vergarbeiter Mataschel, Vater von vier Kindern, mit einem Gummischlauch derart mißhandelt hat, daß der Beschlagene 9 Wochen lang krank war und die Sehkraft auf einem Auge zum Teil eingebüßt hat. Die Verhandlung ergab, daß die Feuerwehre auf der Feste mit Gummischläuchen ausgerüstet ist, um sie bei „ungebührlichen“ oder „widerständigen“ Benehmen gegen die Arbeiter zu verwenden! Der Vergarbeiter Mataschel wollte seine Arbeitspflicht antreten, wurde aber von dem Feuerwehmann vom Feste weggeführt und wollte nicht gehen. Deshalb die Mißhandlung. Selbst der Amtsanwalt war der Meinung, daß Daseruo den M. ohne allen Grund mißhandelt und ihn gewalttätig an der Ausübung seines Berufes gehindert hat. Jedoch beantragte er für die „überaus rohe Tat“ nur 60 M. Geldstrafe. Das war aber dem Gericht noch zu viel. Es verurteilte den Daseruo nur zu — 25 M. Geldstrafe, gleichzeitig aber den mißhandelten Mataschel zu 10 M. wegen „Hausfriedensbruchs“, weil er auf die Aufforderung des D. den Platz nicht verlassen hatte.

10. Bei einer Verhandlung vor dem Kriegsgericht zu Halle wird bekannt, daß das Obergericht zu Windhuk (Südwestafrika) den Farmer und Reserveoffizier Viebige, auf dessen Farm ein Saal mit Knochen und Schädeln von Hererofrauen beschlagnahmt worden ist, und dem nachgewiesen wurde, daß er eine Hererofrau erstochen und zwei andere zu Tode gequält hat, wegen Totschlägers zu neun Jahren Gefängnis verurteilt hat. Abgesehen davon, daß ein „Autodequälter“ doch nicht ohne Ueberlegung denkbar ist, in welchem Falle nicht Totschlag, sondern Mord vorliegen würde, steht auf Totschlag Buchthaus nicht unter fünf Jahren. Nur wenn der Totschläger ohne eigene Schuld durch eine ihm oder einem Angehörigen zugefügte Mißhandlung oder schwere Verleumdung von dem Getöteten zum Zorne gereizt und hierdurch auf der Stelle zur Tat hingerissen wurde, oder wenn andere mildernde Umstände vorhanden sind, tritt Gefängnis nicht unter sechs Monaten ein.

11. Bei einer Verhandlung gegen zwei Kaufleute vor dem Schöffengericht zu Rixdorf äußerte der Amtsrichter Laibenguth: wenn die Rixdorfer Arbeiter sich so betragen, wundert man sich nicht, die sind ungebildet, quatschen Sie jetzt nicht mehr. In der Begründung des Urteils kommt der Satz vor: die Rixdorfer Arbeiter machten der Rixdorfer Polizei gerade genug zu schaffen. Es hätten die Schulleute mit den Arbeitern einen sehr schweren Stand.

12. Dem Genossen Markwald aus Königsberg, der wegen des Schandfäulenartikels von Herrn Schubert zu 1 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt worden ist, wird im Gefängnis zu Allenstein die Selbstbeschäftigung verweigert. Er muß Reize friden. — Erst infolge der Veröffentlichung ordnet der Justizminister an, daß die Strafe gesetzmäßig, das heißt mit Selbstbeschäftigung vollstreckt wird.

13. Weil am 6. September 1907 zu Hamborn am Bahnhof Reumühl mehrere hundert Bergleute von einem gewissenlosen Agenten, der sie ohne Auftrag nach Ostersleben angeworben hatte, genarrt wurden und die Polizei schließlich mit Säbelhieben auf die Leute losging, wird der „Vorwärts“-redakteur Genosse Weber zu Berlin zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er soll Bürgermeister und Polizei von Hamborn beleidigt haben.

14. Dem Abgeordneten Viebnecht wird die Unterbrechung seiner Festungshaft, um an den Landtagssitzungen teilzunehmen, abgelehnt, weil dazu — nach Meinung des Oberreichsanwalts Zweigert — kein ausreichender Grund vorliegt. Auch der Reichsanwalt, in Vertretung Rieberting, ändert hieran nichts. — Bekanntlich hat man dem Reichsgrafen Pückler zahlreiche Unterbrechungen der Festungshaft gewährt, die er zum Teil zum Halten von Brandreden in Berlin benutzte.

15. Der „Vorwärts“ teilt mit, daß dem Wiesbadener Hofschauspieler Keffler sogar eine Unterbrechung der Festungshaft bewilligt worden ist, um im Wiesbadener Hoftheater zu spielen.

16. Vor dem Schöffengericht zu Berlin beginnt der Prozeß gegen den Fürsten Eulenburg wegen Meineids und Verleumdung zum Meineid. Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen.

Soziales.

17. Die „Volkszeitung“ teilt mit, daß, wie in Stettin, Frankfurt und Potsdam, so auch in Erfurt die Lehrer und Lehrerinnen immer noch vergeblich auf die Feuerungszulagen warten. Aber auch den Beamten im Reichsamt des Innern und im Reichsversicherungsamt ist das zum 1. Juni versprochene Geld noch nicht ausbezahlt worden.

18. Der Breslauer Generalanzeiger hatte im Juni vorigen Jahres berichtet, daß auf der Wollganggrube bei Rude in Oberschlesien lebensgefährliche Zustände herrschen. An einem Arbeitsplatz sei eine Fahrstrecke nicht vorhanden; infolgedessen mußten die Bergleute stets die stark ansteigende und nur 1,50 breite Förderstrecke benutzen, wo sie in ständiger Gefahr seien, einem herankommenden Kohlenwagen zu begegnen, ohne ihm ausweichen zu können. Vor dem Besuch des Einfahrers oder des Bergverwalter sei jene Arbeitsstelle ziemlich geschützt, denn der Zugang sei ein sehr beschwerlicher. Ja, es sei sogar möglich, daß das Bergverwalter von diesem Arbeitspunkte überhaupt nichts wisse.

Der Verwalter der Grube klagte wegen Verleumdung. Vor Gericht wurde aber der Beweis der Wahrheit vollkommen erbracht und der angeklagte Redakteur freigesprochen. Der staatliche Bergbeamte, der die Kontrolle ausübte, gab als Sachverständiger folgendes Gutachten ab: Auf der betreffenden Strecke seien nur vier Schlepper und zwei Häuer beschäftigt gewesen, und wegen so wenig Leuten wäre eine Ueänderung in der Betriebsweise nicht lohnend!!!

19. Auf dem Gute Grünblum bei Darkehmen in Ostpreußen geriet am 3. Juni nach der Landtagswahl — wobei er konservativ gewählt hatte — der 30 Jahre alte Schweizer Arbeiter mit dem Besitzer Bohren in einen Wortwechsel, weil ihm der Besitzer so spät kein Mittagessen mehr geben wollte. Hierbei

wurde der Arbeiter von dem Besitzer erschossen. Der Besitzer behauptet natürlich, er habe sich in Notwehr befunden. Verhaftet wurde er nicht. Dem Vater des Erschossenen, der in der Nähe von Königsberg wohnt, machte der Besitzer erst nach der Verurteilung Mitteilung von dem Vorfall.

Aus Meer und Flotte.

2. Der Unteroffizier Verthold vom sächsischen Schützenregiment Nr. 108 hat am 15. April, einem warmen Tag, 12 Soldaten, weil sie schlecht geschossen hätten, in sinnloser Weise 600—700 Meter im Laufschritt hin und her rennen lassen und dadurch den Tod eines Soldaten verschuldet. Das Kriegsgericht hatte ihn zu einem Jahr einer Woche Gefängnis verurteilt, aber zugleich beauftragt, daß es beschlossen habe, für den Angeklagten ein Gnadengesuch (!) einzureichen. Gegen dieses Urteil hatte der Verteidiger Berufung eingelegt. Vor dem Oberkriegsgericht konnte er sich auf ein ärztliches Gutachten stützen, welches besagt: Die Sektion der Leiche habe eine Verwachsung der Lunge mit dem Rippenfell und eine Vergrößerung des Herzens ergeben. Nach diesem Befund sei der Verlorene eigentlich dienstunbrauchbar gewesen. Es sei als ein Zufall anzufassen, daß er gerade an diesem Tage gestorben sei.

Das Oberkriegsgericht bestätigte die Strafe und fügte noch Degradation hinzu.

4. Wegen 600 Fällen von Soldatenmißhandlungen ist in Berlin ein Unteroffizier Thamm und sieben andere Sergeanten, Unteroffiziere und Kanoniere von der Artillerie angeklagt. Einer von den mißhandelten Soldaten hat sich das Leben genommen. Thamm wird zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt, die übrigen Angeklagten kommen mit milderen Strafen davon.

11. Wegen 200—300 Fällen von Soldatenmißhandlungen sind in Berlin angeklagt: ein Sergeant, drei Vizefeldwebel, ein Feldwebel, ein Leutnant vom 4. Garderegiment zu Fuß. Die Beweisaufnahme enthält haarsträubende Spezialitäten. Verurteilt werden: der Sergeant zu 1 Jahr 3 Monaten 1 Tag Gefängnis und Degradation, ein Vizefeldwebel zu 1 Jahr Gefängnis und Degradation, ein Vizefeldwebel zu 11 Monaten drei Wochen Gefängnis, ein Vizefeldwebel zu vier Wochen Arrest. Der Feldwebel und der Leutnant, die nur wegen mangelhafter Aufsicht angeklagt waren, werden freigesprochen.

30. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (M.-Gladbach) teilt mit, daß der Vorsitzende einer Zahlstelle des christlichen Bauhandwerker-Verbandes im Münsterlande Aussicht zu haben glaubte, zum Unteroffizier befördert zu werden. Aber am letzten Übungstage eröffnet ihm sein Hauptmann, daß er ihn nicht befördern könne, weil er „patriotisch unzuverlässig“ und den Befehlen nicht wohlgesinnt sei. Dem Wanne kann nichts anderes zur Last gelegt werden, als daß er christlich organisiert ist.

Gegnerische Parteien.

2. Im Dezember vorigen Jahres hatte die „Post“ die Mitteilung verbreitet, unser Genosse Reichstagsabgeordneter Richard Fischer habe seine Stellung als Geschäftsführer der Vorwärts-Druckerei dazu mißbraucht, sich durch Annahme sogenannter Sämiger gelber persönliche Vorteile zu verschaffen. Andere bürgerliche Wähler übernahmen den Schwinkel. Fischer verklagte deshalb 7 Redakteure. Vor Gericht wurde zunächst der Polizeirat Dr. Henning, Dezernent der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums, vernommen. In dem Herr Henning übergab dem Gericht ein Schreiben des Polizeipräsidenten, durch das ihm die Genehmigung zur Auslage verweigert worden war. Als Rechtsanwältin Heine anklagte, er wolle den Zeugen fragen, ob etwa er selber Informationen an die „Post“ geliefert habe, erklärte der Polizeirat, auch hierauf werde er nicht antworten.

Als weiterer Zeuge behauptete Genosse Hermann Werner, Reichshäufers „Korrespondent“ sei es gewesen, der einmal mit Bezug auf den „Vorwärts“ behauptet habe, da werde schlechtes Papier geliefert und 2 Pfennige 1000 M. für guten Papierabfuhr. Dieser Angriff habe nur auf den Geschäftsführer Fischer bezogen werden können. Der Vorstand des Wahlvereins habe Stellung hierzu nehmen müssen, in einer Versammlung habe dann Fischer erklärt, niemals Provision erhalten zu haben, und niemand aus der Versammlung habe diese Erklärung angezweifelt. Eine Klage gegen die „Post“ sei wegen ihrer raffiniert geschickten Fassung ausbleibend gewesen. Der „Korrespondent“ habe nie versucht, jene Verdächtigungen zu beweisen.

Die Vernehmung der weiteren Zeugen fiel derart aus, daß die verklagten Redakteure ihre Beschuldigung als unrichtig zurücknahmen. Genosse Fischer zog darauf gegen sechs von ihnen den Strafantrag zurück, nur gegen den Redakteur der „Post“ geht die Klage weiter.

6. Aus Wut über den Anfall der Wahl in Berlin verübt die „Freiwillige Zeitung“ eine schmutzige Denunziation gegen die Beamten, indem sie schreibt:

„Zu den Wahlen in Berlin wird von einem in solchen Dingen sonst gut unterrichteten Berichterstatter gemeldet, daß das Gros der Beamtenklasse in Berlin nicht gewählt habe. Weder die Schumanns-Gesellschaft noch die Postbeamten hätten sich zahlreich beteiligt. Von denen, die gewählt haben, sehe bereits fest, daß ein Teil den sozialdemokratischen Wahlmännern ihre Stimme gegeben habe. Auch einige Lehrer und städtische Beamte hätten sozialdemokratisch gewählt. — Man muß erwarten, daß der Berichterstatter in der Lage ist, diese Behauptung zu erweisen, denn wir würden es für eine schwere Verleumdung der Beamten halten, wenn man ihnen unbegründet den Vorwurf machte, einem Sozialdemokraten die Stimme gegeben zu haben. Daß die Postbeamten in Berlin nur zum Teil gewählt haben, wird uns auch von anderer Seite mitgeteilt, und ebenso berichtet man uns, daß die Hofbeamten nur spärlich ihre Wahlrechte ausgeübt haben. Was speziell die Postbeamten betrifft, so wird aus einem Urwahlbezirk im Süden der Stadt Berlin gemeldet, daß von etwa 20 Postbeamten nur ein einziger an der Wahl sich beteiligt hat. Die Eisenbahnbeamten haben dagegen in Berlin sich sehr zahlreich an den Wahlen beteiligt.“

9. Der Bund evangelischer Arbeitervereine Bayerns hat, wie man auf dem zu Nürnberg abgehaltenen Bundeskongress erfährt, gegenwärtig 74 Vereine mit 13 000 Mitgliedern. Von diesen sind 3724 Arbeiter, 3164 Handwerksmeister, 1186 Beamte, Geistliche, Lehrer, 1815 Bedienstete, 874 selbständige Kaufleute, 668 Handlungsgehilfen und Privatbeamte, 550 Landwirte,

409 Industrielle, 848 Werkmeister. Auf 100 Mitglieder kommen 26,4 Arbeiter!

16. Aus dem Jahresbericht des Flottenvereins: „Schülerfahrten wurden auch im letzten Jahre nach der Wasserrente veranstaltet. Nach Hamburg und Kiel gingen 1700 Schüler.“ Die Stimmung derselben scheint eine etwas sehr feuchtsüßliche gewesen zu sein, denn der Bericht bemerkt: „Nach der der Präsidialgeschäftsstelle von der Garnisonverwaltung in Kiel überhändelten Abrechnung sind bei Benutzung des Kasernenmens in Kiel unverhältnismäßig viel Beschädigungen des Inventars vorgekommen. Unter anderen Kleingeldern haben nicht weniger als 2 Stehlampen, 4 Hängelampen, 3 Kospolster, 163 Handtücher, 51 Wasserkrüge, 50 Waschbeden, 58 Wasserläden, 97 Zentgläser, für 64,15 M. Fensterscheiben und ein Koffertbeden im Werte von 66,80 M. ersetzt werden müssen.“

18. Wie nunmehr bekannt wird, hat der Freisinn bei der preussischen Landtagswahl das Mandat in Flensburg, Apenrade der Hilfe des Bundes der Landwirte verdonat, die er erkaufte hat durch das Versprechen, bei der nächsten Reichstagswahl dem Bundeskandidaten beihilflich zu sein.

25. Das Zentrum als Reichspartei in der Stadtverordnetenversammlung zu Aachen hat den Antrag des sozialdemokratischen Vereins, den Penus für die Gemeindevahl von 6 auf 4 M. herabzusetzen, abgelehnt. In einer Zusammenkunft der Vertrauensleute und Vorstände der christlich-sozialen Arbeitervereine wird deshalb erklärt: es sei traurig, daß man sich von der eigenen Partei Chreigen verhehen lassen muß. Nach der Aussprache eines Geistlichen müsse man sich heute schämen, Mitglied der Zentrumspartei in Aachen zu sein.

Terrorismus.

8. Der Verband bayerischer Metallindustriellen schickt an seine Mitglieder ein geheimes Rundschreiben, worin er sie auffordert, die Mitglieder des Bundes technisch-industrieller Beamten sowie die von vier namentlich genannten Handlungsgehilfenverbänden nicht zu beschäftigen oder, falls solche bei ihnen angestellt sind, sie zu entlassen.

12. Der „Volksbote“, unter Stettiner Parteioberleitung, teilt mit, daß die Leitung des Eisenerbes „Kraft“ in Stragwoed den Arbeitern bei Strafe der Entlassung das Fernweilen von der Arbeit am Wahltag untersagt hat. Da dies eine gewalttätige Behinderung in der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter darstellt, schreibt der „Volksbote“ im Anschluß daran, „erwarten wir von der Staatsanwaltschaft die Erhebung der Anklage gemäß dem § 107 des Strafgesetzbuches.“

Die Monatsklage war noch keine Anklage erhoben.

27. Im „Roabiter Bezirksanzeiger“ veröffentlicht der durchgefallene Freisinnskandidat Herman Schöler eine ausführliche Wahntafel aller derjenigen Wahlmänner, die nicht so gestimmt haben, wie der Freisinn das gewünscht hätte. Zunächst zählt er acht freisinnige Wahlmänner namentlich, unter genauer Mitteilung ihrer Adresse, auf, die am 23. Juni ihre Stimme nicht abgegeben haben.

Dann werden 31 konservative und nationalliberale Wahlmänner namentlich in Feitbrud unter genauer Angabe ihrer Wohnung aufgeführt, die am 23. resp. 16. Juni nicht abgestimmt haben.

Und endlich fährt Herr Schöler fort: „Doch muß ich eines Wahlmannes noch besonders Erwähnung tun. Der Schumannsche Kamppe, Krupp Nr. 8, der am 16. Juni seiner Pflicht als konservativer Wahlmann genügt hat, hat es fertig gebracht, am 23. Juni sozialdemokratisch zu wählen!“

Aus der Partei.

8. Die preussische Landtagswahl findet statt, wobei zum ersten Male Sozialdemokraten in preussische Abgeordnetenhäuser gewählt werden.

23. Bei der Stichwahl in Roabit (Berlin) wird noch ein siebenter Sozialdemokrat ins Abgeordnetenhause gewählt.

Von unserer Polizei.

3. Im April d. J. hatte der Polizeiwachmeister Wagner in Kilm a. d. W. den Vortragenden in einer Versammlung mitten in der Rede unterbrochen und dessen Namen und Wohnung wissen wollen. Zur Ruhe ermahnt, löste er einfach die Versammlung auf. Die Beschwerde gegen den Polizeibeamten wurde erst nach einer Mahnung von dem Bürgermeister dahin beantwortet, daß die Auflösung der Versammlung im Vereinsgesetz keine Stütze findet und daß dem Wachmeister hiervon Kenntnis gegeben sei. Zu einer Reklifizierung des Beamten liege keine Veranlassung vor.

23. Entgegen dem ausdrücklichen Versprechen, das Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg im Reichstage abgab, hat der Regierungspräsident von Arnberg angeordnet, daß in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen nur deutsch, nicht polnisch gesprochen werden darf! — Und einige Tage später hat der Regierungspräsident von Arnberg einer polnischen Berufsvereinerung ohne Angabe von Gründen denselben Befehl erteilt!

24. Die Breslauer Polizei hat eine Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins deshalb aufgelöst, weil der Vorsitzende sich die ungesetzliche polizeiliche Ueberwachung verbat und die Polizisten aus dem Lokale verwies. Auf die Beschwerde erwidert der bekannte Breslauer Polizeipräsident: die Versammlungen des Vereins würden als öffentliche angesehen, weil der Verein so viel Mitglieder habe und auch Frauen an den Versammlungen teilnahmen! Zugleich kündigt er ein Strafmandat an, weil die Versammlung nicht angemeldet war.

25. Obgleich der Minister im Reichstage erklärt hat, daß ein Beamter, der einer politischen Partei ein Lokal abtreibe, gegen das Strafgesetz verstoße, hat der Amtsvorsteher Wuradze zu Döwitz bei Breslau einem Gastwirt die Taugerlaubnis genannt und die Polizeistunde gekürzt, weil er sein Lokal zu sozialdemokratischen Versammlungen hergab. Beschwerde beim Landrat und beim Regierungspräsidenten half nichts. Strafanzeige beim Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt ebenso wenig. Der Gastwirt verweigerte wieder den Saal, sofort erhielt er auch wieder Taugerlaubnis und verlängerte Polizeistunde. Einem anderen Gastwirt, der nunmehr das Lokal hergeben wollte, drohte der Amtsvorsteher mit den gleichen Maßregeln. Die Folge war, daß auch dieser Saal wieder der Partei entzogen wurde. Nunmehr ist der ganze Sachverhalt dem Minister des Innern unterbreitet worden.

Verantwortlichkeit für Unfälle.

Das Reichsgericht hat in der letzten Zeit mehrere Urteile gefällt, in denen es an seiner strengen Auslegung der Haftpflicht für gefährdende Anlagen mit Recht festhält. Aus den Lehrreichen Entscheidungen seien drei wiedergegeben, von denen eine einen Gastwirt, die zweite einen Fabrikbesitzer, die dritte eine Stadt betrifft.

1.

Zu der Wirtschaft des Gastwirts Thiele in Duderstadt führen vom Trottoir aus einige Stufen. Auf

diesen Stufen kam am 10. Oktober 1905 vormittags der Arbeitermann S. aus Hilerode beim Verlassen der Gastwirtschaft zu Fall. Er zog sich hierbei einen Knöchelbruch des linken Fußes zu und klagte deshalb gegen den Gastwirt T. mit der Behauptung, daß der Unfall durch die gefährliche Beschaffenheit der Treppenstufen verursacht worden sei. Kläger verlangte als Entschädigung 1040 M. Kurkosten und 1000 M. Schmerzensgeld, sowie eine jährliche Rente von 600 M.

Das Landgericht Göttingen erklärte den Anspruch des Klägers dem Grunde nach für gerechtfertigt. Vom Oberlandesgericht Celle wurde das landgerichtliche Urteil bestätigt. Das Oberlandesgericht stellt fest, daß die Breite (Tiefe)

der drei Treppenstufen vor der Haustür des Beklagten nur 24 bis 25 Zentimeter und damit 5—6 Zentimeter weniger, als die Bau-technik vorschreibt, betragen habe. Weiterhin stellt es fest, daß die Stufen an einzelnen Stellen „sehr“ abgetragen, die angebrachten Rillen durch Abnutzung weggeschliffen und die Stufen deshalb namentlich infolge des am Unfalltage herrschenden Regens sehr glatt waren. Auch hat die Beschaffenheit der Treppe nach der Feststellung des Verwaltungsgerichts schon wiederholt vor dem Unfälle des Klägers das Ausgleiten und Hinfallen von Besuchern der Wirtschaft verursacht. Für den gefährlichen Zustand der Treppenstufen macht das Oberlandesgericht den Beklagten verantwortlich, da er als Gastwirt wie auch als

Hauselgenosse verpflichtet gewesen sei, für die verkehrssichere Beschaffenheit der Treppe zu sorgen. Der Beklagte hatte sich noch darauf berufen, daß der Unfall des Klägers durch ein Fettschmelzen verursacht worden sei, was von einem geschlachteten Stück Rindfleisch, das im Hause aufgehängt und von dem mehrfach abgeschnitten worden sei, herabgefallen sei. Hierfür wäre er aber nicht verantwortlich, weil das Abfallen von Fettschmelzen sein Sohn zu vertreten habe, der in demselben Hause eine Schlächterei betreibt. Das Berufungsgericht lehnte eine Beweisübertragung hierüber ab. Es nimmt an, daß das Vorhandensein eines Fettschmelzes auf der Treppe gleichfalls von dem Beklagten zu vertreten wäre und daß ferner das etwa vorhandene Fettschmelzen keinesfalls die alleinige Ursache des Unfalles gewesen sei, sondern dieser durch die Beschaffenheit der Stufen zum mindesten mit verursacht sei, und daß dieser Umstand durch Fahrlässigkeit vom Beklagten verschuldet sei.

Gegen dieses Urteil hatte der Beklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der VI. Zivilsenat erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision, indem er noch dazu erwähnt, daß dem Beklagten kein Konstruktionsfehler der Treppe zur Last gelegt werden solle, sondern werde der Beklagte hauptsächlich — und zwar nicht mit Unrecht — deshalb verantwortlich gemacht, weil er als Gastwirt seiner Verpflichtung zur Pflege für die Sicherheit dieses besonderen von ihm eröffneten Verkehrs nicht genügt habe.

II.

Auf dem Fabrikgrundstück der Papierfabrik Weltende in Hirschberg-Weltende spielten am Sonntag, den 10. September 1905, mehrere Knaben, indem sie auf einer 10 Zentner schweren Lore, die sie aus der unverschlossenen Schälerei auf dem Schienengleise vorgezogen hatten, die abschüssige Bahn hinabfuhren. Nachdem dies einigemal gut gegangen war, entgleiste die Lore infolge eines auf den Schienen liegenden Holzstückes und fuhr gegen das Kesselhaus. Durch den Anprall wurde dem 12-jährigen Rudolf Keller, der vorn auf dem Wagen saß, das rechte Bein zerquetscht, so daß ihm der Fuß oberhalb des Knöchels abgenommen werden mußte. Keller klagte daraufhin auf Ersatz des ihm durch den Unfall entstandenen Schadens gegen die klagende Papierfabrik, weil der Fabrikleiter den Unfall dadurch verschuldet habe, daß er die Wogen frei und unverschlossen stehen gelassen hatte.

Das Landgericht Hirschberg wies die Klage ab. Auf die Berufung des Klägers wurde sein Anspruch dem Grunde nach zur Hälfte für gerechtfertigt erklärt. Das Oberlandesgericht Breslau erachtete die Beklagte nach den §§ 823, 842, ff., 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches zum Schadenersatz für verpflichtet, weil ihr Geschäftsführer den Unfall des Klägers durch Ausrückung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt verursacht habe. Der geschäftsführende Direktor G. habe gewußt, daß seine eigenen sowie die Kinder anderer Angestellter der Fabrik mit den Loren zu spielen pflegten. Jedenfalls habe er damit rechnen müssen, daß die Kinder auf dieses Spiel, das einen besonderen Reiz auf sie ausüben mußte, verfallen könnten. Wähe Verbote und Zurechtweisungen seien aber bei Knaben von 12—15 Jahren in Ansehung derartiger Belustigungen nicht ausreichend gewesen. Die Beklagte, deren Beamten die Gefährlichkeit dieses Spiels erkannten und notwendig erkennen mußten, sei daher verpflichtet gewesen, das Spiel zu verhindern. Sie hätte dies in einfacher Weise tun können, indem sie an den Lagen, an denen der Fabrikbetrieb stille stand, die den Zugang zu dem Wagenstand vermittelnden Schieber des Lageraums verschloß. Die Unterbringung der Wagen in der Schälerei und die Anstellung eines Wächters hätten, wie die Beklagte sich sagen mußte, die mißbräuchliche Benutzung der Wagen nicht verhindern können. Der Wächter habe zu einem Rundgang durch die ganze Fabrik annähernd dreiviertel Stunde gebraucht. Andererseits nimmt aber das Berufungsgericht an, daß auch das eigene Verschulden des Klägers den Unfall mit herbeigeführt habe, da der Kläger sich der Gefährlichkeit des Spielens mit dem Loren voll bewußt gewesen sei und die zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit seines Tuns erforderliche Einsicht besessen habe. Und kam es deshalb zu der Verurteilung des Schadens zur Hälfte. Das Reichsgericht bestätigte dies Urteil.

III.

Auf dem Wasserwerk der Stadtgemeinde Koblenz stand an der dem Maschinenmeister R. unterstellten Schmiede eine Bohrmaschine, deren Räderwerk unverwahrt war. Verschiedene Kinder, die an dem Orte, wo die Maschine stand, spielten, machten sich mit dem Räderwerk zu schaffen und ist bei diesem Spiel dem minderjährigen R. in Koblenz die linke Hand erheblich verletzt worden. R. beantragte infolgedessen von der Stadtgemeinde Koblenz Schadenersatz, weil der versassungsmäßig berufene Beauftragter der klagenden Stadtgemeinde, der Direktor des Wasserwerkes, fahrlässig die Verwahrung der den Kindern gefährlichen Maschine unterlassen habe.

Das Landgericht Koblenz sprach dem Kläger ein Schmerzensgeld von 300 M. zu und stellte fest, daß die klagende Stadtgemeinde Koblenz verpflichtet ist, dem Kläger allen weiteren Schaden, der ihm aus diesem Unfall erwachsen ist, zu ersetzen. Auf die Berufung der Beklagten wurde der Kläger vor dem Oberlandesgericht Köln abgewiesen.

Auf die Revision des Klägers hob das Reichsgericht das Urteil auf. In den Gründen heißt es: „Beide Vorinstanzen gehen erkennbar und mit Recht von der Auffassung aus, daß, wer eine dem Leben oder der Gesundheit anderer Gefahr drohende Maschine an einem Orte aufstellt, der anderen zugänglich ist, für die Abwendung solcher Gefahr Vorkehrung zu treffen hat. Die Bohrmaschine mit ihrem freiliegenden Räderwerk brachte an einem Orte, der spielenden Kindern zugänglich war, diese in die Gefahr, daß sie sich beim Spiel mit den Rädern verletzen. Darum war die Beklagte, der die Maschine gehörte und auf deren Wasserwerk sie stand, verpflichtet, der Gefahr für die spielenden Kinder vorzubeugen. Die vom Berufungsgericht erwähnten Vorkehrungen der Versammlungsgesellschaft zur Verhütung von Unfällen sind freilich nur zum Schutz der versicherten Arbeiter bestimmt und hier nicht anwendbar. Aber schon die allgemeinen Rechtsgrundsätze ergeben die erwähnte Verpflichtung der Beklagten. Entscheidend ist, ob der Direktor B. die Maschine auf dem Plage, wo sie sich jahrelang befunden hat, wahrgenommen hat oder ob er sie wenigstens bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt hätte wahrnehmen müssen. Daß er sie nicht gesehen hat, ist vom Berufungsgericht auf Grund der Zeugenaussage des B. festgestellt, und diese Beweisübertragung ist in der Revisionsinstanz nicht nachzuweisen. Es verneint auch die zweite Frage, diese aber aus Gründen, die ebenfalls bedenklich sind. Der Kläger hat behauptet und unter Beweis gestellt, B. sei täglich an der Maschine vorbeigegangen. Wenn nun auch trotzdem angenommen werden dürfte, B. habe sie nicht bemerkt, so wird doch nicht die Frage beantwortet, ob er sie nicht hätte bemerken müssen.“

Die Jugendlichen zur Frage der Jugendorganisation.

Die Berliner Jugendorganisation nahm am Sonntag in der in den „Arminshallen“ abgehaltenen Generalversammlung Stellung zu den Verhandlungen des Hamburger Gewerkschaftskongresses über Jugendorganisation. Die Versammlung war überaus gut besucht, auch die weiblichen Mitglieder waren zahlreich erschienen. Das Referat hatte Maske übernommen. Nebenher gab ein Bild über die Entstehung der Jugendorganisation und ihre Tätigkeit, sowie über die Schwierigkeiten, die sie zu überwinden hatte, und führte dann weiter aus: Man kann es ja beargüßeln, daß Behörden, Pastoren und andere mehr die Bestrebungen der arbeitenden Jugend bekämpfen, daß aber aus den eigenen Reihen der Bewegung keine in den Weg gerollt würden, das hat man sich nicht träumen lassen. Anzuerkennen ist, daß die Arbeiterpresse der Jugend vollen Schutz hat angedeihen lassen, aber von Seiten der Gewerkschaft hat die Jugendorganisation eine heftige Opposition erfahren. Dabei hat der Mannheimer Parteitag es allen Genossen zur Pflicht gemacht, die Jugendbestrebungen nach Kräften zu fördern. Die Bildungsbestrebungen in der Arbeiterjugend sind schon alt, aber über mißglückte Versuche ist man früher nicht hinausgekommen. Bei näherer Prüfung der Umstände und Ursachen ist das auch zu begreifen. Aber trotz aller Hindernisse hat man nun aus eigener Kraft eine blühende Jugendorganisation geschaffen, deren Hauptaufgabe der Jugendschutz ist und bleibt. Die Notwendigkeit der geistigen Weiterbildung sehen anfangs nur die wenigsten Jugendlichen ein, aber um so schneller begreifen sie, daß der übermäßigen Anspannung ihrer Kräfte ein Riegel vorgeschoben werden muß. Der Verlauf der süddeutschen Jugendbewegung, die erst auf rein sozialistischer Grundlage arbeitete, nachher aber notgedrungen sich mit Jugendschutz beschäftigten mußte, ist der sprechendste Beweis für meine Behauptung. Nicht nur gesellschaftliche sondern auch wirtschaftliche Bedingungen haben den Weg der norddeutschen Jugend bestimmt. Trotzdem ist es falsch, daß die Süddeutschen, und zwar auf Veranlassung der Gewerkschaften und der Partei, sich aufgelöst haben, jetzt mühen sie sich den Norddeutschen anzuschließen. Das neue Vereinsgesetz ist den Gewerkschaftsführern gerade gelegen gekommen. — Nebenher leitete diese Ansicht aus Neuherungen Beginn ab, der der Jugend die „Jugendzeit“ erhalten wissen will. Pastoren und Meister sagen genau dasselbe, es sind das nur leere Nebenarten. Gerade in dieser Zeit ist die Jugend am ehesten aufklärungsfähig, später hält es schwer, Heiligkeit in die Köpfe zu bringen. Sport allein versimpelt. Wenn Robert Schmidt keine selbständigen Organisationen will, und nicht wünscht, daß die Jugend sich mit Sozialpolitik und Arbeiterkampf befaßt, weil das der Jugend nicht anstehe, so ist das eine bürgerliche Auffassung. Daß die Jugend sich nur zu fügen und „Böhlern“ zu empfangen hat und keine eigene Meinung haben soll, ist eine veraltete Ansicht. — Nebenher verliest Stellen aus einer Broschüre von D. Schulz, die diesem Gedanken entsprechen. — Robert Schmidt hat die Tätigkeit der Jugendorganisation mit Spott und Spöti überzogen, ohne jemals einer ihrer Versammlungen beigewohnt zu haben, ohne sie in ihrer praktischen Arbeit zu kennen. — Nebenher verliest einige besonders abfällige Neuherungen des Genossen Robert Schmidt. — So malt sich die Jugendarbeit im Kopfe eines Gewerkschaftsführers, ein Reaktionsär hätte es nicht besser machen können. Die norddeutsche Jugendbewegung hatte schon bisher nicht die Möglichkeit, antimilitaristische Propaganda zu treiben, oder sich Einbrüche in die politische Domäne zu erlauben. Trotzdem aber kann ihr niemand nachsagen, daß sie nicht ein anerkanntes Wertes Betätigungsfeld gefunden hat und nicht die Unsinngleichen zu veranworten hat, die Hebelwollende ihr andichten. In Hamburg ist niemand hinzugezogen worden, der die Jugendorganisation hätte verteidigen können. Die Jugend will keine Bohlertätigkeit, am Selbstgeschaffen ist rechte Freude. Die Jugendbestrebungen einzelner Gewerkschaften können die Jugendorganisation nicht überflüssig machen. Schmidts Wort von „Lieber Wurst kaufen“ ist bezeichnend für den Geist der da herrscht. Nein, zum Opfermut soll die Jugend erzogen werden! Eine pädagogisch gebildete Genossin, wie Frau Jettin, hat in der „Gleichheit“ in trefflicher Weise diese Frage behandelt. Nebenher verliest die Stelle. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen zeigen, daß wir unsere Angelegenheit selbst ordnen können, durch Selbstbestimmung zur Demokratie. Das schließt nicht aus, daß die Jugendlichen für Rat und Tat von Seiten der älteren Genossen recht dankbar sind, aber die Selbstständigkeit muß gemacht bleiben. (Starker Beifall.)

Nachdem noch der Vorsitzende das Referat nach manchen Seiten ergänzt hatte, trat Genosse Büny für die Aufrechterhaltung der Jugendorganisation in ihrer jetzigen Form ein.

Reumann vom Lithographenverband: Lieber die gewerkschaftlichen Jugendabteilungen könne man nach so kurzer Zeit noch kein Urteil abgeben. Tatsache aber sei, daß die Eltern ihre Söhne der Jugendabteilung des Verbandes nur der Kranken- und sonstigen Unterstützungen wegen zugeführt haben. Das Organ für diese Sektion behandle nur Fachangelegenheiten und könnte ebenso gut vom Unternehmertum herausgegeben werden. Die Abteilung sei nur gegründet worden, um den gelben Beihilfsverbänden den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Cielinski vom Transportarbeiterverband: Auch in seiner Gewerkschaft hätten die Führer kein Verständnis von der Jugendorganisation und ihrer Arbeit, wohl aber Spott und Hohn dafür. Der Jugendabteilung des Transportarbeiterverbandes gehöre er nicht an, nur in der Jugendorganisation könne der Idealismus gepflegt werden.

Schröder, Mitglied der Jugendabteilung des Transportarbeiterverbandes, tritt dem Vordredner entgegen.

Einmütige Annahme fand folgende Resolution:

Die Versammlung erhebt gegen den Versuch der Gewerkschaftsführer, die selbständigen Jugendorganisationen zu vernichten, energischen Einspruch.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die bisherigen Erfolge der Jugendorganisationen aus eigener Kraft der Jugend unter dem Druck des Unternehmertums, der Zünfte, der preussischen Polizei und Justiz erungen werden mußten, sind die Erfolge durchaus gute zu nennen. Sie wären bedeutendere, wenn die Gewerkschaften den Bildungsbestrebungen der arbeitenden Jugend mehr Interesse entgegengebracht hätte, wie gesehen.

Die Arbeit der Erzieher an der Jugend muß eine anregende und beratende sein. Die selbständigen Regungen der Jugend dürfen nicht unterdrückt werden, sondern sind in richtige Bahnen zu lenken. Durch selbständige Mitarbeit in der Organisation wird das Solidaritätsgefühl geweckt, das Verantwortlichkeitsgefühl gestärkt. Die praktische Organisationsarbeit, verbunden mit der Aneignung des für den Aufstieg der Arbeiterklasse notwendigen Wissens, ermöglicht die Selbsterziehung zu praktischen Funktionen in der Arbeiterbewegung.

Abgesehen von pädagogischen Gründen, gibt allein schon die Stellung der arbeitenden Jugend im Produktionsprozeß der Jugend das Recht auf Selbstständigkeit ihrer Organisation.

Eine Organisation der Jugend muß — soll sie die Masse der Jugend anziehen und dauernd festhalten — möglichst alle Interessen der arbeitenden Jugend wahrnehmen. Darum muß die Pflege des Jugendschutzes eine Hauptaufgabe der Jugendorganisation sein, ohne die Tätigkeit der Gewerkschaften ersehen zu wollen. Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ist aber auch ein Stück Aufklärungsarbeit: Die proletarische Jugend erkennt ihre Lage und die Zusammenhänge der Gesellschaft und somit den Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse. So wird die Jugend zum gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse erzogen. Desgleichen erhält die geistige Fortbildung der Jugend durch die eigene wirtschaftliche Interessenvertretung die rechte Grundlage.

Die Jugendorganisationen müssen — sollen sie der Arbeiterbewegung einen tüchtigen Nachwuchs erzielen — ferner einheitlich beide Geschlechter umfassende Organisationen der arbeitenden Jugend sein. Die Jugendabteilungen der Gewerkschaften mit ihren ausgebauten Unterstützungs- und Versicherungsanstaltungen — die wohl für die erwachsene Arbeiterklasse notwendig sind —

erziehen die Jugend zu Krämerseelen. Und durch die Sondernung nach Berufen wird der Astengeist schon in der Jugend großgezogen. In der Jugend der modernen Arbeiterklasse muß der Idealismus und die Opferfreudigkeit geweckt und gefördert werden; nicht aber das persönliche materielle Interesse, wie es das Unterjünglingswesen hervorruft. Durch die alle Berufe umfassende Organisation wird in der Jugend das Solidaritätsgefühl gekräftigt. Die gemeinsame Organisation der Geschlechter erhöht das sittliche Niveau der proletarischen Jugend.

Daß die Jugendorganisationen kein „verfehltes Unternehmen“ sind, beweist nichts Besseres, als die scharfe Bekämpfung dieser seitens christlicher und ähnlicher Jünglingsvereine, Unternehmer, Zünfte, Polizei und Justiz.

Was eine selbständige, einheitliche Jugendorganisation für die Arbeiterschaft zu leisten vermag, wenn sie von dieser unterstützt wird, lehrt besonders die selbständige Jugendorganisation in Oesterreich. Die österreichischen Gewerkschaftsorganisationen mitbilligen auch den Beschluß des deutschen Gewerkschaftskongresses und treten, auf Grund ihrer 14-jährigen Erfahrungen aus dem Gebiete der Jugendorganisation für Selbstständigkeit einer solchen ein.

Die proletarische Jugend erwartet von der Arbeiterschaft Deutschlands, daß sie ihre unter vielen Mühen und schweren Opfern geschaffenen und zu ansehnlicher Stärke gebrachten selbständigen Jugendorganisationen, nicht zertrümmert, sondern daß die Arbeiterschaft durch Rat und Tat die bestehenden Jugendorganisationen unterstützt und sich somit einen tüchtigen Nachwuchs sichert.

Peters schloß die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die selbständige Jugendorganisation.

Aus der Frauenbewegung.

Das allgemeine Frauenstimmrecht in der Schweiz.

Der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart hat Beschlüsse bezüglich des Frauenstimmrechts einen Beschluß angenommen, in dem es heißt, daß die Parteien derjenigen Länder, in welchen das allgemeine, gleiche und direkte Stimmrecht der Männer schon eingeführt ist, jetzt dafür zu sorgen haben, daß es auf alle Staatsangehörige ohne Unterschied des Geschlechts ausgedehnt werde. Um diesem Beschluß nachzukommen, hat der Schweizerische Arbeiterinnenverband sofort die Agitation eingeleitet. In den meisten Arbeiterinnenvereinen und in vielen Gewerkschaften, und ferner in einer großen Anzahl von öffentlichen Versammlungen wurde dies Thema behandelt und entsprechende Resolutionen fanden Annahme. Der kommende Schweizerische Parteitag wird sich ebenfalls mit dieser Frage zu befassen haben. Neben den proletarischen Frauen haben sich aber auch bürgerliche Frauenvereine mit dieser Frage beschäftigt. Viele der bürgerlich organisierten Frauen wollen das allgemeine Stimmrecht für die Frauen nicht, aber ein Damenstimmrecht, es ist aber trotzdem nicht ausgeschlossen, daß diese sich schließlich mit der Konzeption begnügen werden, daß das Stimmrecht lediglich den Frauen mit eigenem Vermögen oder mit akademischer Bildung gewährt wird. Deshalb, so setzt die Genossin und Arbeitersekretärin Margarete Haas in der Schweizer Parteipresse auseinander, ist es notwendig, daß sich die Partei darüber klar wird, ob die proletarischen Frauen mit den bürgerlichen zusammen oder ob sie selbständig vorzugehen haben. Diese Fragen wird der Parteitag zur Entscheidung zu bringen haben.

Aus der amerikanischen Frauenbewegung.

In Kalifornien wurde kürzlich ein Organ sozialistischer Frauen begründet. Der Zweck desselben ist, in allen Städten des Staates Frauenklubs ins Leben zu rufen, die sich das Studium des Sozialismus zur Aufgabe machen sollen.

Die Genossinnen in Honolulu, die seit zwei Jahren einen Frauenklub haben, hielten in den letzten Wochen eine Reihe Versammlungen auf offener Straße direkt vor den Kapitolen ab. Die von der Arbeit kommenden Frauen und Mädchen strömten in Massen der Versammlungen zu.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen hatte die Arbeiterinnen der Damenkonfektion zu einer Versammlung eingeladen, die am Montag im „Reichenberger Hof“ stattfand. K. Kunze referierte über das Thema: „Die Lohnbrüderereien der Zwischenmeister in der Berliner Damenkonfektion unter besonderer Berücksichtigung des Herrn Polorski.“ Der Redner zeigte, wie die Lohnbrüdererei im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Niedergang um sich gegriffen hat und wie gerade in der Damenkonfektion die Arbeiterinnen schamlos von den Zwischenmeistern ausgebeutet werden. Im Südosten der Stadt hat der Meister Polorski, Büdlerstraße 20, die dort beschäftigten Näherinnen derart erbitert, daß sie die Arbeit niederlegen. Polorski machte nicht nur Lohnabzüge, sondern schlug auch einen unpassenden Ton den Arbeiterinnen gegenüber an. Als der Verband die Sperre über den Betrieb verhängte, sandte Polorski seinen Zuschneider nach dem Verbandsbureau und wollte erklären lassen, warum er „die Wände rausgeschmissen“ habe. Der Abgeordnete erhielt die gebührende Antwort von der Verbandsleitung; die Sperre bleibt bestehen. — Die Praktiken vieler Zwischenmeister wurden scharf beleuchtet. Manche lassen sich sogenannte „Probearbeiten“ machen, für die sie nichts bezahlen. Zuweilen haben die Arbeiterinnen allerlei Schwierigkeiten zu überwinden, um überhaupt ihren großen Lohn zu erhalten. Den Frauen von freilebenden Arbeitern wurden schon Lohnabzüge gemacht, im Vertrauen darauf, daß diese Frauen in ihrer Notlage nicht wagen würden, dagegen zu opponieren. Da die Zwischenmeister merken, daß die Arbeiterinnen beginnen, durch ihre Organisation einen Schutz zu gewinnen, haben sie gedroht, schwarze Listen herauszugeben. Um so eifriger sollte es sich jede Arbeiterin angelegen sein lassen, dem Verbands der Schneider und Schneiderinnen anzugehören.

Die Diskussion wurde besonders angeregt durch das Auftreten eines Zwischenmeisters, der diese Bezeichnung als recht kränkelnd empfand und durchaus als „der Herr Schneidermeister“ angesprochen sein wollte. Dieser Herr Schneidermeister konnte gar nicht glauben, daß seine Kollegen solche Ausbeuter sind, wie sie der Referent geschildert hat. Verschiedene Teilnehmer der Versammlung führten dafür Tatsachen an. Die Arbeiterinnen wurden schließlich noch gewarnt, sie möchten sich nicht von den Zwischenmeistern täuschen lassen. Es komme nicht darauf an, ob es anständige Meister gebe, das System zu bekämpfen, gelte es. Der Verband bekämpft das Zwischenmeistersystem und tritt dafür ein, daß die großen Unternehmer Betriebsversitäten einrichten.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin-Wedding. Donnerstag, den 30. Juli, 8 Uhr: Jahlabend der Frauen in Bundes-Gesellschaftshaus, Triftstraße 63. Vortrag: Gesundheitsfragen. Donnerstag, den 30. Juli, 8 1/2 Uhr: Lesabend bei Bener, Soldiner Straße 70.

Freitag, den 31. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Franke, Wadstraße 10.

Rosenthaler Vorstadt. Donnerstag, den 30. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Zimmer, Vorkingstraße 32.

Weihenfeld. Donnerstag, den 30. Juli, bei Ulrich, Wilhelmstraße 6, Ecke Streulstraße, Mitgliederversammlung. Vortrag: Gen. Modelt: „Einfluß der Arbeitszeit auf das Familienleben der Arbeiter.“

Les- und Diskussionsklub „Heinrich Heine“. Heute abend 7 1/2 Uhr bei Bolze, Robenberg-Straße 7.

Diskussionsklub „Freies Wort“. Heute 7 1/2 Uhr, bei Schulz, Scheinstraße 13.

Eingegangene Druckchriften.

Zeitschrift für Fernwissenschaft. Nr. 7. Von Dr. R. Hirschfeld. 1 M. Verlag G. D. Wigan in Leipzig.
Jonas Lie. Auf Armeegen. Roman. Verlag H. Langen in München.
Die Geschäftsmethoden der Standard Oil Co. von Dr. G. Rende. 5 M. Verlag für Fachliteratur. Berlin W. 15.